

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis pro Nummer 1,30 M.
Wochenpreis 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern
ober dem Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichte

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonntag, den 26. November 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Zivildienstpflicht und Familienunterstützung.

Von Süden nach Rumänien hinein.

Vorstöß gegen die Themse-Mündung.
Kämpfe im Sghergho-Gebirge, am Alt,
bei Turnu Severin. — Der untere Alt
überschritten.

Amtlich. Berlin, 24. November. (W. L. B.) Teile unserer
Seezeitkräfte stießen in der Nacht vom 23. zum 24. No-
vember gegen die Themse-Mündung und den Nordausgang

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 25. No-
vember 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.
Südwestlich von Riga verstärkte sich zeitweilig die
Artillerietätigkeit.

Front des Generaloberst Erzherzog
Joseph.

Im Sghergho-Gebirge wurde ein feindlicher Angriff an
der Bataca Neagra blutig zurückgeschlagen.

Südlich des Alt-Durchbruchs durch die transylvanischen
Alpen entziffen trotz hartnäckiger Gegenwehr deutsche
und österreichisch-ungarische Truppen den Rumänen mehrere
Ortschaften. Wieder wurden dabei 3 Offiziere, 800 Mann
gefangen genommen.

Widerstand des Feindes in der Niederung des unteren
Alt wurde gebrochen; wir überschritten dort den Fluß.

An der Westgrenze Rumäniens von ihrer Hauptarmee
abgeschnittene rumänische Bataillone wehren sich noch zäh
in den Waldbergen nordöstlich von Turnu Severin.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen.

In der Dobrußa gegenständiges Artilleriefeuer.

Nach Uberschreiten der Donau von Süden her haben
Kräfte der verbündeten Mittelmächte auf rumänischem

Boden Fuß gefaßt. Bei Racovita beteiligten sich wieder
Landeeseinwohner am Kampf gegen unsere Truppen.

Mazedonische Front.

Außer von vergeblichen Vorstößen der Italiener nord-
westlich von Monastir, der Serben nördlich von Gruniste
ist nichts zu berichten.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich, 25. November, abends. (W. L. B.)
An der Somme nur geringes, östlich St. Mihiel
nachmittags lebhafteres Artilleriefeuer.

Am mittleren und unteren Alt Fortschritte; die bei
Svistov übergegangenen Teile der Seeeresgruppe Mackensen
gewannen Boden.

An mazedonischer Front Ruhe.

Der österreichische Bericht.

Wien, 25. November 1916. (W. L. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresfront des Generalobersten Erzherzog
Joseph.

Nordöstlich von Turnu Severin leisteten die dort abgeschnittenen
rumänischen Truppen noch zähen Widerstand. Am unteren Alt
erreichten deutsche Truppen das Ostufer. Nördlich Rimnik Balcea
machte der Angriff österreichisch-ungarischer und deutscher Truppen
neue Fortschritte. Drei Offiziere und 800 Mann wurden gefan-
gen. Ein feindlicher Angriff in der Gegend von Betas blieb
erfolglos.

Seeeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Ein Partes Fliegergeschwader warf auf den Bahnhof und die
feindlichen Lager von Primolans zahlreiche Bomben mit guter
Wirkung ab. Alle Flugzeuge kehrten trotz heftigen Abwehrfeuers
und schwerer Böden unverletzt zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Quefer, Feldmarschallleutnant.

Erhöhung der Familien-
unterstützung!

Der Bundesrat wird sich in den nächsten Tagen
mit der einstimmig gefaßten Resolution des Reichstags
beschäftigen, die, im Sinne eines zuvor gestellten sozial-
demokratischen Antrags, die Erhöhung der Familien-
unterstützung auf 20 und 10 M. fordert. Es ist zu er-
warten, daß die Erledigung im Sinne des Reichstags-
beschlusses ausfällt. Die erste Auszahlung der erhöhten
Unterstützung dürfte am 15. Dezember, also noch vor
Weihnachten, erfolgen.

Die Erhöhung der Familienunterstützung, wie sie in Aus-
sicht genommen ist, bedeutet bei der allgemeinen gemaltigen
Steigerung aller Lebensmittelpreise nicht viel mehr als einen
Tropfen auf einen heißen Stein. Trotzdem werden die un-
endlich zahlreichen Familien der Kriegsteilnehmer das Wenige,
das ihnen geboten werden soll, gern in Empfang nehmen —
es ist doch besser als nichts!

Noch ist freilich die letzte Entscheidung nicht gefallen. Aber
ganz unverständlich wäre es, wenn sie anders ausfiele, als
der Reichstag es gefordert hat. In dem Augenblick, in dem
dieser Reichstag in der Form des Gesetzes über die vater-
ländische Dienstpflicht neue gewaltige Opfer an Volkskraft
bewilligen soll, kann kein Wunsch, den Familien unserer
Volksgenossen in Feldgrau eine Besserung ihrer Lebens-
verhältnisse zu gewähren, nicht unberücksichtigt bleiben.

Wiederholt ist die Unterstützungsfrage mit der Ange-
legenheit dieses Gesetzes in Verbindung gebracht worden.
So hat der Ministerialdirektor Ledwald bei der Beratung des
sozialdemokratischen Antrags im Hauptausschuß des Reichs-
tags die befremdende Mitteilung gemacht, die Unter-
nehmer klagten, daß infolge der zu hohen
Unterstützungen nicht genug Arbeiterinnen
zu haben seien. Und als dann der jetzt vorliegende Ent-
wurf seine Schatten vorauswarf, erschien jener offiziöse Auf-
ruf an die deutschen Frauen, in dem wiederum darüber ge-
sagt wurde, daß „viele junge kriegsgetraute Frauen von der
Unterstützung lebten, ohne zu arbeiten“.

Die Absicht, die Kriegerfrauen durch wirtschaftlichen
Druck zur Arbeit zu zwingen, ist dann noch klarer in den
Ausführungen der konservativen Redner im Hauptausschuß
bei der Besprechung des Zivildienstgesetzes zum Ausdruck
gekommen.

Diesen Herren soll gesagt sein, daß in der heutigen Zeit
keine Frau der arbeitenden Volkschichten von der Arbeit
fernbleibt, wenn sie nicht höhere sittliche Pflichten dazu
zwingen. Mutterliebe ist nicht Arbeitsscheu! Die Sorge um
das junge heranwachsende Geschlecht ist vielmehr der wich-
tigste vaterländische Hilfsdienst, der heute zu leisten ist.
Denn die Zukunft der Völker nach dem Kriege wird davon
abhängen, wie gut oder wie schlecht sie ihren Nachwuchs durch
den Krieg durchgebracht haben.

Solange nicht allenthalben dafür gesorgt ist, daß die
Kinder der arbeitenden Frauen während der Arbeitszeit gut
aufgehoben sind, solange soll man auch keine Mutter
durch wirtschaftlichen Druck zum Verlassen ihrer natürlichen
Aufgabe zwingen wollen. Mit schwerem Herzen haben die Hin-
ausziehenden dem Volksganze die Sorge um ihre Lieben an-
vertraut, mag sich das Volksganze, mag sich die Regierung
der Pflicht, die für sie daraus entspringt, sich bewußt bleiben!

Ein eindringliches Wort ist bei dieser Gelegenheit auch an
die Gemeinden zu richten, die ihren Verpflichtungen
gegenüber den Kriegerfamilien nicht überall in gleichem Maße
nachkommen. Der sozialdemokratische Antrag hatte verlangt,
daß die Zuschüsse der Gemeinden wenigstens 100 Prozent be-
tragen sollten, die vom Hauptausschuß und dann vom
Reichstag angenommene Resolution fordert hingegen nur, daß
Zuschüsse bis zur „Behebung der Bedürftigkeit“ gewährt
werden sollen. Es ist dringend notwendig, daß bei der Ab-
schätzung der Bedürftigkeit nicht an die Bedürftigkeit
des — mit Frauen ohnehin überfüllten — Arbeitsmarktes
gedacht wird, sondern daß die Bedürftigkeit überall anerkannt
wird, wo sie sicherlich vorhanden ist.

Die Mehrheit des Reichstags hat gestern gezeigt, daß sie
es mit der Verabschiedung des Dienstpflichtgesetzes sehr eilig
hat. Der Bundesrat darf es mit der Neuregelung der Unter-
stützungen nicht weniger eilig haben. Sonst entsteht im Leben
und Nehmen ein Mißverhältnis, das zu tragen, allen Betei-
ligten zu schwer fallen würde. Die Erhöhung der Familien-
unterstützungen muß gesichert sein, noch ehe der Reichstag
in der Frage der Dienstpflicht das letzte Wort spricht.

Zum Ministerwechsel in Rußland.

Von der staatsmännischen Begabung des neu an Stelle
Etürners ernannten russischen Ministerpräsidenten Trepow
ist bisher in russischen Gesellschaftskreisen noch sehr wenig be-
kannt geworden. Sinegen kennt man ihn als einen Menschen
von rücksichtsloser Energie und Tatkraft, der seinem einmal
ins Auge gefaßten Ziele unentwegt und unbeirrbar zusteuert.
Es war gewiß keine leichte Aufgabe, das gänzlich zerfallene
russische Verkehrsweesen in einigermaßen feste und zuverlässige
Bahnen zu lenken. Und der gewesene Verkehrsminister
hat alles Menschenmögliche getan, um dieser Aufgabe gerecht
zu werden. Wenn er sie nicht ganz und reiflos erfüllt hat, so
lag es gewiß nicht an ihm, sondern einfach daran, daß ein ver-
jährtes Uebel in wenigen Monaten beim besten Willen nicht
gut zu machen ist. Ihm ist es aber zu verdanken, daß viele
verlassene Gebiete Rußlands mit einem ganzen Netze von
neuen Eisenbahnlinien bedeckt worden sind.

Eine andere Sache ist es natürlich, ob dieser gewesene
Verkehrsminister und neue Ministerpräsident auch in der Lage
sein wird, die innerpolitischen Angelegenheiten des russischen
Reiches, die in einem nicht viel besseren Zustande als das
russische Eisenbahnweesen sich befinden dürften, in geregeltere
und gesicherte Bahnen zu bringen. Dazu würde etwas mehr
als bloße Energie und Tatkraft gehören — vor allem eine
ganz außerordentliche staatsmännische Weisheit und eine enge
Fühlungnahme mit den Wünschen und Bestrebungen aller

nur einigermaßen fortschrittlich gesinnten Elemente des russi-
schen Volkes. So weit sich die bisherige Laufbahn des neuen
Ministerpräsidenten überblicken läßt, können wir keine einzige
einigermaßen zuverlässige Angabe in dieser Hinsicht entdecken.
Im Gegenteil, alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Er-
neuerer und Reformator des russischen Eisenbahnwesens in
innerpolitischer Beziehung bestrebt sein wird, den alten Kurs
nach Möglichkeit beizubehalten.

An dem Beispiele Stürmers haben wir gesehen, daß die
russische Regierung keine Bedenken trägt, ganz unerfahrene
Menschen an die Leitung von Staatsgeschäften heranzuziehen,
sobald sie nur in dieser oder jener beamteten Person den ge-
eigneten Vertreter ihrer Interessen erblickt. Damit soll etwa
nicht behauptet werden, daß die russische Regierung dermaßen
verblendet ist, daß sie das Verfehlte aller derartigen Schritte
nicht einsieht. Aber sie hat eben keine andere Wahl. Wie sie
seinerzeit Stürmer aus Staatsruher heranzog, um einen
Ausgleich zwischen der auswärtigen und inneren Politik im
Sinne einer nach rechts abzuwehenden Orientierung heranzu-
zogen, weil sie eben in Stürmer den bewährten und würdigen
Repräsentanten ihrer innerpolitischen Traditionen sah, zieht
sie sich jetzt Trepow heran, wiewohl sie im Inneren fühlen
mag, daß es nicht genug ist, ein energischer und geschickter
Verkehrsminister zu sein, um in die verworrenen Zustände des
innerstaatlichen Lebens Klarheit bringen zu können. Aber sie
macht eben Versuche, soweit es geht, soweit es die Umstände
zulassen.

Neue Gewalttaten der Entente in Griechenland.

Von Heinrich Cunow.

Die Ententemächte oder richtiger England und Frankreich — denn Rußland und Italien machen nur widerstrebend mit — greifen so immer schärferem Druck, um Griechenland ihren Zwecken gefügig zu machen. Ohne jede Rücksicht auf das Völkerrecht und die wiederholten Proteste der griechischen Regierung häufen sie eine Gewalttat auf die andere, als wollten sie auch dem Einfältigsten im Geiste drastisch zum Bewußtsein bringen, welchen Wert die schöne Mär hat, sie kämpfen in heiliger Bornesaufwallung für das Recht der kleinen Nationen. Noch immer das alte Spiel der Rache mit der Maus, wenn sich auch Methode und Taktik geändert haben. Suchten noch vor wenigen Wochen beide Mächte die griechische Regierung durch ihre Pressionen dahin zu treiben, den Mittelmächten den Krieg zu erklären und an deren Seite unter der glorieichen Führung Sarrails in den Kampf für englische Wirtschaftsinteressen zu ziehen, so hat man neuerdings wenigstens in England diese Taktik aufgegeben. Die englischen Agenten in Griechenland erkannten, daß der König Konstantin und seine Anhänger in den Armeekreisen doch noch nicht genügend zermürbt seien, um sich willens zu den Nachsprüchen der Ententegesandten in Athen zu fügen, und daß daher eine weitere Verfolgung der bisherigen Bahn leicht einen Bürgerkrieg in Griechenland heraufbeschwören könne, zu dessen gewalttätiger Unterdrückung militärische Kräfte erforderlich sein würden, die die Entente zurzeit dort nicht besitzt, zumal Italien sich noch immer sträubt, seine Truppen in Saloniki beträchtlich zu verstärken, sondern weit mehr Interesse dafür zeigt, in Süditalien seine Bestände zu vermehren, um sich, wenn die griechische Krise sich in einer Explosion entladen sollte, des nördlichen Teiles von Epirus zu bemächtigen. Der militärische Vertrauensmann der französischen sozialistischen Radikalen in Saloniki, der General Sarrail, ist aber mit seinem aus allen möglichen Weltgegenden zusammengehobenen Heeresgemischel nicht imstande, einen Aufruhr des griechischen Volkes niederzuwerfen und zugleich die deutsch-bulgarischen Truppen an der Grenze, die zweifellos die Gelegenheit zu einer allgemeinen Offensive benutzen würden, in Schach zu halten. Vielmehr stünde zu befürchten, daß im Fall des Ausbruchs einer griechischen Revolution das Ententeheer in Saloniki sich im Rücken bedroht sehen und in eine äußerst gefährliche Lage geraten würde.

Solche Folge schien um so leichter möglich, als sich der Einfluß des großen Nationalhelden Venizelos auf das griechische Volk als viel weniger wirksam und nachhaltig erwies, wie die englisch-französischen Regierungen auf Grund der ihnen von ihren Agenten gelieferten Berichte annehmen zu können geglaubt hatten. Nur in den neuen nördlichen Teilen Griechenlands, wo noch die Erinnerung an die Kämpfe gegen die Bulgaren in den Jahren 1912/13 viele Gemüter beherrscht und noch alte Wunden bluten, hat der durch englisches Gold unterstützte Ruf des Venizelos zum heiligen Kampf gegen die Bulgaren und ihre Verbündeten einen gewissen Erfolg gehabt. Freilich auch dort nur einen recht mäßigen, denn mehr als 17 000 bis 20 000 Mann sollen selbst nach den Schätzungen englischer Zeitungskorrespondenten nicht den Werbungen gefolgt sein. Aber schon im südlichen Thessalien ist die Reizung, sich am Kriege zu beteiligen, recht matt, und noch weniger Lust hat die Bevölkerung von Pella und der peloponnesischen Halbinsel, ihr Leben für englische Handels- und Machtinteressen einzusetzen. Ist der Levantehandel auch durch den Krieg gestört, so wirkt er doch noch immer großen Profit ab, und an diesem Handel ist Griechenland im höchsten Maße wirtschaftlich interessiert.

Die Griechen sind ein Handelsvolk. Nicht nur im eigenen Lande wendet sich der intelligentere Grieche mit Vorliebe dem Handel zu, in den bulgarischen Gebieten am Ägäischen Meer, in Konstantinopel, in den Hafen- und Handelsstädten Anatoliens, Syriens, Ägyptens, überall ist ihnen massenhaft griechische Groß- und Kleinhändler, Agenten, Auktoren und Geldwucherer. Vielerorts haben sie geradezu den örtlichen

Handel, vornehmlich das Vermittlungsgeschäft, monopolisiert. Und neben dem eigentlichen Handel spielt der Seefrachtdienst eine wichtige Rolle im Wirtschaftslieben Griechenlands, dessen Handelsflotte vor dem Kriege mehr als 500 000 Netto-Registertonnen umfaßte. Dieser ganze Levantehandel und Schiffsverkehr würde aber beträchtlich zusammenschrumpfen, sobald es dem Vierbund den Krieg erklärte und dadurch auch in Kampf mit der Türkei geriete.

Judem ist aber in den Küstenstädten von Sessa und des Peloponnes die Antibathie, man kann sagen der Haß gegen die Italiener, weit stärker als gegen die Bulgaren, denn nicht nur haben die Italiener an der Küste Kleinasiens die griechische Zwölfsinselgruppe mit dem Zentrum Rhodos besetzt, sie treten auch in den Hafenplätzen der Levante überall als übermütige Rivalen und Konkurrenten der griechischen Händler auf.

Unter diesen Umständen wäre ein gewalttätiges Einpressen der Griechen in den Krieg für die Ententemächte ein recht gefährliches Wagnis, das sich für die Truppen Sarrails in Saloniki zu einer schweren Katastrophe gestalten könnte. Welchen Wert hätte die erzwungene Wehrhilfe eines Heeres, das, innerlich zerrissen und von größtem Mißtrauen gegen seine Verbündeten erfüllt, nur widerwillig in den Kampfschlag eilte? Könnten nicht bei der ersten Niederlage sich schwere Verwicklungen ergeben?

Das sind Erwägungen und Befürchtungen, die vor einigen Wochen England und Frankreich — Rußland und Italien halten sich zurück — zu einer Aenderung ihrer bisherigen Taktik bestimmten. Man kam überein, vorläufig darauf zu verzichten, Griechenland zur Teilnahme am Kriege zu zwingen. Es wurde der Plan gefaßt, unter Wahrung der militärischen Interessen den Nordteil Griechenlands der Athener Regierung zu entziehen, das heißt eine Griechisch-Mazedonien, Nord-Thessalien und Nord-Epirus umfassende Kriegszone zu schaffen und unter die Verwaltung der provisorischen Regierung in Saloniki, also unter die Diktatur der Entente, zu stellen. Gegen Anerkennung dieses Zustandes sollte dem König Konstantin die Unverletzlichkeit des altgriechischen Gebietes und seiner Dynastie gewährleistet werden — unter der Bedingung, daß zwischen beiden Teilen, der Kriegszone und dem der Verwaltung der Athener Regierung verbleibenden Gebiet, ein neutrales Zwischengebiet hergestellt werde, die griechischen Truppen aus Thessalien und Nord-Epirus zurückgezogen und nach der Peloponnesischen Halbinsel übergeführt würden, das griechische Post- und Telegraphenwesen unter der Aufsicht englischer und französischer Beamten verbleibe und ferner die Entente die volle Verfügung über die Bahn vom Piräus nach Nord-Thessalien, die Bahnverbindung Piräus-Athen-Varissa, für ihre Truppen- und Munitionsendungen erhalte.

Wieweit König Konstantin und das Kabinett Lambros diesen Plänen zugestimmt haben, läßt sich, da zuverlässige direkte Nachrichten nicht mehr aus Athen nach Deutschland gelangen, nicht feststellen; nach den Angaben der großen englischen Blätter schien es, als hätte die griechische Regierung in ihrer Notlage sich mit dieser „Regelung“ schließlich einverstanden erklärt.

Von einer Reihe deutscher Zeitungen ist diese Abmachung als „eine politische Niederlage der Ententemächte“, als „Zusammenbruch des Venizelos“, „Rückzug Englands und Frankreichs vor König Konstantin“ usw. ausposaunt worden. Wie unrichtig das war, zeigen die in den letzten Wochen von den Ententemächten an die Athener Regierung gestellten neuen Forderungen. Die Entente war durchaus nicht willens, dem König Konstantin das Feld zu überlassen; sie hatte nur eine taktische Schwankung vollzogen, um dem Salonikiheer den Rücken zu decken und für ihr Vorgehen in Griechisch-Mazedonien freie Bahn zu gewinnen.

Das beweist am besten, daß England und Frankreich, sobald die griechische Regierung sich in die Abmachung fügte, neue Forderungen stellten. Wenn sie auch vorläufig den Plan aufgegeben hatten, das griechische Volk in den Weltkrieg hineinzuziehen, so doch nicht den Plan, sich deren Kriegsmittel zu verschern und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Nachdem sie schon vorher die größeren griechischen Kriegsschiffe gewaltsam in Beschlag genommen hatten, traten sie nun an die griechische

Regierung mit der Forderung heran, ihr bzw. der benigeltischen provisorischen Regierung in Saloniki auch die kleinen Einheiten der griechischen Kriegsmarine für den Kampf gegen die deutschen Unterseeboote zur Verfügung zu stellen. Und als der König dieses Anstehen ablehnte und einen Kronrat zusammenberief, der die freche Zumutung mit der Begründung ablehnte, daß sich durch ihre Zustimmung die griechische Regierung einer Verletzung der Neutralität schuldig machen würde, griff die Entente kurzweg zur Gewalt. Sie nahm die kleinen Kriegsschiffe mit samt dem Kriegsmaterial auf den in der Enge von Salamis gelegenen Inseln Leros und Agira einfach in Besitz — und ließ alle Einsprüche unbeachtet.

Doch damit sind die Forderungen beider Mächte nicht erschöpft. Die Einnahme Monastirs, die von der bezahlten Entente-Pressen Griechenlands zu einem großen Erfolg der Sarrailschen Armee aufgeführt wird, hat sie zu neuen, stärkeren Ansprüchen bestimmt. Schon bisher hatten sie verschiedentlich versucht, die griechische Regierung zur Herausgabe eines Teils ihres Kriegsmaterials zu bewegen; nun haben die Ententegesandten in Athen das Ultimatum gestellt, ihnen sofort den größten Teil der griechischen Gebirgs- und Feldartillerie (insgesamt 34 Bataillionen), 140 Maschinengewehre, 40 000 Mannlicher Gewehre, 50 Kriegsaufwärtungsmobile sowie ferner große Munitionsmengen zur Verstärkung der Sarrailschen Armee auszuliefern. Die Tatsache, daß solche Lieferung eine feindliche Handlung gegen die Mittelmächte und Bulgarien bedeutet und diesen den triftigsten Grund liefert, ihrerseits Griechenland den Krieg zu erklären, macht weder der englischen, noch der französischen Regierung die geringsten Bewissenskrampeln.

Gleichzeitig hat die Ententediplomatie, um den Vierbund zu verhöhnen, die Forderung erhoben, die griechische Regierung solle die Gesandtschaften der Mittelmächte, der Türkei und Bulgariens aus Griechenland entfernen. Wieder weigerte sich die griechische Regierung, und der König sprach sogar den einzelnen Gesandten des Vierbundes persönlich sein Bedauern über das Vorgehen der Westmächte aus. Doch was sollte die im englisch-französischen Schraubstock ächzende griechische Regierung machen? Sie mußte dulden, daß die Vierbundsgesandten mit dem Dampfer „Mykali“ nach dem von bulgarischen Truppen besetzten Kavalla abgehoben wurden.

Eine prächtige Illustration zu dem immer wieder von der Entente-Pressen aufgetriebenen Märchen, England, Frankreich, Rußland kämpften für die heiligen Rechte der kleinen unterdrückten Nationen! Freilich ist Griechenland nicht ganz unschuldig daran, wenn es sich heute unter der harten Faust der Ententemächte krümmt und windet. Die griechische Handelsbourgeoisie hat in der ersten Zeit des Krieges für die Entente eine recht ansehnliche Portion liebevoller Sympathie aufgebracht und die schönen englischen Darstellungen nur zu oft für bare Münze genommen, jetzt pauken ihr die Westmächte die alte Lehre ein, daß der Schein trügt — auf politischem Gebiet noch mehr als auf anderen.

Die befreite Donau.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters. Aus dem Felde, den 24. November 1916.

Während das Gros unserer walachischen Einfallarmee längst über Craiova hinaus ist, hat ein Seitendetachment in kühnem westlichen Durchstoß Turnu Severin besetzt, gegenüber dem Negotinzipfel liegend, ist allen Teilnehmern des serbischen Feldzuges bekannt als ungewollter neidischer Zuschauer unserer ersten Begegnung mit den Bulgaren im vorigen Jahre. Wie damals, ist heute die Stadt Zeuge einer wichtigen Vereinigung zwischen uns und unseren tapferen Verbündeten im Südosten geworden, diesmal in ihren eigenen Mauern. Als plötzlich die deutsche Flagge über Turnu Severin hochging, ertönten drüben in Kladowa die Salutsschüsse der Bulgaren.

Durch das siegreiche Vorrücken in der Kleinen Walachei ist die zweite Befreiung des Donauverkehrs zwischen den Mittelmächten und Bulgarien vollendet, die erste geschah vor

leuchtend feindwärts von hüben und drüben, bis auf die Wurfweite der Handgranate. So wird jetzt in Bosnien gekämpft — aber Tag und unter Tag. Doch vor vier Wochen hatte die Schlacht ein ganz anderes Gesicht. Da stürmte die russische Garde, nachdem ihr rasendes Trommelfeuer den Weg gebahnt hatte, in hellen Haufen. Und in hellen Haufen lagen dann die Gardeleichen vor unseren Stellungen oder auch dort, wo es zum Handgemenge gekommen war, mittendrin. Seitdem ist es auch die alte russische Garde nicht mehr, sondern nur eine Schlacke davon. Wohl sind im russischen Reich noch ein paar hundert Hünenkerle aufzutreiben gewesen, um die Stände wieder aufzufüllen, und äußerlich mögen die Preobraschenski und Kexholm-Granadiere, und wie sie alle heißen, noch das Gesicht wahren aber die Offiziere sind weg, die den Gardestolz verkörperten, und der Angriffswille ist ausgelassen. Uebereinstimmend sagen es die Gefangenen aus: die Garde will nicht mehr angreifen, sie hat kein Vertrauen mehr zur gepriesenen Stoßkraft ihres Bataillons.

Nicht lange verweilte ich beim Regimentskommando, denn der Oberstleutnant, der mich gastlich empfing, hatte mir nur wenig zu sagen. Die heroischen Anspannungen des Kampfes sind für ihn nur noch alltäglicher Dienst, der sich nach der ewig gleichgestellten Uhr abwickelt, und die Pflichterfüllung kennt keine Heidenlieder. Sonderbar nur Früh- und Abendrapporte. In Begleitung einiger Offiziere schlug ich den Weg zum Nachbarr Regiment ein. Ueber eine Wiesenhälfte ging es, die von Eisenscherten überfüllt war und auf der sich Trichter an Trichter reihete. Auch jetzt schlugen noch einige Granaten neue Wunden in den bereiteten Wiesengrund und auch Infanteriegeschosse strichen darüber wie zwitschernde Vögel. Eine Ruibe bot alsbald Deckung und durch sie gelangten wir zum Nachbarr Regiment, dessen Referenzstellungen zum Teil tief ins Erdreich eingebaute waren und zum anderen Teil aus Erdhöhlen bestanden, die sich über eine dem Feinde abgewendete Hügelkuppe verstreuten. Wir kamen eben zu einem seltenen Feste. Das Regiment, das wir besuchen wollten — ebenfalls ein ruthenisches — wurde gerade abgelöst und in Ruhestellung gezogen, nachdem es genau hundert Tage — hundert furchtbare Kampfplage — dem Feind gegenübergestanden hatte. In der Nähe befindet sich der „Dreifingerwald“, der jetzt so aussieht, wie wenn er abgelöst worden wäre, und dessen zerfaserter Baumstämme Zeugen furchtbaren Geschehens waren. Im engsten Verein mit den benachbarten deutschen Bataillonen hatten die Ruthenen die eingedrungenen russischen Garben wieder hinausbesördert — in erbitterten Kämpfen, die wie Wundenflächten hin- und herwogten, bei denen aber viel, sehr viel Blut floß und die oft stundenlang währten, bis

endlich bei dem in der Planke gefassten Feinde die wilde Kaufenergie in lässe Panik umschlug. Die Handgranate sprach hier das entscheidende Wort und hin und wieder wirbelten die mörderischen Wurfgeschosse. An einer Stelle verteidigten fünf österreichische Soldaten einen eingebauten Minenwerfer gegen die von allen Seiten durch Walddickicht andringenden Russen. Jede Handgranate, die herüberfiel, wurde blitzschnell vom Boden aufgerissen und zurückgeschleubert; nur einmal geriet das um den Bruchteil einer Sekunde zu spät und einer der Helden — ein Wiener Sicherheitswachmann — büßte das Versehen mit schweren Wunden. Schon aber kam unter wildem Geschrei ein kleiner Trupp Deutscher zu Hilfe und nach kurzem Gemetzel haben sich etliche Duzend Hände hoch. Ein deutscher Soldat stürzte sich, nachdem ihm das Gewehr entfallen war, bloß mit dem kurzen Dolchmesser, das hier alle tragen, bemannet, auf einen russischen Garzisten, erfaßte mit der Linken dessen Gewehrschaft und stieß mit der Rechten den Hünen, ehe er sein Gewehr freibekommen konnte, nieder. In demselben Augenblick aber traf ihn ein tödlicher Schuß und beide Leichen sanken, fest ineinander verschlungen, zu gleicher Zeit auf den Rasen.

Die Regimentsabteilung, der wir beimohnten, blieb den Russen nicht verborgen. Auch die Unserigen merkten es sofort, wenn sich in den feindlichen Stellungen eine Veränderung vollzieht. Die Schützengräben haben ihren Taktplan und sind auf einander eingestrichelt. Die Erkenntnis des Russen äußerte sich dahin, daß seine Artillerietätigkeit plötzlich lebhafter wurde, und als wir durch den mäandrischen Laufgraben zurückgingen, begann schon das Geöse von unseren Köpfen. Die Granaten zogen mit Schreul ihre Wogen durch die Luft und gingen links im Walde nieder; in den Laufgraben schlug keine. Als wir glücklich wieder ins Freie kamen, überschritten wir noch eine Wiese, aber die sich kürzlich ein Sperrfeuer von Gasgranaten ergossen hatte. Die aufgeplumpten Geschosse liegen dort noch zu Hunderten herum und sehen aus wie eiserne Tulpen, deren Blätter löffelförmig ausgebaucht sind. Ein leichter Chlorgeruch war noch fühlbar.

Wir gingen weiter, kamen an feindlichen Unterständen vorüber und zogen uns schließlich aus dem Frontbereich zurück bis dorthin, wo der Wagen unserer harrte. Der Adjutant des abgelösten russischen Regiments, Hauptmann A., begleitete uns ein Stück Weges und erzählte uns Einzelheiten aus den letzten Kämpfen. Obgleich ein Deutscher, fühlte er sich innig zu seinen ruthenischen Soldaten hingezogen, die auf dem Schlachtfeld den russischen Werbern eine so deutliche Absage gaben wie nur irgendeine andere österreichische Nation und die erst kürzlich mit der russischen Garde nicht weniger erbittert tauchten als ihre ferndeutschen Nachbarn.

Im Bannkreis des Dreifingerwaldes.

Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz. Bosnien, 9. November.

Am frühen Morgen verließ ich Wladimir Wolynski und erst am späten Abend erreichte ich das höhere Kommando, dessen Frontabschnitt ich besuchen sollte. In einem russischen Kloster verbrachte ich die Nacht, eine Mönchszelle bot mir Obdach. Die Sakristei dieses Klosters ist in eine Schreibstube verwandelt, über die Korridore dröhnen schwere genagelte Stiefel. Die Mönche, die früher da hausten, werden aber das nicht sonderlich abnehmen, sie scheinen sich ohnedies nicht recht wohl gefühlt zu haben in diesen Räumen. Wenigstens sind an die Wände allerlei Inschriften getrieben, die, wie mir ein Sprachkundiger versicherte, nichts anderes enthalten als Beschimpfungen des Metropolitens Eulogius von Kiew — dieses „Hundelohnes“.

Früh mußte ich aus dem etwas frostigen Bette und ein Wagen brachte mich und meinen Begleiter an die Front. Bis zu einem Kriegerfriedhof fuhren wir; dort heißt es, den Wagen zurücklassen, denn nun führt der Weg über eingeschnehtes Gelände, das auch zeitweilig von der feindlichen Artillerie „belehrt“ wird. Wir verschwinden alsbald im Walde und verfolgen einen lotigen Karrenweg, der uns zu einem kleinen Dörfchen von Erdhöhlen bringt. Ganz im Versteck verborgen, wie das Knusperhäuschen der Waldhege, die Bretterbaracke des Regimentskommandos. Sie bietet ganz wohnliche Unterkunft, nur heißt Tag- und Nacht der Sturm um ihre Brettergehänge. Blaue Bohnen und Stahlscherven sprüht er hin und schüttet sie oft wie aus Siebkannen über das Dach. Rußige Stunden gibt es da fast gar nicht mehr; der Kampf geht nie aus. Eben jetzt auch rattern vorn in der Hauptstellung die Maschinengewehre, auch die Handfeuerwaffen lassen ihren Beifschentknall vernahmen und dumpfe Schläge geben kund, daß die Minenwerfer in Tätigkeit sind. In der Nähe befindet sich eine Mienenstellung, auf die es die russischen Minenwerfer besonders abgesehen haben. Der bittere Humor des Schützengrabens hat ihr den Namen „Sernimental“ gegeben. Ruthenen sind es, die da vorn kämpfen, und ihnen gegenüber stehen, wie überall in diesem Abschnitt, Bataillone der russischen Garde. Sie stehen sehr nahe und unsere Plänker sehen, sowie sie den Kopf über die Brüstung heben, das Weiße im Auge des Feindes. Im Sappen- und Mienenkrieg haben sich die Stellungen langsam aneinandergeschoben, durch den Boden wühlt sich das Verderben wie ein Miesewurm und oberirdisch kriecht es

einem Jahre durch die Ausübung des Negotingsipfels. Damals konnte seit Kriegsausbruch der erste österreichisch-ungarische Schlepplug unter Monitorenbedeckung das Eisenerz transportieren und unter den Augen Rumäniens begann ein eifriger Schiffsverkehr zwischen den ungarischen und bulgarischen Donauhäfen Vidui und Dom Palanka. Mit der rumänischen Kriegserklärung hörte dieser Schiffsverkehr, der unsere Eisenbahnen wesentlich entlastete, auf. Wieder lagen Hunderte von unseren Schlepplähnen untätig in Südbungarn, und nur zuweilen gelang es nächtlichen Vorstößen unserer Monitore, dem Feinde vom Fluß aus Schaden zuzufügen. Durch den rumänischen Zusammenbruch in der Kleinen Walachei ist die kurze rumänische Donaupferre gebrochen. Bald wird der befreite Fluß das alte wichtige Bindeglied zwischen den Bulgaren und uns sein wie bisher.

Dr. Adolf Köster,
Kriegsberichterstatter.

Wadenfens Donauübergang.

Zur Ueberwindung der Donau durch Teile der Armee Wadenfens veröffentlicht die „N. N. Z.“ eine Verachtung ihres militärischen Nw.-Mitarbeiters, aus der wir folgendes zitierten: Kaieidkopartig wechseln die Wider auf dem rumänischen Kriegsschauplatz. Bald ist es die Dobrußja, bald die Moldau, bald die Walachei, wo der langzeitliche Druck der verbündeten Kriegsarmeen kämpft, deren für die gesamte Kriegslage auf dem Balkan entscheidender Charakter immer auffälliger in die Erscheinung tritt. Der behändige Wechsel der Angriffsfronten gibt der rumänischen Heeresleitung eine Unsicherheit, die durch die praktische Unmöglichkeit, die außerordentlich lange und vielgestaltige Landesgrenze mit entsprechenden Verteidigungsfronten auszustatten, sich noch fühlbarer macht. So erklärt es sich, daß die Rumänen einen Donauübergang von seiten der verbündeten Heere wohl von Anfang an in Rechnung stellten, aber gerade in dem Augenblicke der unmittelbaren Gefahr starke Truppenverbände an die westlichen Frontstellen abgezogen hatten, an denen die Armee Balkanbahn ihren Druck auf die walachische Tiefebene verstärkte. Der geglättete Donauübergang beweist jetzt die Nichtigkeit der Strategie der verbündeten Mächte, die den Rumänen und Russen den billigen Triumph der Zerstörung der Donaubrücke bei Cernavoda vergönnte, ohne auch nur durch eine einzige vorgelegte Karte die Absicht zu verraten, an ganz anderen Stellen über den Fluß zu gehen, als unsere Feinde vermuteten.

Als Uebergangsstellen kamen von vornherein verschiedene Punkte des Flußlaufes in Betracht. Mehrere von unserem Generalstab in der letzten Zeit gemeldete Operationen, insbesondere der Mitte Oktober von deutschen Truppen gegen die Donauinsel bei Svislov unternommene Landzucht, bei dem österreichisch-ungarische Monitore noch der Vernichtung der rumänischen Pontonbrücke bei Rahova erfolgreich mitwirkten, ließen bereits darauf schließen, daß der Flußlauf in der Nähe der Dobrußjagrenze dem Truppenübergang dienen sollte. Svislov liegt in südwestlicher Richtung von Bukarest, etwa 100 Kilometer von der rumänischen Hauptstadt in der Luftlinie entfernt. Svislov gegenüber auf rumänischer Seite liegt das Dorf Jimnicia, das im rumänischen Bericht mit den Worten erwähnt wird: In der Umgegend von Jimnicia heftige Artilleriebeschleßung. Der Feind versuchte zu landen.

Der Pessimismus im Geduldsfell.

London, 24. November. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau verbreitet nachstehende Darlegung: Nicht nur in Rumänien, sondern auch in anderen gut unterrichteten diplomatischen und militärischen Kreisen wird die gegenwärtige Lage Rumäniens, die sich aus dem österreichisch-deutschen Vormarsch ergeben hat, nicht als ernst betrachtet. Doch die Lage unklar und in gewisser Hinsicht auch unklar ist, weil schlechtes Wetter die Verbindungen verzögert hat, wird freimütig eingeräumt. Aber es wird angedeutet, daß eine unangebrachte Niedergeschlagenheit nicht hervorgerufen wurde. Selbst wenn man annimmt, daß die Behauptungen des deutschen Heeresberichts wahr sind und ferner die feindlichen Erfolge bei der Ueberwindung der westlichen Walachei in Anschlag bringt, so könne dies, so unangenehm das sei, keineswegs für Rumänien eine Sache von ausschlaggebender Bedeutung sein und nicht die wirkliche strategische und militärische Lage Rumäniens treffen, da ein erfolgreicher russisch-rumänischer Feldzug im Norden den feindlichen Erfolg in sehr kurzer Zeit vollkommen nichtig machen würde. Es ist eine allgemein verbreitete falsche Ansicht, daß Deutschland durch die Ueberwindung des südwestlichen Rumäniens sehr bedeutende Vorteile, namentlich an Getreide in die Hand bekommen würde. Dieser Teil Rumäniens ist zwar ein an landwirtschaftlichen Erzeugnissen sehr reiches Gebiet, dient aber nicht als Stapelplatz für Getreide. Der größte Teil der Ernte ist eingebracht und auf dem gewöhnlichen Wege schon vor Wochen nach Braila und Galatz, den großen Mittelpunkten des Getreidehandels, gelandt worden, wo sich große Speicher befinden. Die Weizennte ist indessen noch nicht eingebracht und kann in die Hände des Feindes fallen. Die deutschen Siege in dieser Gegend dürften natürlich auch ihren Transport erleichtern. Was die Garnison von Orsova betrifft, so ist diese nur klein und es besteht Grund zu der Hoffnung, daß sie erfolgreich zurückgezogen werden konnte, als es dem Kommandanten offenbar wurde, daß sie sich in drohender Gefahr befände. Kurz gefasst die Meinung geht dahin, daß die gegenwärtige Lage eher zur Geduld als zum Pessimismus mahnt. Einmal ist gewiß, nämlich daß das Einlegen jedweder Anstrengung seitens Rußlands, Rumänien zu helfen, in sehr kurzer Zeit die ganze Lage ändern wird.

Die Sommeschlacht und die Kriegsdauer.

Unter der Ueberschrift „Was ist Wahrheit?“ zieht der Hauptartilleriechef des Londoner „Observer“ vom 12. November das Fazit des Feldzuges 1916. Was er über die Sommeschlacht sagt, legt wie ein schneidender Eiswind in die Friedenswünsche der Völker hinein. Er schreibt: Praktisch genommen, hat das, was die Weichte die Schlacht an der Somme nennen wird, vor ein paar Wochen aufgehört. Wie die Schlachten an der Somme und bei Ypern klang sie aus auf Grund einer allmählichen, aber tiefergehenden Wandlung in den Bedingungen. Unmerklich war eine ganz veränderte Lage geschaffen worden. Der Feind hat besser als je gekämpft — so bewundernswürdig gekämpft mit Mut und Verstand, daß wir wirklich hoffen, daß es fernerhin kein oberflächliches Gerate über die vermeintliche Demoralisierung und den gedrohenen Mut des Feindes geben wird. Statt gebrochen zu sein, hat sich seine Moral ganz im Gegenteil von der rauhen Erschütterung, die wir ihr zwischen Juli und Oktober verleiht hatten, wieder voll erholt. Es wird für den Verband nicht nur keinen „Durchbruch“ noch irgend etwas Derartiges dieses Jahr im Westen geben, sondern zwischen jetzt und Weihnachten wird auch keine ausgebreitete Zurücknahme der deutschen Linien zwischen Arras und Rohon stattfinden. So wird das geringste, was man bis zu Anfang Oktober erhofft hatte als glänzendes und schwerwiegendes Ende des gegenwärtigen Feldzuges nicht erreicht werden. Es ist im Gegenteil sicher, daß große Ergebnisse selbst im nächsten Feldzuge nur erreicht werden können durch noch furchtbarere Anstrengungen, als die englisch-französischen Heere bis bisher gemacht und vor allem durch eine mächtigere intellektuelle Leistung des Krieges insgesamt. Jetzt und fernerhin müssen wir diese Wahr-

heiten mit unerschütterlicher Härte festhalten. Wir wollen und wir werden siegen, aber wir müssen die augenscheinliche Aussicht, daß der Krieg das ganze nächste Jahr hindurch bis weit in das Jahr 1918 hinein dauert, fest ins Auge fassen.

Auslieferung griechischen Kriegsmaterials.

Ein neues Ultimatum Admiral Journets.

Athen, 25. November. (W. Z. B.) „Secolo“ meldet aus Athen: Admiral Journet verlangt in einem neuen Ultimatum die Auslieferung des Artillerieparkes bis zum 1. Dezember und die des übrigen Kriegsmaterials bis zum 15. Dezember. In militärischen Kreisen herrscht große Tätigkeit.

Athen, 24. November. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Man erwartet für morgen nachmittag ein Ultimatum. Wenn gegen die Auslieferung der Waffen Widerstand geleistet werden sollte, so würden die Urheber des Widerstandes verhaftet und die Zollämter besetzt werden. Die Militärs sind auf die schlimmsten Möglichkeiten gefaßt. Die Lage ist sehr ernst. In den Kreisen des königlichen Palastes wird erklärt, daß, obwohl der König die Uebergabe der Waffen befiehlt, der Versuch, sie mit Gewalt zu nehmen, auf den Widerstand der Militärpartei stoßen würde. Der einzig mögliche Ausweg für Griechenland sei, wie Neuter behauptet, offenbar, nach Empfang des Ultimatus der Alliierten ein Ultimatum an Bulgarien zu richten.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 24. November. (W. Z. B.) Generalstabsbericht vom 24. November.

Mazedonische Front: Zwischen dem Dzirva- und Prespa-See waren vier starke feindliche Abteilungen zurück. An verschiedenen Punkten vor unseren Stellungen zwischen dem Prespa-See und der Cerna lebhaftes Artilleriefeuer. Deßhalb von Cernabogon haben wir drei nächtliche Angriffe des Feindes, der dabei blutige Verluste erlitt, zurückgeworfen. Im Roglenica-Tal und beiderseits des Bardar Artilleriefeuer. Am Fuße der Belasica Planina Ruhe. An der Struma schwache Artillerietätigkeit.

Rumänische Front: In der Dobrußja näherten sich an Zahl überlegene feindliche Abteilungen unseren Stellungen, wurden aber durch das Feuer unserer Artillerie zurückgeschlagen. Entlang der Donau bei Silistria, Tzaratkan und Ruzschuk Artilleriefeuer. Bei Wigen, Drehovo, Lom und Vidin haben unsere Abteilungen die Donauinsel besetzt.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 25. November. (W. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht vom 21. November. (Verspätet eingetroffen.)

An der persischen Front wurden verschiedene feindliche Aufklärungspatrouillen, die gegen Widjer vorgedrungen waren, zurückgeschlagen.

An der Kaukasfront wurde auf dem rechten Flügel ein 40 Kilometer langer Teil unserer in der Gegend von Rusch gelegenen Stellungen gleichfalls vorgeschoben, so daß wir in den letzten Tagen auf diesem Flügel unsere Stellungen in einer Ausdehnung von 90 Kilometern und einer mittleren Tiefe von 10 Kilometer vorgeschoben haben. Die Kämpfe, die unsere Vorstoßabteilungen an dieser ganzen Front und besonders nördlich von Sidji gegen feindliche Nachhutentlastungen, entwickelten sich zu unseren Gunsten. Wir machten Gefangene und erbeuteten Kriegsmaterial. Die Zahl der russischen Ueberläufer nimmt täglich zu.

An den übrigen Fronten kein wichtiges Ereignis. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber. Konstantinopel, 24. November. (W. Z. B.) Bericht vom 24. November. Auf den verschiedenen Fronten kein wichtiges Ereignis.

Der Stellvertretende Generalissimus.

Deutschland hält sein U-Boot-Versprechen.

New York, 18. November. (Funkspruch vom Vertreter des W. Z. B. Verspätet eingetroffen.) Infolge der ausgedehnten, planmäßigen Bemühungen ententefreundlicher Zeitungen, die Unterseebootfrage auf Grund englischer Berichte fortwährend dem amerikanischen Publikum vor Augen zu halten, hat Lansing nach Depeschen aus Washington die Ermächtigung gegeben, festzustellen, daß die Berichte durchaus unwahr sind, die melden, das Staatsdepartement habe Nachrichten erhalten, daß eine endgültige Entscheidung getroffen worden sei, einen rücksichtslosen deutschen U-Bootkrieg zu eröffnen, nach einer Washingtoner Depesche des Reuterschen internationalen Nachrichtendienstes hat Lansing die in verschiedenen englandfreundlichen Zeitungen erscheinenden Berichte, die Regierung habe erfahren, daß Deutschland beabsichtige, das U-Bootversprechen zu brechen, für sehr ärgerlich erklärt. Andere Beamte weisen darauf hin, daß derartige Berichte stets erscheinen, wenn eine Streitfrage zwischen den Vereinigten Staaten und England besteht. Man glaubt, augensichtlich bestehe die Absicht, die Aufmerksamkeit von der englischen Note abzugelenken, die die Schwarzen Listen aufrechterhält.

„U-Deutschland.“

Ueber den Unfall der „Deutschland“ im Hafen von New London meldet der „Exchange Telegraph“ laut „Voss. Zig.“ aus New York: Als die „Deutschland“ die amerikanischen Gewässer verließ, verjagte der Schlepper „Tusconi“ an Bug der „Deutschland“ vorbeizukommen. Der scharfe Schiffschnebel der „Deutschland“ bohrte sich jedoch in den Schlepper hinein und riß ihn fast auseinander. Obgleich die oberflächliche Untersuchung keinen Schaden an der „Deutschland“ erkennen ließ, so fürchtete man doch, daß durch den Zusammenstoß die delikate Maschinerie im Bug gelitten haben könnte. Das Schiff kehrte deshalb zum Ankerplatz zurück. (Da das Handelstauchboot inzwischen wieder die Heimreise angetreten hat, hat also die Befürchtung als nicht zutreffend herausgestellt.)

Der Weltbankier jenseits des Ozeans.

Amerika ist der Gewinner des Weltkrieges. Was bei Ausbruch der Katastrophe sofort begriffen und von dem französischen Vorkauser in Berlin damals ausgesprochen wurde, ist eingetroffen. Die Dollar-milionen fließen nach England, Frankreich, Rußland. Ohne ihren Zufluß wäre die Entente längst auf beiden Flüssen lahm. Und zugleich wächst der Einfluß amerikanischen Geldes in China. Folgende Meldungen laufen heute zum Bild zusammen:

New York, 24. November. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die Firma Morgan teilt mit, daß das britische Schatzamt und das französische Ministerium des Äußern die Ermächtigung zum Verleufe eines beschränkten Betrag von kurz-

fristigen Schatzscheinen, die in einem bis sechs Monaten einlösbar sind, gegeben haben.

New York, 17. November. Funkspruch des Vertreters von W. Z. B. (Verspätet eingetroffen.) Die neue russische 5 1/2 prozentige Anleihe wird zu 94 1/2 Proz. des Nennwertes ausgeben werden.

Washington, 17. November. Funkspruch des Vertreters von W. Z. B. (Verspätet eingetroffen.) Die chinesische Gesandtschaft teilt mit: Die Continental and Commercial National Bank in Chicago hat die Ausgabe einer Anleihe von 5 Millionen Dollar an die chinesische Regierung übernommen.

Das Staatsdepartement hat schriftlich zugesichert, daß die Anleihe „jede diplomatische Unterstützung und Schutz“ erhalten werde.

Der Seekrieg.

Ein Postdampfer greift ein U-Boot an.

New York, 17. November. Funkspruch des Vertreters von W. Z. B. (Verspätet eingetroffen.) Der Heerliche Internationale Nachrichtendienst berichtet aus Washington: Das Staatsdepartement hat keinen amtlichen Bericht über die Behauptung erhalten, daß der französische Postdampfer „Mississippi“ auf ein deutsches Unterseeboot im englischen Kanal gefeuert habe, aber es erwartet Nachrichten von der amerikanischen Vorkauser in Paris. In amtlichen Kreisen verlautet, daß, wenn es sich herausstellt, daß die „Mississippi“ ihre Geschütze zum Angriff benutzt hat, ihr die Einfahrt in amerikanischen Häfen unter der Flagge eines friedlichen Kauffahrers verweigert werden soll.

Der „Main“ hat am 12. November die Tatsache, daß „Mississippi“ gefeuert hat, mitgeteilt, und aus seiner Darstellung ergibt sich, daß es angriffsweise geschah. Der Dampfer, der der Compagnie Generale Transatlantique gehört, lief von New Orleans kommend, in Cherbourg ein. Der Kapitän Coubeaux des Schiffes erklärte, daß am 8. November, um 10 Uhr morgens, als sich der Dampfer auf 49° 50' Nordbreite und 2° 50' Westlänge befand, in einer Entfernung von drei Seemeilen an Steuerbord ein großes Unterseeboot in Sicht kam. Das Unterseeboot fuhr mit hoher Geschwindigkeit nach Westen. Der Kapitän der „Mississippi“ gab seiner Besatzung sofort Befehl, sich geschäftlich zu machen, und manövrierte mit seinem Schiff so, daß er dem feindlichen Unterseeboot sein Heck zukehrte. Als er den Augenblick für günstig hielt, gab er den Befehl, zu feuern. Leider aber — wie sich der Kapitän ausdrückte — wurde das Unterseeboot nicht getroffen. Da das Unterseeboot sich auf ein Gefecht nicht einließ, stellte der „Mississippi“ dann sein Feuer wieder ein.

„Britannic“.

London, 25. November. (W. Z. B.) Ein amtlicher Bericht der Admiralität sagt im Hinblick auf die Bemerkung in einem deutschen Funkspruch, daß die große Zahl der Personen an Bord der „Britannic“ außerordentlich auffällig sei und den starken Verdacht rechtfertige, daß das Hospitalschiff für Transportzwecke mißbraucht worden sei. Die Zahl ist sehr genau folgendermaßen festgestellt worden: Besatzung 625, medizinisches Personal 500, insgesamt 1125. Das medizinische Personal bestand aus folgenden niederen und höheren Rangstufen des königlichen Armeesanktatorps: 3 Offiziere, 78 Krankenschwestern, 899 Hospitalwärtern, diensttuenden Aushelfern, Laboratoriumdienern, Operationsraumdienern, Röntgenphotographen, diensttuenden Wärterinnen und Schreiberpersonal, insgesamt 500.

Rotterdam, 25. November. (Z. U.) Wie der „N. N. A.“ aus London erfährt, teilt der „Star“ Einzelheiten über die „Britannic“ mit. Sie wurde im Februar 1914 als Postdampfer vom Stapel gelassen. Als sie Dezember 1915 vollständig fertig war, wurde sie von der Regierung requiriert und zum Hospitalschiff eingerichtet. Im Mai 1916 kehrte sie nach Belfast zurück, um wieder in ein Postboot verwandelt zu werden. Die Hospitaleinrichtung mußte mit großen Kosten erneuert werden. Raum war sie aber wieder als Postboot hergerichtet, wurde sie von der Regierung zum zweiten Male requiriert. Tag und Nacht waren die Leute an der Arbeit, um die Postbooteinrichtung wieder zu entfernen und anstatt dessen die Hospitaleinrichtung anzubringen. Im August war man damit fertig. Der „Star“ nennt dies eine wahnsinnige Vergeudung von Geld, Arbeitskraft und Schiffsraum, „weil“ so sagt das Blatt, „die Regierungsbeamten bergleichen Dummheiten begehen, muß der gewöhnliche Engländer darunter leiden.“

Die Versenkung der „Arthur“.

Stockholm, 25. November. (W. Z. B.) Aus Anlaß der Versenkung des schwedischen Dampfers „Arthur“ durch ein deutsches U-Boot beauftragte die Regierung den schwedischen Geschäftsträger in Berlin, bei der deutschen Regierung eine Untersuchung zu verlangen unter Vorbehalt der Forderungen, zu denen der Vorfall Anlaß geben kann.

Französische U-Boot-Interpellation.

Paris, 24. November. (W. Z. B.) Bergeon und Dousson haben eine Interpellation betreffend Angriff- und Verteidigungsmittel gegen den feindlichen U-Bootkrieg eingebracht.

Englischer Postdampfer verschollen.

London, 25. November. (Z. U.) Die Admiralität macht bekannt, daß das englische Postboot „Nappahamod“ am 17. Oktober von Halifax nach England abging. Seitdem habe man nichts mehr von dem Schiff gehört. Das Schiff ist 3871 Tonnen groß. Nach einem offiziellen drachlosen Bericht aus Berlin vom 8. November soll es in den Grund gebohrt worden sein.

Bericht. Nach dem „Reit Parisien“ wurden versenkt der französische Dreimaster „Saint Magatien“ (1581 Tonnen) und der griechische Dampfer „Mazzanichis“ (Wesungen gerettet). Aus Lissabon wird schließlich berichtet, der Kommandant des Dampfers „Machico“ habe erzählt, ein deutsches Unterseeboot habe sechs Schüsse auf sein Schiff abgegeben und es zwei Stunden lang vergeblich verfolgt.

Der Untergang des „Dreamer Castle“. Amsterdam, 25. November. (Z. U.) Nach einer Meldung aus Athen sind alle Personen, welche sich an Bord des verunglückten Hospitalschiffes „Dreamer Castle“ befanden, bis auf eine gerettet.

Serard kehrt zurück.

Berlin, 25. November. (W. Z. B.) Die amerikanische Vorkauser teilt mit, daß die Gerüchte, wonach Vorkauser Serard nicht auf seinen Posten nach Berlin zurückkehren werde, jeglicher Grundlage entbehren, und daß er sich tatsächlich binnen kurzem nach Berlin begeben wird.

Ausdehnung der Zivilarbeitspflicht in Italien

Rom, 25. November. (Z. U.) Das römische Amtsblatt enthält eine Verordnung, in der die Ausdehnung der für Italien bereits bestehenden Arbeitspflicht auf alle staatlichen Kriegsindustrien und alle verwandten Handelszweige verfügt wird.

Bewerkschaftliches.

Für erhöhte Teuerungszulagen der kaufmännischen und technischen Angestellten Berliner Großbetriebe!

Etwa 3000 kaufmännische und technische Angestellte, Werkmeister und Bureauangestellte der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Siemens-Schuckertwerke, Siemens u. Halske A.-G., Neuen Automobilgesellschaft und Bergmann Elektrizitätswerke füllten am Freitag die Germania-Festhalle in der Chausseestraße. Zu der Versammlung, die als gemeinsame Betriebsversammlung der genannten Firmen von 12 Angestelltenverbänden einberufen war, erfolgte ein derartig starker Andrang, daß der große Saal sehr schnell überfüllt war und sich alsbald auch ein zweiter Saal des Lokals dertart füllte, daß auch hier noch viele stehen mußten.

Leber: „Erhöhung der Teuerungszulagen“ sprachen in beiden Sälen als Hauptredner Reichstagsabgeordneter H. Marquardt (Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig) und Reichstagsabgeordneter Genosse Siebel. Marquardt betonte, daß man sich über die Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten vielfach ein ganz falsches Bild mache. Nach den einwandfreien Feststellungen der Reichsanstalt für Angestelltenversicherung betrage das jährliche Durchschnittsgehalt für Privatangestellte 1870 M. Nicht weniger als 62,8 Prozent hätten unter 2000 M. Das seien Gehälter, die schon im Frieden für die Lebenshaltung der Angestellten nicht ausreichen konnten. Der jetzigen Steigerung der Lebensmittelpreise seien aber die Gehälter der Angestellten durchaus nicht gefolgt. Es seien keine wesentlichen Erhöhungen ihrer Gehaltsverhältnisse eingetreten. Der Reichstag habe beschlossen, die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs zu erhöhen, und Erhöhungen würden auch in den Staatsbetrieben erfolgen. Dagegen befänden sich die Privatangestellten vielfach noch nicht im Besitze von Kriegs- und Teuerungszulagen, und die anderen erhielten viel zu geringe Zulagen. Es wäre eine Ehrenpflicht der Unternehmer, und es läge auch in ihrem Interesse, sich einen Stamm von Angestellten zu sichern.

Der zweite Referent, Genosse Siebel, wies darauf hin, daß es in der Angestelltenbewegung wohl das erste Mal sei, daß die Angestellten einzelner Betriebe sich aufgerafft hätten, in solcher großer Masse anzutreten, um Forderungen zu stellen. Redner kritisiert die ablehnende Haltung der Berliner Metallindustriellen, mit den Angestelltenverbänden zu verhandeln. Materielle keine Zustände seien zwar gemacht worden. Die A. E. G. habe seinerzeit den Angestellten eine Teuerungszulage von 25 M. monatlich für Verheiratete und von 15 M. monatlich für Unverheiratete gewährt, sowie eine kleine Kinderzulage. Damit reichten aber die Angestellten bei weitem nicht aus. Die Gehälter bei der A. E. G. seien nach wie vor schlecht. Weibliche Angestellte fingen mit einem Wochenlohn von 15 M. an und erhielten nach einem Jahre 20 M. Männliche Fabrikbeamte fingen mit 120 M. Monatsgehalt an und stiegen auf 175 M. In einem Schreiben an die Feldzeugmeisterei sagte die A. E. G. selber, daß 30 Proz. ihrer Verheirateten und 8 Proz. ihrer verheirateten Angestellten weniger als 100 M. pro Monat hätten. Dann rühme sie sich, daß 67 Proz. ihrer verheirateten Angestellten ein Monatsgehalt von über 200 M. hätten. — Bei Siemens-Schuckert, Siemens u. Halske und in anderen Werken sei es um kein Paar besser. — Nach einer Aufstellung können jetzt auf die Versorgung nur mit den notwendigen Lebensmitteln im Monat pro Kopf 64 M., was bei einer vierköpfigen Familie 256 M. ausmache. Da blieben den Angestellten mit einem Gehalt von 250 M. für alles übrige 30 M., die mit 200 M. Gehalt aber hätten ein Konto. Unter Anführung der im Jahre 1916/17 erteilten Gewinne der A. E. G., der Bergmann-Werke usw. zeigt Redner, daß die großen Betriebe sehr wohl in der Lage seien, nennenswerte Gehaltsaufbesserungen bzw. Teuerungszulagen zu gewähren, an Stelle des ganz unzulänglichen, was bisher gegeben wurde. Es sei nichts

geholfen mit einer einmaligen Zulage, wie sie die Bergmann-Werke im Weihnachtsmonat geben wollten, wo dies eine Mal das halbe Monatsgehalt oder zwei Wochenlöhne ausgezahlt werden sollten. Das könne zwar eine Weihnachtsfreude bedeuten, könne aber die Not nicht lindern. Es müsse mehr geschehen. Siemens u. Halske beabsichtigten, eine Teuerungszulage von 10 M. monatlich für Verheiratete und von 5 M. monatlich für Unverheiratete zu gewähren. Für eine derartige absolut unzulängliche Bewilligung könne er nur bittere Worte finden. Den Angestellten bleibe jetzt nichts anderes übrig, als sich mit ihren Forderungen in die Öffentlichkeit zu flüchten.

Die Ausführungen beider Referenten fanden starken Beifall in beiden Versammlungen.

Beide Versammlungen nahmen einstimmig eine Resolution an, worin an die Firmen die dringende Bitte gerichtet wird, die bestehenden Teuerungszulagen nach Maßgabe der folgenden Vorschläge erhöhen zu wollen: Verheiratete Angestellte erhalten künftig 75 M., ledige 50 M. monatliche Teuerungszulage. Der Kinderzuschlag wird auf 15 M. erhöht. — Die Verammelten bitten ferner, die künftige Regelung so zu treffen, daß ledige Angestellte, die den Unterhalt eines Haushaltes zu bestreiten haben, bei Bemessung der Teuerungszulagen den Verheirateten gleichgestellt werden, daß eine unterschiedliche Behandlung von verheirateten männlichen oder weiblichen Angestellten in Fortfall kommt und auch sämtliche Wochenlöhner mit erfasst werden.

Die Resolution soll den bezeichneten Firmen durch die unterzeichneten Verbände eingereicht werden.

Die Berliner Rechtsanwaltsangestellten und die Kriegswirkungen.

Am 21. November fand im „Katholischen Vereinshaus“ eine Versammlung der Berliner Rechtsanwalts-Angestellten statt, die vom Verband der Bureauangestellten Deutschlands, dem Verband der Rechtsanwalts- und Notariats-Bureaubeamten (Eich Weschaden), dem Verein der Bureauvorsteher der Berliner Rechtsanwalts- und Notare und dem Verein der Bureaubeamten der Rechtsanwalts- und Notare Berlin einberufen war. Herr Franz Krüger referierte über „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Anwaltsangestellten während und nach dem Kriege“. Die Anwaltsangestellten haben ganz außerordentlich unter den Kriegswirkungen und der Teuerung zu leiden. Schon vor dem Kriege hatten nur etwa 12 Proz. der Angestellten ein Gehalt von über 150 M. pro Monat. Nach Ausbruch des Krieges traten in zahlreichen Büros Gehaltskürzungen bis zu 50 Proz. ein. Ein im vorigen Jahre an die Berliner Anwälte gerichteter Gesuch um Rückgängigmachung der Gehaltskürzungen und Gewährung einer Teuerungszulage hatte trotz Befürwortung durch den Anwaltsverein nur sehr geringen Erfolg. Von rund 1500 Anwaltsfirmen haben nur 103 geantwortet, und auch hiervon noch ein Teil ablehnend. Gerade auch wirtschaftlich gutgestellte Anwälte zahlen sehr niedrige Gehälter und können die Gewährung von Teuerungszulagen ab. Redner verlangt die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Anwaltverein und den Angestelltenorganisationen, um die aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten in ihren früheren Stellungen wieder unterzubringen und um auch für die Unterbringung von Kriegsschädigten zu angemessenen Löhnen zu sorgen. Für diesen Zweck sei auch der gemeinsame Ausbau des Stellennachweises unbedingt notwendig. — Eine von der Versammlung angenommene Resolution fordert, die gegenwärtig fast durchweg vollkommen unzureichenden Gehälter der Angestellten den Teuerungsverhältnissen entsprechend aufzubessern oder angemessene Teuerungszulagen zu gewähren, sie beauftragt die vereinigten Angestelltenverbände, erneut mit dem Berliner Anwaltverein und mit den einzelnen Anwälten zur Durchführung dieser Wünsche in Verhandlungen zu treten. Ferner verlangt sie rechtzeitige Fürsorge für die aus dem Heeresdienst entlassenen Angestellten und zu diesem Zweck einen Ausbau und die Verbesserung der Stellenvermittlung, die durch eine Zentralisierung der Stellennachweise sämtlicher Angestelltenverbände geschaffen werden soll. Um bei

Bestreben einen Ausgleich der Interessen zu finden, soll die Erreichung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Anwaltverein und Angestelltenverbänden angestrebt werden. Die Versammlung beauftragt die Verbände, wegen der Durchführung dieser Wünsche mit dem Anwaltverein in Verhandlungen zu treten. Gleichzeitig richtete die Versammlung auch an die Hauptvorstände der Verbände das dringende Ersuchen, in den angelegten wichtigen Fragen für ganz Deutschland ein Zusammenwirken aller bestehenden Berufsorganisationen herbeizuführen.

Generalversammlung der Holzarbeiter.

In der Generalversammlung am Freitag gab der Vorsitzende Glöde den Geschäftsbericht für das dritte Quartal. Die Zahl der abgehaltenen Versammlungen und Sitzungen zeugt von einer regen Tätigkeit der Organisation. Die Kontrollkommission hielt 126 geschäftliche und 610 Besprechungen ab. Die Frage, ob der paritätische Arbeitsnachweis dem Zentralverein für Arbeitsnachweis angegeschlossen werden soll, ist nach den vorausgegangenen Verhandlungen und der Anrufung des Magistrats bis nach dem Kriege vertagt worden. — Die Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation wegen Gewährung einer Teuerungszulage haben nicht zum Abschluß einer Vereinbarung geführt. Mit der von den Unternehmern angebotenen Zulage von 15 bis 20 Proz. auf die Friedenslöhne harte sich der Holzarbeiterverband nicht einverstanden erklärt, es kam deshalb zu keiner Vereinbarung. Die Arbeiter hatten also freie Hand, ihre Forderung, 25 Prozent zu Zulage auf die gegenwärtigen Löhne, in allen Betrieben zu stellen. Wo die Kollegen einig vorgehen, ist diese Forderung in vollem Umfang durchgeführt worden. In manchen Betrieben, wo es an der erforderlichen Einigkeit fehlte, konnten die 25 Prozent nicht voll erreicht werden. Um die Forderung durchzuführen, kam es zur Arbeitseinstellung in 4 Fischereien, 5 Vergoldereien, 3 Mahnmüllereien und 6 Stöckfabriken. — Abgeschlossen ist die Bemegung zur Durchführung der Teuerungszulage noch nicht. — Vor kurzem ist die Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Zentralvorständen zustande gekommen, wonach die bestehenden Tarifverträge nicht gekündigt, aber die Löhne den vereinbarten Sätzen gemäß erhöht werden sollen. Hierzu hat die letzte Generalversammlung der Holzarbeiter Berlin beschlossen, von der Kündigung ihres Vertrages abzusehen, aber die geforderte Teuerungszulage in allen Betrieben zur Durchführung zu bringen und erforderlichenfalls eine noch höhere Zulage zu fordern. Verhandlungen im Sinne dieses Beschlusses mit der Unternehmerorganisation sind in die Wege geleitet.

Nach einer kurzen Diskussion stimmte die Versammlung den Ausführungen Glödes einstimmig darin zu, daß die Teuerungszulage von 25 Prozent der gegenwärtig bestehenden Löhne in allen Betrieben, wo sie noch nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt werden, gefordert und durchgeführt werden müsse. Laut Bericht der Arbeitsvermittler war die Nachfrage nach Arbeitskräften so lebhaft, daß Arbeitslose bald wieder Arbeit finden. Am Schluß des Quartals waren beim paritätischen Arbeitsnachweis 208, beim Arbeitsnachweis des Verbandes 11 Arbeitssuchende eingetragen.

In später Stunde wurden zwei aus der Versammlung gestellte Anträge verhandelt. Der erste derselben sagt, die Versammlung solle die beiden sozialdemokratischen Fraktionen auffordern, gegen das Zivildienstpflichtgesetz zu stimmen. Gegen diesen Antrag wandten sich Glöde und einzelne andere Redner. Sie vertraten den Standpunkt, es sei nicht Sache der Gewerkschaft, zu einer politischen Angelegenheit Stellung zu nehmen, um so weniger, da man noch nicht wisse, welche Gehalt das Gesetz im einzelnen erhalten werde. Schließlich wurde der Antrag von der schon stark gelichteten Versammlung mit Mehrheit, aber knapper Stimmzahl angenommen. — Ueber den zweiten Antrag, der forderte, daß die Angelegenheit des Verbandes nicht mehr im „Vorwärts“ veröffentlicht werden sollen, und der vom Vorsitzenden Glöde als ungewandtig bekämpft wurde, soll die in vierzehn Tagen einzuberufende außerordentliche Generalversammlung beschließen.

A. WERTHEIM

Leipziger Str., I. Stock:
Ausstellung des Verbandes
Deutscher Illustratoren

Pelzwaren

Langhaariger Kanin-Kragen	Fuchsform	16.50
Muff Tierform, dazu passend		18.00
Langhaariger Kanin-Kragen	Fuchsform	21.50
Taschen-Muff dazu passend		21.00
Langhaariger Kanin-Kragen	2 fellige Fuchs	37.50
Taschen-Muff dazu passend		24.00
Alaskafarbiger Kragen	Fuchsform	39.50
Muff Tierform, dazu passend		39.50
Skunks-Wallaby-Kragen	Fuchsform	53.00
Muff Tierform, dazu passend		47.50
Skunksopossum-Kragen	Fuchsform	67.50
Taschen-Muff dazu passend		62.50

Kinderkleidung

Kinderkleid	Bluse aus einfarbigem Stoff Golt-Barchent, mit schottischem Rock, Länge 45 cm	4.50	bis 6.00
Kinderkleid	aus Schottenstoff, mit reicher Velvet-Garnierung, Länge 45 cm	9.75	bis 15.00
Kinderkleid	aus einfarbigem Wollstoff, mit Lülleinsatz, Paspel u. Zierstich-Garnierung, Länge 50 cm	13.00	bis 26.00
*Kinderkleid	aus Körper-Velvet, mit Waschkragen und Manschetten-Garnitur und seidene Gürtel, Länge 50 cm	24.00	bis 26.50
Backfisch-Kleid	aus einfarbigem Wollstoff und schottischer Seidengarnierung, Länge 110 cm	29.00	bis 31.50
*Backfisch-Kleid	aus Körper-Velvet, mit reicher Stickerei, Länge 105 cm	43.00	bis 47.00

*Kindermantel aus Körper-Velvet, mit Riegel, weißem Plüschkragen u. Schwellen-Garnier., Länge 45 cm

24.00 bis 33.00

Kurzer Kieler-Mantel aus blauem Chevrot, warm gefüttert, mit Aermelstickerei und Kragenabzeichen, für das Alter von ungefähr 3 Jahre

15.50

Jede weitere Größe 75 Pf. mehr, ab 9 Jahre 1 M.

Große Auswahl in: Ulster, Mäntel, Kieler-Mäntel, Jünglings-Paletots, farbige und blaue Jackett-Anzüge sowie Knaben-Anzüge

In verschiedenen Formen und Preislagen, teilweise aus eigener Werkstatt.

Kleider- und Seidenstoffe

Blusenstoff	dunkelgründig, gestreift, in großer Muster-Ausw. hl, Meter	2.10	2.65
Blusenstoff	hellgründig, reine Wolle, in modernen Streifen	4.50	5.75
Schotten	doppelbreit, in guter Qualität, Meter	2.90	3.75
Rock-Karos	etwa 130 cm breit, in dunklen Farben	6.50	8.75
Gabardin	blau-erün, gestreift, etwa 110 cm breit, für Kleider und Röcke	4.75	

Kostüm-Stoff	etwa 120 cm breit, klein kariert	6.50
Kostüm-Stoff	etwa 140 cm breit, in schwerer Qualität	8.00
Mantelstoff	etwa 130 cm breit, in verschiedenen Farben	8.50
Mantelstoff	etwa 130 cm breit, klein kariert, in dunklen Farben	16.50
Mantelstoff	etwa 130 cm breit, in modernen Farben	14.50

Blusen-Seide	schwarz-weiß gestreift in guter Qualität	1.90
Block-Karos	reine Seide, in verschiedenen Stellungen, Mr.	2.60
Blusen-Karos	auf guten Pailetto-Grund	3.10
Blusen-Streifen	mittelfarbig, in modernen Farbenstellungen	4.50

Damenkleider

*Tafkleid	modern verarbeitet, mit Säumchen u. Glasbatistgarnitur, neue Farben	59 M.
*Tafkleid	kleids Form, mit West.u.groß Krag, aus bestickt, Chl.krepp, mod Farben	79 M.
*Samtkleid	a. gutem Körper-velvet in verschiedenen Ausführungen und Farben	79 M.

Blusen

Bluse	aus hellgestreiftem Stoff mit schwarzem Wollkrepp garniert	8.50
Bluse	aus Wollkrepp, mit Seidenkragen und Knöpfen garniert	10.00
*Bluse	aus gestreifter Seide, mit einfarbiger Seide garniert	11.75

Unterröcke

Trikotrock	mit gekrepptem Atlas-Ansatz u. Frisuren-Garnierung	10.50
*Tatrock	mit gezogenem Ansatz	13.75
*Tatrock	mit hohem Ansatz und Rüschen-Garnierung	19.00

Wäsche

*Damenhemden	aus Batist mit Spitzen	3.25
*Damenhemden	aus Batist, mit breiter Stickerei	7.50
Damen-Beinkleider	mit Stickerei-Ein- und Ansatz	3.25

Pelzwaren, Seidenstoffe und die mit * bezeichneten Artikel sind nicht bezugsscheinpflichtig.

Politische Uebersicht.

Vorspiel im Reichstag.

Am Dienstag ist der Reichstag wieder zusammengetreten, nachdem er erst vor drei Wochen gegen den Willen der sozialdemokratischen Fraktion auf kaiserliche Verordnung bis Mitte Februar vertagt worden war. Wir haben damals gegen die Vertagung eingewandt, daß der Reichstag in dieser Anneliebigen und historisch bewegten Zeit nicht monatelang ausgeschaltet werden dürfe, jeder Tag könne sein Eingreifen notwendig machen. Man hat unsere Einwendung leider nicht beachtet. Aber nachdem der Schall unserer Worte kaum verhallt war, nachdem die Abgeordneten kaum von Berlin wieder in ihre Heimat eingetroffen waren, tauchte schon das Gerücht auf, daß sich sehr bald verdichtete, der Reichstag werde demnächst wieder zusammentreten. Für den Voraussicht der Regierung wirkt diese Tatsache nicht gerade sehr erhehend; aber auch der Reichstag sollte seinerseits daraus lernen, sich weniger auf die Regierung zu verlassen als auf seinen eigenen politischen Sinn. Will er sich nach der Erledigung der ihm jetzt plötzlich überwiesenen Aufgabe wiederum durch kaiserliche Verordnung nach Hause schicken lassen? Oder wird er das Fest selber in der Hand behalten in der Erwägung, daß jeder kommende Tag es ihm zur dringenden Notwendigkeit machen kann, auf eigenen Entschluß zusammenzutreten und seine Rechte und die des deutschen Volkes zur Geltung zu bringen?

Die Sonnabend-Sitzung wäre nach dem Charakter ihrer Tagesordnung in wenigen Minuten lang- und klanglos zu Ende gewesen, wenn sich wegen der Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung nicht eine sehr bewegte Geschäftsordnungsdebatte ergeben hätte. Der Präsident schlug vor, auf die Tagesordnung der für Mittwoch vorgesehenen Sitzung die erste Lesung der neuen Gesetzesvorlage über den vaterländischen Hilfsdienst zu setzen. Der Abgeordnete Gröber vom Zentrum aber stellte den Antrag, unterstützt von den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und den Konservativen, auch gleich die zweite Lesung dieser Vorlage mit auf die Tagesordnung zu setzen. Dagegen erhob der Abgeordnete Ledebour von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit geschäftsordnungsmäßigen Gründen überaus heftig Einspruch, während Genosse Scheidemann von der sozialdemokratischen Fraktion lediglich den entscheidenden Grund heraus hob, die Wichtigkeit der Vorlage, die eine Ueberstärkung der Vertagung verbiete. Er schlug vor, daß man erst am Mittwoch, nach Beendigung der ersten Beratung, entscheiden möge, ob auch sofort die zweite Lesung anzuschließen sei. Der dagegen erhobene Einwand, daß dann der Widerspruch eines einzigen Mitgliedes die sofortige zweite Lesung verhindern könne, hat kein Gewicht. Es würde dadurch die Verabschiedung des Gesetzes höchstens um einen Tag hinausgeschoben. Und das wäre wirklich das kleinere Uebel gegenüber dem etwa zu erhebenden Vorwurf gewesen, das Gesetz sei überhastet beraten worden.

Leider stimmten alle Fraktionen außer den beiden sozialdemokratischen Fraktionen dem Antrage Gröbers zu. Diese kleine Verschärfung der innerpolitischen Situation hätte man sich ersparen können.

Väter des Hindernisses.

Die Diskussion über die Hindenburgbriefe wird in der Presse noch immer fortgesetzt, sie geht aber vielfach an dem entscheidenden Punkt vorbei.

Wenn die Nichtstimmung über die Mängel unseres Ernährungswesens in allen Kreisen der Bevölkerung in steter Zunahme begriffen ist, wenn selbst im Großen Hauptquartier das völlige Verjagen des bisherigen Systems erkannt und der verantwortliche Leiter der Reichsgeschäfte „in eindringlichster Weise“ um Abhilfe angerufen wird, so genügen die Augen eines Blinden, um zu sehen, daß hier etwas am Hauptwerk nicht so ist, wie es sein sollte.

Nach 26 Monaten dieses Krieges ergibt sich das Bedürfnis, den Landeszentralbehörden oder, was dasselbe ist, den Bundesregierungen „in eindringlichster Weise den Ernst der Lage vor Augen zu führen!“ Dieser eigenartige Vorgang würde gewiß das allergrößte Aufsehen erregt haben, wenn nicht aus der Friedenszeit her allgemein bekannt wäre, welche starken Widerstände sich regelmäßig im Bundesrat und in gewissen Ministerien breiten zu machen pflegen, wenn es gilt, von Reich wegen etwas durchzuführen, was die wirklichen oder vermeintlichen Soveitsrechte der einzelnen Bundesstaaten berührt. Es sind Fälle genug bekannt, in denen wichtige Maßnahmen des Reiches nur deswegen unterblieben oder in ihrer Ausführung geheitert sind, weil sie den Landwirtschaftsministern Preußens, Bayerns oder anderer Bundesstaaten nicht in ihren Krampfen. Sollte es zutreffen, daß derartige Hindernisse auch in der Kriegszeit den Einfluß der Reichsregierung in unstatthafter Weise hemmen?

Hindenburg beklagte sich darüber, daß es „immer noch nicht gelungen ist, eine ausreichende, einigermaßen gerechte Fettverteilung zu bewirken“. Gegen wen anders kann sich dieser Vorwurf richten als gegen die Landeszentralbehörden? Nur sie verfügen über die Macht und die Mittel, um den richtigen Ausgleich zwischen Ueberfluß- und Notstandsgebieten herbeizuführen; der einzelne Landrat oder Bürgermeister kann nicht mehr verteilen als er hat.

Hindenburg spricht von dem „Bestreben, in langwierigen Beratungen den Bedenken aller Art möglichst gerecht zu werden“. Wer sind diejenigen, so möchten wir fragen, welche in Verhandlungen, die der Sättigung des Volkes gelten, durch zwecklose Betonung von „Bedenken aller Art“ die Verständigung erschweren und die Beratungen unnötig langwierig gestalten?

Das deutsche Volk trägt wahrlich schwer genug an den Lasten und Entbehrungen, die dieser Krieg ihm auferlegt. Es trägt sie seit Monaten mit hingebungsvoller Geduld, weil es glaubt, daß auch die Regierungen in dieser Zeit kein anderes Ziel kennen als die Abwendung der gemeinsamen Not. Aber diese Geduld wäre auf eine allzu harte Probe gestellt, wenn sich zeigte, daß in den höchsten Ämtern Männer sitzen, die kleinlich genug sind, in dieser schwereren Zeit mit unsachgemäßer Verteidigung überlebter Hoheitsrechte die Sicherstellung der Volksernährung zu erschweren.

Fett im Ueberfluß?

Veranlaßt durch den Aufruf Hindenburgs haben eine Anzahl Landräte ländlicher Kreise Schmalz- und Fett-sammlungen in die Wege geleitet, namentlich die Selbst-versorgung ihres Kreises aufzujubeln, bei Hauschlachtungen ein gewisses Quantum Schmalz zugunsten der Säuerarbeiter in der Kriegsindustrie abzutreten. Dabei muß es auffallen, wenn z. B. der Landrat des Kreises Schlatus in seinem Aufruf sagt: „Viele Familien bei uns haben unter der Butterknappheit nicht zu leiden, da ihnen aus Hauschlachtungen und aus der Schlachtung von Gänsen andere Fette als Ertrag zur Verfügung stehen. Sie können ihren Butterverbrauch leicht auch unter die zugelassene Verbrauchsmenge einschränken.“

Rehlich wurde auch jüngst in der „Deutschen Tageszeitung“ zugestanden, daß die Ernährung auf dem platten Lande gegenüber der städtischen noch sehr reichlich sei; allerdings wurde dies damit begründet, daß der Landarbeiter weniger auf Barlohn als zunächst auf gute Verpflegung sehe, die er bei seiner angestrengten körperlichen Tätigkeit auch brauche. Letzteres wollen wir nicht bestreiten, aber der Munitionsarbeiter oder Bergmann kann für sich genau die gleiche Begründung geltend machen. Und wenn die „Deutsche Tageszeitung“ als weitere Entschuldigung der Landwirte anführt, daß von ihrem Ueberfluß gar vieles in die Städte an Verwandte usw. wandere, so können wir dies ganz und gar nicht gelten lassen. Denn gerade solche privaten Bevorzugungen von Personen, die es teilweise am wenigsten nötig hätten, bessere Beköstigung zu genießen, durchkreuzen die gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte auf das allerjüngste.

Hilfsdienst und Reichsschatzamt.

Genosse Keil schreibt uns: Das Reichsschatzamt hat es für geboten erachtet, auf die Bemerkungen, die ich in einem Zeitungsbeitrag über seinen Anteil an den Vorbereitungen für das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst gemacht habe, in einer mit unwirksamen Kraftworten gespickten offiziellen Notiz zu antworten. Es hätte vollkommen genügt, wenn das Reichsschatzamt sich auf die Erklärung beschränkt hätte, daß es einen Einfluß zu dem von mir angedeuteten Zwecke nicht ausgeübt habe. Dann wäre lediglich die Tatsache übrig geblieben, daß ein Beamter des Reichsschatzamtes aus persönlichem Ueberseher den Plan der gesetzlichen Dienstpflicht in engen Zusammenhang gebracht hat mit der nach seiner Auffassung dringend notwendigen Einschränkung der für Unterstützung beschränkt beschäftigter und arbeitsloser Arbeiter. Nicht Vermutungen, wie der „Vorwärts“ meint, sondern diese deutlich ausgesprochene Auffassung eines Beamten des Reichsschatzamtes und ferner die Tatsache, daß bis heute noch keine Genehmigung der Reichstagsbeschlüsse über die Erhöhung der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer durch den Bundesrat vorliegt, bildeten die Unterlage für meine Betrachtungen, die keine „niedrigen Unterstellungen“, sondern die ernste Mahnung enthielten, gesetzliche Vorschriften dagegen zu treffen, daß die „vaterländische Hilfsdienstpflicht“ zu unsozialen fiskalischen Nebenzwecken ausgenutzt wird. Den Grundgedanken der Hilfsdienstpflicht habe ich als richtig anerkannt. Auf Grund dieser, in den letzten Monaten gesammelter Erfahrungen und gemachter Beobachtungen hielt ich es aber für meine Pflicht, auf die Notwendigkeit der Gewährung ausreichender Mindestlöhne an die in andere Betriebe zu verkehrenden und der Weiterreichung genügender Unterstützungen an die auch künftig nicht verwendbaren Arbeitskräfte hinzuweisen. In dieser Auffassung gibt es übrigens in der sozialdemokratischen Fraktion keine Meinungsverschiedenheiten.

Sie wollen einen ändern — Chauffeur!

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Thom's hielt auf der nationalliberalen Vertreterversammlung für die Rheinprovinz die übliche U-Boot-Pause gegen die Reichsregierung. Dabei bediente er sich folgender Wendungen:

„Man hat den bekannten Vergleich aufgestellt, man müsse sich bei jedem Angriff auf den Reichsanwalt vorstellen, daß man doch den Chauffeur, der das Fahrzeug lenkt, während des Krieges beim Fahren nicht stören dürfe. Gibt es aber einen Menschen im Saale, der, wenn er sieht, daß der Chauffeur falsch gefahren ist, sich nicht zu fragen erlaubt: „Wo hin fährst Du denn eigentlich?“ (Stürmischer Beifall.) Reulich sagte mir ein Fortschrittsmann, der Rücktritt des Reichsanwalts läme einer verlorenen Schlacht gleich. (Große Heiterkeit.) Das ist ein Dogma ohne jede historische und sachliche Berechtigung. (Sehr richtig!) ... Es muß auch erlaubt sein, einen anderen Kändler zu wollen, wenn man das begründen kann. Und ich gehöre zu diesen Leuten. (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Protokoll nahmen die 170 nationalliberalen Vertreter die ganze Rede „mit immer aufs neue einsetzendem, minutenlangen Beifall“ auf.

Das preussische Diätengesetz

wurde von dem Ausschuß des Abgeordnetenhauses in erster Lesung mehrfach abgeändert und gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Konservativen fielen auch mit dem Antrag durch, die Neuregelung erst nach Friedensschluß in Kraft treten zu lassen. Sie hatten das mit dem hartnäckigen und taftvollen Hinweis begründet, es würde vielleicht nicht verstanden werden, daß man sich jetzt mit den Diäten beschäftige. Die Mehrheit erwiderte, daß es sich nicht um eine Verringerung der Abgeordneten handle und daß die Sicherung ihrer Anwesenheit gerade jetzt recht gut verstanden würde.

Die Regierung teilte mit, daß auch dem Reichstag alsbald eine Vorlage zugehen werde, die den Abgeordneten die freie Fahrt für die ganze Wahlperiode, nicht nur für die Sessionsdauer zubilligt. Der Reichstag wird zu prüfen haben, ob dann nicht die Möglichkeit vergrößert wird, daß er statt nur vertagt zu werden, geschlossen wird, was bekanntlich alle im Gange befindlichen Arbeiten nichtig macht. Herr Geffert hat ja grundsätzlich der Schließung den Vorzug vor der Vertagung gegeben. Das Volk wird anderer Meinung sein. Handelt es sich doch um die Kontrolle der Regierung, die keine parlamentarische ist.

Die Frage der dänisch-westindischen Inseln. Der zur Untersuchung der Frage des Verkaufs der dänisch-westindischen Inseln eingesetzte Reichstagsausschuß hat seinen Bericht abgefaßt. Die Majorität, bestehend aus Linken, Radikalen und Sozialdemokraten, befürwortet die Annahme der Vorlage. Ein konservatives Mitglied befürwortet ebenfalls den Verkauf. Die sieben anderen konservativen Mitglieder schlagen Verwerfung des Verkaufsvorschlages vor. Der Verkaufsvorschlag wird am 14. Dezember Gegenstand einer

Abstimmung aller männlichen und weiblichen Wähler im ganzen Lande sein. (S. T. W.)

Höchstpreise für Apfel- und Birnenwein. Nach einer Mitteilung der Deutschen „Wein-Zeitung“ ist für das ganze Reichsgebiet der Handel mit Apfel- und Birnenwein so lange verboten, bis Höchstpreise für Großhandel, Kleinhandel und für Ausfuhr festgesetzt sind.

Aus Groß-Berlin.

Der „Vorwärts“ und seine Leser.

Der November geht zu Ende, auch er war einer der Kriegsmomente, der siebenundzwanzigste schon an der Zahl, aber doch auch wieder ein besonderer Monat. An seinem Anfang standen die großen Reichstagsdebatten, die uns heftig bewegten und gegen sein Ende traten Heresleitung und Regierung mit jenem überraschenden, umstürzenden Plan hervor, der zuerst Arbeitszwang, dann Zivildienstpflicht genannt wurde und jetzt unter dem Namen des vaterländischen Hilfsdienstes schon mitten drin ist, Gesetz zu werden. Mehr als sonst seit Kriegsausbruch rücken innerpolitische Fragen und Arbeiterinteressen in den Vordergrund und zwingen auch diejenigen zum Zeitungslesen, die sonst erklärten, schon genug davon zu haben. Welches Blatt aber sollte die Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins lesen, wenn nicht die Arbeiterzeitung, den „Vorwärts“. Er hat der brennenden Frage dieser Tage, dem Hilfsdienst, weit größeren Raum eingeräumt als sonst eine Zeitung, er mußte es tun, weil der Hilfsdienst jedermann zum Arbeiter machen wird, und weil der „Vorwärts“ dazu da ist, die Arbeiterinteressen zu vertreten. Aus eben diesem Grunde haben die Fragen der Volksernährung in ihm stets die allergrößte Beachtung gefunden und endlich zeigen gewisse Erörterungen der letzten Zeit deutlich genug, wie eindrucksvoll die Stellungnahme des Arbeiterblattes zu Krieg und Frieden für die gesamte Öffentlichkeit ist.

Je stärker die Verbreitung, desto größer die Wirkungsfähigkeit der Arbeiterpresse. Darum ist es die im eigentlichen Interesse unserer Leser liegende Pflicht, ihrem Blatt maß-lässig — und in dieser schweren Zeit noch eifriger als zuvor — neue Leser zu werden und selbst ihrem Blatt die Treue zu halten.

Ein Zeitungsbetrieb ist nicht bis in seine äußersten Aus-strahlungen Maschine, Unregelmäßigkeiten in der für die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten besonders wichtigen Frühzustellung sind nicht völlig zu vermeiden; aber jeder Mitteilung hierüber an die Expedition wird sogleich die Hilfe folgen, ebenso wie wenn ihr gemeldet wird, daß in irgend einer Zeitungsverkaufsstelle der „Vorwärts“ etwa nicht vor-rätig wäre.

Das Arbeiterblatt steht zu seinen Lesern nicht in einem Geschäftsverhältnis, das Band der Gesinnung und der Freundschaft umschließt sie. Darum werden, daß sind wir gewiß, nicht nur die Abonnenten zum Monatswechsel ihr Abonnement erneuern, sondern auch jeder einzelne in seinem Wirkungskreise, an der Arbeitsstätte wie in seinem privaten Verkehr, dazu beitragen, daß dem Organ der Arbeiterschaft auch die ihm gebührende Verbreitung werde, daß der „Vorwärts“, das Berliner Volksblatt, auch das Blatt des Volkes von Berlin sei.

Ein Parteiveteran.

Das siebzigste Lebensjahr vollendet am 26. November unser Genosse Ferdinand Ewald, Stadtverordneter in Berlin und Reichstagsabgeordneter für Rüterbog-Zauch-Belzig. Ferdinand Ewald ist ein Berliner Kind, das im Stadtteil Gesundbrunnen aufwuchs. Er erlernte das Berg-goldehandwerk, das damals so wenig wie heute einen „goldenen Boden“ hatte. Nach dem Krieg 1870/71, den er mitmachte, schloß sich Ewald der Arbeiterbewegung an. Unter dem Sozialistengesetz stand er seinen Mann im Dienste der sozialdemokratischen Partei, furchtlos allen Gefahren trotzend. Als in Berlin der Hoptrediger Stöcker den Arbeiterjugend verjuchte, trat Ewald ihm in öffentlicher Versammlung entgegen. Manchmal ging es dabei so stürmisch zu, daß der unerschrockene Redner froh sein konnte, seine Knochen noch gesund heimbringen zu dürfen. Im Jahre 1884 übernahm Ewald beim „Berliner Volksblatt“, das damals in Berlin gegründet wurde, die Leitung der Expedition. Zu den ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten, die im Januar 1884 in das Rathaus der Reichshauptstadt einzogen, gehörte auch Ferdinand Ewald. Lange durfte er aber das Stadtverordnetnamnt nicht ausüben; denn Ende 1884 erkrankte ihn das Schickal, aus Berlin ausgewiesen zu werden — in Anerkennung seiner Verdienste um die sozialdemokratische Partei. Langst war er der politischen Polizei bekannt als ein Mann, der sich der Partei-agitation mit Eifer und Erfolg widmete. Dabei blieben ihm Hausfuchungen, Verhaftungen, Anklagen — wie so vielen, die für die Partei wirkten — nicht erspart. Die Ausweisung traf ihn am 13. Dezember 1884; innerhalb drei (!) Stunden sollte er Berlin verlassen. Ewald war Familienvater, der vier Kinder im Alter von 3 bis 10 Jahren zu versorgen hatte. Er ließ sich in Brandenburg a. S. nieder und eröffnete ein kleines Zigarrengeschäft, um für sich und die Seinen den Lebensunterhalt erwerben zu können. Selbstverständlich arbeitete er auch dort pflicht-treu und unermüdet weiter für die Partei. Noch unter dem Sozialistengesetz übernahm er die „Brandenburger Zeitung“ und stellte sie als Verleger und Redakteur in den Dienst der Arbeiterklasse. Im Jahre 1895 siedelte Ferdinand Ewald wieder nach Berlin über, um hier eine Schankwirtschaft zu eröffnen. Zum zweitenmal wurde er im Jahre 1900 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, damals in einem Bezirk von Roabit, den er später mit einem Bezirk der Tempelhofer Vorstadt vertauschte. Das Jahr 1914 brachte ihm die Wahl zum Reichstagsabgeordneten für Rüterbog-Zauch-Belzig, wo in einer Radwahl die Sozialdemokratie siegte. Weir über Berlin hinaus werden die Parteigenossen dem Siebzigjährigen, der jetzt in die Reihen der „Alten“ einrückt, heute die Herzlichen Glückwünsche darbringen.

Der Totensonntag

wird heute zum hundertsten Male begangen. Die Feier wurde 1816 zur Erinnerung an die in den letzten Kriegen gegen Napoleon I. Gefallenen eingeführt. Die hundertste Wiederkehr des Tages fällt

mitten in die furchtbaren Schrecken. Den meisten Toten dieser Zeit können die Angehörigen kein Zeichen des Lebens auf Grab legen. Fast jeder Tag in diesen zweieinviertel Jahren war für viele Menschen in Europa ein Tag der bittersten Trauer.

Straßenbahnverteuerung auch noch?

Berlin war bis zum Weltkrieg stolz darauf, die billigste Weltstadt zu sein. Wie es damit auf dem Gebiete der Lebensmittel steht, ist jetzt schwer zu sagen; mag sein, daß sie anderwärts noch teurer sind — und bilden die Preise längst gerade genug und noch erheblich darüber. Aber unsere Verkehrsmittel haben die jetzt daran festgehalten, durch billige Tarife dem Erwerbsebenen zu dienen und das Draußenwohnen zu ermöglichen. Die Verteuerung der Dampfbuslinien fällt nicht zu sehr ins Gewicht, denn die Autobusse sind ja verschwunden und haben nur, um das Gesicht zu wahren, eine einzige Linie noch im Betrieb gelassen, deren selten genug dabei-brauchende Wagen gerade noch die Erinnerung an dieses vorher fast unentbehrliche rasche Verkehrsmittel wach halten. Und die Pferde-omnibusse waren sowieso schon immer ein Nischenprodukt für die armen Leute, die Zeit haben. (Die reichen Leute, von denen man denkt, daß sie am meisten Zeit haben, saßen im Auto vorbei.)

Aber die Stadt- und Ringbahn, die Hoch- und Untergrundbahn und die Elektrische blieben bei ihren gewohnten Sätzen; die Hochbahn wurde sogar mitten in der Preissteigerung, die schon die letzten Jahre vor dem Krieg erfüllt hat, billiger.

Und nun will man uns die Elektrische verteuern, zum, wo der Zugverkehr der Stadt- und Ringbahn eingeschränkt ist, und jetzt, wo uns der Müßiggang bevorsteht, der uns wohl bald zwingen wird, wieder andere mögliche Wege zur Arbeit und nach Hause zurückzugehen, was in dieser Reichstadt nur im Massenverkehrsmittel möglich ist. Der Mangel einer Nord-Süd-Stadtbahnlinie, der zweite Kreis der Ringbahn, die Größe der von ihr und der Stadtbahn nicht berührten Stadtteile gibt der Straßenbahn in Groß-Berlin eine ungeheure Bedeutung; war es schon kränzlich genug, daß dieser Verkehr zu privatem Gewinn betrieben würde, wie sollte da erst eine Preiserhöhung einlegen dürfen? Selbst wenn bei dem Fernverkehrspreis der Betrieb nicht mehr rentierte — na, dann soll er eben nicht rentieren, was geben und bei diesen Sorgen denn die Woiwoden der Straßenbahnaktionäre an?

Bittere Bedrückungen sind es, zu denen man durch das Gepein der Straßenbahnverteuerung bei der Vermengung der Elektrischen angezogen wird. Die Wagen strotzen und strotzen, daß man sich nicht nur in den Kurven, die die Leute von den Plattformen zu weiten droben — krampfhaft festhalten muß; alle die Linien, die sich vom 15. auf den 7 1/2 Minutenverkehr ergänzen sollen, fahren fast anstandslos unmittelbar hintereinander, so daß erst mal alle hintereinander und dann mit so langer gar keine kommt. Wenn aber, dann ist sie womöglich schon überfüllt oder doch so voll, daß man in der widerwärtigsten Situation die Fahrt mitmachen muß. (Das gilt natürlich nur für die Hauptverkehrsstunden, aber in den übrigen Stunden die meisten Berliner die Bahn nicht.)

Für, daß das Publikum all diese Annehmlichkeiten ruhig erträgt, soll es jetzt noch mit einer Verteuerung der Fahrpreise bestraft werden. Das scheint grade noch.

Man nennt den Zweckverband in unangenehmer Verbindung mit diesen Plänen. Es ist das so ziemlich zum ersten Male, daß vom Zweckverband in der Allgemeinheit die Rede ist, und man wird nun an die Verbindungen gemahnt, die bei der Errichtung dieses Gebäudes von der Berliner Abgeordneten gewählt, aber im Landtag und bei der Regierung wirkungslos verblieben sind.

Die Regierung läßt gut, der ersten Vertretung vorzubringen durch die Erklärung, daß von einer Straßenbahnverteuerung in dieser Zeit der Not nicht die Rede sein kann. Will sie die Dinge geben lassen, wie sie mögen? Sie meinen, die Stimmung Berlins ist weder für den Staat noch für das Reich günstig.

Unsere Zahlungsmittel.

In neuerer Zeit ist ein empfindlicher Mangel an kleinen Zahlungsmitteln hervorgetreten. Die Reichsfinanzverwaltung war bisher schon bemüht, dem unter den Umständen des Krieges gewachsenen Bedürfnis nach diesen Zahlungsmitteln gerecht zu werden. So sind seit Beginn des Krieges rund 55 Millionen Einmarkstücke, 31,7 Millionen Mark 1/2-Markstücke geprägt worden. Unter Abschreibung der wieder eingesetzten Stücke beziffert sich insgesamt die Ummarkstücke auf rund 300,3 Millionen Mark (gegen 313,3 Millionen Mark Ende Juni 1914), die 1/2-Markstücke auf 126,8 Millionen Mark (gegen 95,0 Millionen Mark Ende Juni 1914). Ferner sind aus Eisen an Halbfennigstücken 10,157 Millionen Mark und an Rindfennigstücken 6,807 Millionen Mark hergestellt worden. In der vergangenen Woche erst hat der Bundesrat der weiteren Aufprägung von 10 Millionen Mark in Rindfennigstücken und 5 Millionen Mark in Halbfennigstücken zugestimmt. Außer diesen Prägungen ist eine beträchtliche Ausgabe an Darlehenslokalen zu einer Mark erfolgt. Weiter sollen Eisenmünzen in Aluminium ausgeprägt werden.

Der im volkswirtschaftlichen Interesse zu beklagende Mangel an Zahlungsmitteln beruht zu einem wesentlichen Teile auf dem Umstand, daß alle Volksteile darauf bedacht sind, Münzen nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus zu halten, sondern möglichst bald wieder in den Verkehr zu bringen, damit der Münzumsatz eine bestmögliche Erleichterung erfährt, die eine bessere Ausnutzung für den Zahlungsverkehr ermöglicht. Dies gilt namentlich auch für die Geldbesitzer, die nach harten Ausprägungen (10,50 Mark für den Kopf der Bevölkerung) weit zahlreicher in Umlauf zu treten pflegen. Gerade die größten Einkünfte werden dem Zahlungsverkehr anheimelnd in weiterer Umlauf vorenthalten. Auch hier treten als Umlaufmittel noch die Darlehenslokalen von 2 Mark und 5 Mark hinzu.

Raubtierinstinkt.

Der Krieg hat manchen Großstädter zum Kleinstadter gemacht und besonders Herrn Breitenbachs Namen scheinen für die atypische Eigenart ihres Koalitionserbes Ertrag bei — den Gähnen zu haben, denen der Pflanzenwuchs der Ringbahndämme ein kümmerliches Paradies vorzuführen muß. Steigen da zwei solche Gähner würdevoll und beglückt auf der schiefen Ebene herum und pfeifen ab und zu in den Boden, der ja nach dem Regen der letzten Tage eigentlich zur Befetzung löstlicher Regenwürmer verpflichtet wäre. Oben aber erscheint plötzlich eine schwarze Kugel. Ganz grün leuchten die sonst kaum sichtbaren Augen und immer näher schleicht sie an das Federbein heran. Spielt diese spannende Szene auf einer englischen Railway-station, so würden natürlich schon Wachen auf dem Ausgange des Zwischensalles; hier aber werden nur flüchtig die Ausschichten des Auenwalds erwogen. Und richtig — jetzt tut das Tier einen rechten heimlichen Hagenstreich, von an den Boden. Der merkt endlich die Gefahr und reißt ächzend aus. Noch einmal legt die Kugel frummlich und gläubig zum Sprunge an, ehe sich die beiden Gähner hinter einen alten lichtenhaften Baum in vermeintlich sichere Deckung begeben. Jetzt ist sie fast unsichtbar hinter einem wilden Strauch. Das weiter geschah, kann nicht gemeldet werden, denn der Zug kam und entführte das Publikum. Offenbar, daß dem Hagenstreich nicht schließlich auf Anfrage nach seinem Verbleib die berühmte schließliche Antwort wurde: „Da Kische heut sie gestofft.“ Es gibt

Verfälschungen, die auch in artigen Handlungen die alte Massenwelt neu aufbauen.

Neues Land.

Ein Freund der Sache schreibt uns: Die Nachfrage nach Gärten, Landhäusern usw. ist andauernd sehr groß und wird zweifellos mit der Erkenntnis des Wertes eines ausgelegten Stückes Erde noch mehr Eingang finden. Die städtische Verwaltung der Stadtgüter Berlins hat nun auch im Süden von Berlin, unmittelbar am Bahnhof Lützow, auf dem zur Güterverwaltung Lützow gehörigen Gut Heinersdorf Kleingärten angelegt. Der feine Kohl und seine Kartoffeln selbst bauen will. Interesse an der Frucht von Ananisen, Kürbissen usw. findet und Zeit zur Verfügung in solcher Lust hat, der wende sich an die Güterverwaltung Heinersdorf. Dort findet er sachverständige Unterstützung. In den nächsten Monaten können die Gärten eingerichtet, Lauben erbaut und eingezäunt werden. Im Frühjahr beginnt dann das Vergnügen und der Ertrag der gesunden Beschäftigung, im Sommer und Herbst die Ernte.

Nachmittagsvorträge und Führer.

Das Polizeipräsidium teilt mit: 1. Vorträge und Vorkonferenzen in Cafés, Restaurants und in Lokalen, die eine Erlaubnis aus § 33 a. R.O. besitzen, sind an den Nachmittagen bis 7 Uhr abends verboten. 2. Lesern in diesen Einrichtungen ist jeder Verkehr von Dingen und Angehörigen der Halbwelt untersagt. 3. Jede Anklage in der Zeitung oder an den Wänden von Führern, Lesern oder sonstigen in den Fällen zu 1 und 2 ist verboten. 4. Für Schließungsmaßnahmen gelten diese Verbote nicht, sofern entweder Veranlassungen der Kriegswohlfahrtspflege in Frage kommen, die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 genehmigt sind oder vom Polizeipräsidium die Erlaubnis ausdrücklich erteilt worden ist.

Eierversorgung.

Aus dem Rathaus wird uns geschrieben: Die befristete weitere Beschränkung der Eierversorgung hat, wie uns mitgeteilt wird, einwärtigen noch herabgelassen werden können. Es ist den Verwaltungen des Magistrats gelungen, trotz der vermehrten Schwierigkeiten in der Eierzufuhr und des fast gänzlichen Ausbleibens der inländischen Eierzeugung, für die Stadt Berlin einen solchen Vorrat zu sichern, daß für die nächsten beiden Wochen wiederum ein Ei auf jeden Einwohner geliefert werden kann. Ob dies nun auch nach Ablauf dieser Zeit möglich sein wird, dürfte zu bezweifeln sein, da eine weitere Erweiterung der Zufuhren wohl bedauerlich werden muß. Dazu kommt, daß erst von Anfang Februar ab eine erhöhte Inlandproduktion infolge der vermehrten Regierbarkeit der Hühner beginnen wird. Die Ausfuhren würden sich voraussichtlich erst dann wieder günstiger gestalten. Wir dürfen hoffen, daß die Eierversorgungsdienstleistungen, die übrigens auch in Friedenszeiten in letzter Jahreszeit sich immer bemerkbar gemacht haben, nach einiger Zeit überwunden werden.

Staatlicher Zwang in der Landwirtschaft.

Ist durch staatlichen Zwang eine wesentliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu erreichen? Diese Frage ist von vielen verneint worden. Wir werden demgegenüber geltend, darauf hinzuweisen, daß auch in der Landwirtschaft durch Zwang schon sehr viel erreicht worden ist. Man braucht nur an die Weidverbesserungen, Erdben- und Fruchtregulierungen, an die Tätigkeit der Delphverbände, an die Bildung von Feuerwehren, Wasserversorgungsanstalten, an die Korordnung und andere auf Zwang beruhende letztendlich wirkende Einrichtungen zu denken. Arbeitsgemeinschaften würden zweifellos heute ungemein erfolgreich wirken können, wenn sie überall errichtet, die Erzeugung überwachend und im Notfall selbst in die Hand nehmen würden. Ohne Zwang dürfte es aber kaum geben. Tüchtige Personen zur Leitung solcher kommunalen Arbeitsgemeinschaften gibt es noch genug. Man sollte schnell einen Versuch machen, dann würde man sehr bald zu der Einsicht kommen, daß, was in Polen, Belgien und Nordfrankreich mit Hilfe des Militärs möglich war, hier hinter der Front in der gesicherten Heimat nicht unmöglich ist.

Sieben Pfund Kartoffeln. In der Woche vom 26. November bis 3. Dezember dürfen auf jeden der Schlüssel 31 der Kartoffelkarte ein Pfund, zusammen also höchstens sieben Pfund Kartoffeln abgegeben und eintommen werden.

Umsetzung der Straßenbahnlinie 11. Wegen Bauarbeiten der S-Bahn-Gesellschaft sind die Linien 11 und 12 der Großen Berliner Straßenbahn zwischen Oranienbrücke und Prinzenstraße anstatt durch die Dresdener Straße in beiden Richtungen über den Woytuplag verkehren.

Von einem Straßenbahnwagen angefahren und getötet wurde gestern nachmittag der 48 Jahre alte Arbeiter Karl Barlow aus der Albinstraße 10. Er besaß seine Schwägerin in der Fasanenstraße 12. Man hatte er den Heimweg angetreten, als er von einem Straßenbahnwagen angefahren und so wuchtig zu Boden geschleudert wurde, daß er bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte starb nach kurzer Zeit. Die Leiche wurde nach der Halle in Schmergenberg gebracht.

Geistes hat den 28 Jahre alten Stoffpreiser Karl Kuschel aus der Dresdener Straße 13 in den Tod getrieben. Der junge Mann lebte von seiner Frau getrennt für sich allein. Gestern nachmittag wurden Hausgenossen durch einen starken Gaderuch auf seine Wohnung aufmerksam. Sie liehen öffnen und fanden ihn tot im Bett liegen. Kuschel hatte den Verschluß der Gasleitung, die in seiner Stube liegt an der Decke geöffnet.

Die Beschaffung von Dextrin. Die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H. (Zela) teilt mit, daß die Verlegung mit Dextrin in Zukunft folgendermaßen geregelt wird: Der Verbrauch hat sich unmittelbar — oder soweit er bisher die Verwertung mit Kartoffelstärke durch Vermittlung einer besonderen Stelle (Verteilungstelle, Vertriebsorganisation) beantragt hat, durch diese — von der Zela bezugsweise zu beschaffen. Auf Grund derselben kann er die angebotene Menge Dextrin entweder direkt von einer Fabrik oder durch Vermittlung eines Händlers beziehen. Eine Vertretung für den Verbraucher tritt beim Bezug durch Händler nicht ein.

Ein Fuhrwerk mit Ladung gestohlen. Ein Kutscher der hauptstädtischen Postgesellschaft Ostbahn hatte große Mühen an verschiedenen Empfängern im Norden abzuführen. Während er vor dem Grundstück Wälderstraße 30 hielt und eine Kiste abzurufen, bemängelten sich Diebe seines Wagens und verschwanden damit. Der Wagen war mit zwei kleinen Pferden bespannt, einem Fuhrer und einem Schwarzen. Die Ladung bestand aus zehn Sack Kartoffeln, einer Kiste Tafelapfel, einem Faß und einer Kiste Tabak, einer Kiste Mehl und zwei Kisten Melameladen. Das gestohlene Gut ist einschließend des Wagens und der Pferde 30 000 Mark wert.

Im Zoologischen Garten findet an diesem Sonntag von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends Konzert statt, dessen Programm der ersten Bedeutung des Tages entspricht. Eintritt 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte, ebenso für das Aquarium, das von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet ist.

Aus den Gemeinden.

Steglich. In der Gemeindeverwaltung ist die Schöffe Rode über die Lebensmittelversorgung. Die Brot-, Fett- und Fleischversorgung unserer Gemeinde habe im allgemeinen

„gehabt“. Durch Beschaffung von Mäsen, Säthern, Wild und Hühnern ist ein kleiner Rückgang zur Ernährung festgestellt worden. Die Beschaffung von Kartoffeln habe jedoch, ohne Schuld der Gemeindeverwaltung, leider nicht in dem gewünschten Maße erfolgen können, so daß die für die Wintermonate geplante Vorratshaltung nicht ausgeführt werden konnte. Durch neuerlichen Erwerb eines kochens kondensierter Milch und Trockenmilch sei es möglich, demnächst auch größeren Kindern und alten Personen Milch zu verabreichen. Neben Grieß, Graupen, Oseflocken und Teigwaren würden in den nächsten Tagen Eufobohnen zur Verteilung kommen. Bisher seien 43 Waggons Gemüse, 10 Waggons Pflanzen und 15 Waggons Apfel abgesetzt worden, daneben Sauerkraut, Getreide, Karotten, Rotebete usw. Die Verwaltung und der Lebensmittelverkauf, der übrigens durch vier Herren aus der Bürgerchaft versetzt worden sei, seien unausgelegt bemüht, in den Grenzen der Möglichkeit Lebensmittel heranzuschaffen und noch immer in der Organisation der Verteilung sich herausstellende Mängel zu beseitigen und früher als möglich Fehler zu vermeiden.

In der Ansprache wurde u. a. von H. Mann (Soz.) gewünscht, daß Schöffe Rode von anderen Arbeiten entlastet werde, damit er sich ganz der Lebensmittelversorgung widmen könne, da nach nicht alles so „klappt“, wie es wünschenswert sei. Auch solle den in den verschiedenen Kommissionen tätigen Angestellten endlich einmal nachdrücklich nahegelegt werden, daß sie die Bürgerchaft höchlich zu behandeln hätten. Der Bürgermeister laute Abhilfe zu.

Für Betriebsverbesserungen im Elektrizitätswerk wurden 40 000 Mark bereitgestellt. Für Weidmatsgaben an Arbeiter 5000 Mark, an Arme 6000 Mark und zur Beschaffung von Kohlen für Kriegsfamilien 5000 Mark bewilligt. Der Kriegskredit von 8 Millionen Mark ist aufgebraucht und es wurden weitere 2 Millionen bereitgestellt. Die hauptsächlichsten Ausgabenposten waren: Mietunterstützung 1 000 000 Mark, Einquartierung 210 000 Mark, Hilfskräfte 600 000 Mark, Arbeitslosenunterstützung 55 000 Mark und Familienunterstützung 100 000 Mark.

Weißensee. Nachdem vor Jahresfrist die Gemeindevertretung es abgelehnt, die Polizeiverordnung so zu ändern, daß die Hausbesitzer ihre Häuser schon um 9 Uhr schließen können, um die Treppenbeleuchtung zu sparen, haben in diesem Jahre die Hausbesitzer durch ihre Vereinsorganisationen den Beschluß gefaßt, eigenmächtig vorzugehen und diesen Beschluß vom 1. November ab umzusetzen, ohne in den meisten Fällen sich mit den Mietern in Einvernehmen zu setzen. Das gab in der letzten Gemeindevorversammlung u. a. dem Genossen Taubmann außerhalb der Tagesordnung Veranlassung zur Kritik, was natürlich einen Sturm der Entrüstung bei den Hausbesitzerlogen hervorrief. Schöffe Wewes wollte nun in dieser Sitzung den Neunhundertbeschlusses zum Gesetz erheben, mußte sich aber von anderen Genossen belehren lassen, daß die Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung steht und nach der Landgemeindeordnung die Gemeindevertretung als Sachverständiger einberufen werden muß, wenn diese Veränderungen einer Polizeiverordnung vornehmen will. Inzwischen hat in der „Weißenseer Zeitung“ eine Depe gegen Taubmann eingeleitet, weil dieser den Amtsvorsteher aufforderte, mit aller Strenge gegen die Hausbesitzer vorzugehen. In der nächsten Sitzung wird die Angelegenheit nochmals beraten und man kann gespannt sein, ob die Mehrheit solche Maßnahmen mitmachen will.

Reußland. Die Stadt Reußland hat einen größeren Posten Marmelade für die schwerarbeitende und minderbemittelte Bevölkerung sowie weitere 954 Zentner Einmehlsäckchen erhalten. Den Zucker will die Stadt indes nicht zur Verteilung bringen, sondern zur Herstellung von Konfitüre unter Veranschlagung aller Einwohner verwenden. Mit dem Verkauf wird bereits in dieser Woche in den städtischen Verkaufsstellen auf Grund der Haushaltungsarten Serie I begonnen werden. Der Preis ist auf 50 Pf. für das Pfund festgelegt. Die Stadt hat ferner den Ankauf größerer Mengen Gemüsesorten beschlossen. An Kohlraben ist für die Reußländer Einwohnerzahl ein Bedarf von 150 000 Zentnern angemeldet worden. — Mit der Einlagerung von Kartoffeln für den Kleinverkauf und die städtischen Vorräte soll jetzt begonnen werden, nachdem bereits 50 000 Zentner auf dem Lagerplatz am Gleisdreieck untergebracht sind. Grundsätzlich der Ertragverteilung verloren gegangener Lebensmittelarten soll eine Regelung dahin erfolgen, daß Brot- und Kartoffelkarten wie bisher von den Brotkommissionen nach eigenem Ermessen erteilt, daß dagegen Anträge für alle übrigen Karten in einer Sammelstelle im Rathaus erledigt werden. Eine besondere Brotkommission soll für Urlober eingerichtet und diese unter militärischer Bewachung gestellt werden. — Im Interesse der Einheitlichkeit wird die Ausgabe der Brot-, Fett-, Fleisch-, Eier- und Milchkarten in Zukunft monatlich erfolgen. — Den Besuchern der Wirtshausstätten und den dort ehrenamtlich tätigen Personen ist der Genuß von alkoholischem Getränken untersagt.

Wettsham. Ein früherer Potsdamer Hausdiener, der sich auf das einträgliche Geschäft des heimlichen Watterhandels geworfen hatte, wurde nach seiner Ankunft mit dem Brandenburgischen Juge in Potsdam festgenommen. Mit vier der in Wetzsham gefüllten Kisten besaß er die Strohhüte. An der Kaiserbrücke lud er seine Kisten ab, aber ein bereits aufmerksam gemachter Schuttmann hielt ihn fest. Bei der Durchsuhung der Kisten fand man 180 Pfund Wutter, die der heimliche Händler eingeführt hatte.

Aus aller Welt.

Schiffunglücke. Die Kristianiaer Dampfer „Wilde“ ist am Montag infolge Sturmes nahe der englischen Küste untergegangen. Sieben Mann, darunter der Kapitän, sind ertrunken, sechs gerettet. Die Dampfer war mit Holz von Argerd abgegangen. Lloyd meldet, daß der holländische Dampfer „Edbergen“ (4761 Bunkerresten) bei Rotterdam aufgelaufen ist. Ferner sind laut „Zeit Posten“ die Schaluppe „Notre Dame de Lourdes“ und die Golette „Anna“ infolge von Fahrlosigkeit ihrer Kapitäne untergegangen, der Dampfer „Presidente Saria“ aus Montevideo bei Saint John und das Fährboot „Lorraine“ aus Havre auf der Seine bei Ile Corday gestrandet.

Erdbeben in Ostasien. Amsterdam, 25. November. (U. Z.) Einem heftigen Erdbeben wird aus Ostasien gemeldet: In der Nacht vom Donnerstag wurden in Ostasien drei heftige Erdbeben wahrgenommen. Die Einwohner flüchteten aus ihren Häusern. Es wurde jedoch kein Schaden angedeutet. Man kam mit dem Schrecken davon. Aus Mitteilungen des Observatoriums ging hervor, daß der Vulkan Gedeh in Tätigkeit ist. (Der Gedeh ist ein feuerstehender Berg und hat eine Höhe von 2092 Metern. Er liegt unmittelbar hinter dem Vulkan Mandalaung, der 3022 Meter hoch ist, und auf der Grenze zwischen den Meeresküsten Ostasien und Kranger liegt.)

Die biskopischen Kaiserabdankung. Bern, 25. November. „Zeit Posten“ meldet aus Brachen: Während der letzten Stürme wurden die Kaiserbüchse an der Mühle von Wistach vollkommen zerstört. Der Schaden ist unerschöpflich. (W. Z. V.)

Frauen-Leseabende.

Schneeberg. Montag, 27. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Dstl. Partikulier-Str. 60. Vortrag der Genossin Wilhelmine Schäfer: Die Lebensmittelversorgung im Krieg. Frauen, Genossinnen! Schluß durch zahlreiches Erscheinen über Interesse an dieser wichtigen Frage. U. Z.; Gedwig Wagenschein.

Crivverlein Reußland. Montag, 27. November, 8 1/2 Uhr, im Deutschen Reußland, Bergstr. 136/137, Wg. 1. Vortrag des Stadtvorordneten Wilhelm Hägel: Die Kriegsversorgung — Maßnahmen der Gemeinde Reußland. Bei der informierenden Tagesordnung ist ein guter Besuch der Veranstaltung dringend geboten.

Wilmersdorf. Der Frauen-Leseabend fällt diesmal aus. Treppendammstraße. Montag, 27. November, abends, bei Erbe, Baumgartenstr. 11. Vortrag des Genossen Joseph: Die Frauenarbeit jetzt und nach dem Krieg.

Beachten Sie wohl



Wolliger Wintermantel
aus schön kariertem Stoff mit
höchstem Pelzbesatz und
Plüsch-Übertragen. Feiner
Doppelgurt.

29.75

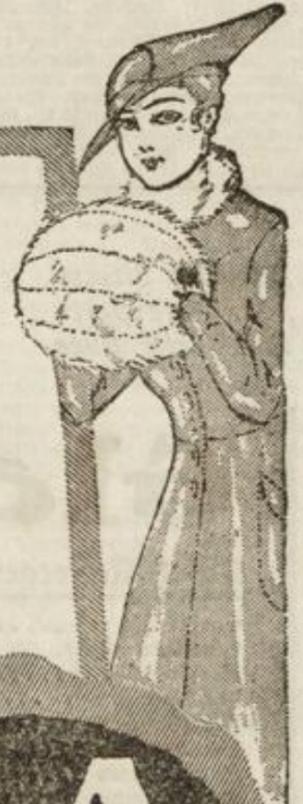
Elegantes Mantelkleid
aus hübschen einfarb. Stoffen.
Besonders wirkungsvoll durch
seinen pelzbesetzten großen
Kragen und durch seinen neu-
artig. schnallenverzierten Gurt.

39.75

daß es seit den neuen Bestimmungen für Sie
vorteilhafter ist, wenn Sie mit dem bereits aus-
gefertigten Bezugsschein zu uns kommen, um
Ihre Einkäufe zu besorgen.

Mit dem Bezugsschein in der Hand genießen Sie
genau die gleichen Einkaufsbedingungen wie früher.
(Sie können das Kleidungsstück gleich mitnehmen, falls Sie
wünschen — das Kleidungsstück kann ohne weiteres geändert
werden, falls dies nötig ist, u. s. f.)

Gerade wenn Sie bei uns kaufen,
dürfen Sie ja von vornherein über-
zeugt sein, bei uns etwas Ihrem Ge-
schmack zusagendes und in der von
Ihnen gedachten Preislage zu finden



C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Königstraße 33.
Am Bahnhof Alexanderplatz.

Chausseestraße 113.
Beim Stettiner Bahnhof.

Sonntags geschlossen!

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
Deutscher Zyklus.
7 1/2 Uhr: **Kabale und Liebe.**
Montag: Minna von Barnhelm.
Kammerspiele.
8 Uhr: **Gespensersonate.**
Montag: Gespensersonate.
Volksbühne. Theater z. Bülowpl.
8 Uhr: **Rose Bernd.**
Montag: **Nachtasyl.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: **Erdegeist.**
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: **Kameraden.**
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 U.: **Peer Gynt.** Mus. v. Grieg.
Montag: Die beiden Klingenberg.

Deutsch. Künstler-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Wildente.**
Montag u. folg. Tage: **Moral.**

Palast
Technik von 100
Heute Totensonntag.
26. November, abends 8 Uhr
Einmalige Aufführung:
„Jugend“
mit Harry Liedtke a. G.

Possen-Theater.
Heute Sonntag, den 26. November
Verlorene Ehre.

Morgen und folgende Tage:
Sagen wir — die Hälfte.
Ein unnatürlicher Sohn.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Heute keine Vorstellung.
Morgen:
Friedensglocken.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nach-
mittag 3 Uhr:
(Ermäß. Preise):
Weihnachtsabend
i. Schützensgraben

Verband der Freien Volksbühnen
Sonntag, 26. November 1916:
Abends 8 1/2 Uhr:
Graues Kloster: Lesabend.
Abends 8 Uhr:
Volksbühne, Theater am Bülowplatz:
Montag, Dienstag: **Nachtasyl.** Mitt-
woch: **Der eingebildete Kranke.**
Donnerstag: **Rose Bernd.**

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Die Bagdadbahn.
8 Uhr:
Im U-Boot gegen den Feind.
Montag 8 Uhr:
Im U-Boot gegen den Feind.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr
Heute geschlossen.
Ab morgen auf vielfachen Wunsch
noch einige Aufführungen
der Berliner Schlager-Bosse
Meine gute Dlle.
In Vorbereitung eine neue Berl. Bosse.

Die Zarengeißel
Sturmschreie aus hundert
Jahren: Herausgegeben
von Dr. Franz Diederich
In festem Umschlag
geheftet
60 Pfennig
Das Thema dieses Buches ist
der Kampf gegen den Zarismus,
der Rußland blutig knechtet u.
Europa barbarisch bedroht. —
Die Zarengeißel ist ein Kampf-
buch voll Unerbittlichkeit. Aus
dem Sturm des gegenwärtigen
Krieges ist es hervorgegangen
Zu beziehen durch die:
Buchhandlung
Vorwärts
SW, Lindenstr. 3
Obstbäume.
Sofort reichtragende Zwergobstbäume,
Stämme, Beerensträucher, Erdbeeren,
sehr billig. **Zingelmann,**
100/3, **Wriezener Straße 27.**

Theater für Sonntag, 26. November.

Deutsches Opernhaus, Charlottend.
6 Uhr: **Parsifal.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Geb. Herrfeld-Theater
8 Uhr: **Die Ehre.**
Morgen 8 1/2 Uhr: **Villa Pachesina.**
Mittwoch, den 29., zum 1. Male:
Der doppelte Buchhalter.
Kleines Theater
8 Uhr: **Jettchen Gebert.**
Komische Oper
1/8 U.: **Der Hüttenbesitzer.**
Lustspielhaus
8 1/2 Uhr: **Nora.**
Metropol-Theater
Gastsp. des Deutschen Theaters.
8 Uhr: **Nachtasyl.**
Neues Operettenhaus
Kassentelephon: Norden 281.
8 Uhr: **Das Glück im Winkel.**

Theater für Dienstag, 28. November.

Deutsches Opernhaus, Charlottend.
7 Uhr: **Parsifal.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Geb. Herrfeld-Theater
8 1/2 Uhr, z. letzt. M.: **Villa Pachesina.**
Morg. z. 1. M.: **Der doppelte Buchhalter**
Ges.-P. v. Halton. Mus. v. Bermann.
Kleines Theater.
8 Uhr: **Am Teetisch.**
Komische Oper.
8 1/2 Uhr: **Der Pusztá-Kavalier.**
Lustspielhaus.
8 1/2 U.: **Der selige Balduin**
Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Csardasfürstin.**
Neues Operettenhaus
Kassentelephon: Norden 281.
8 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater

8 1/2 Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Die Räuber.**
Schiller-Th. Charlottenb.
8 Uhr: **Die Frau vom Meere.**
Thalia-Theater
8 Uhr: **Der Hüttenbesitzer.**
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 U.: **Der Freischütz.**
Theater des Westens
8 Uhr: **Die Ehre.**
Morgen 8 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater
8 1/2 Uhr: **Heimat.**
Rose-Theater
8 Uhr: **Schuldig.**
Gastspiel Alwin Neuß.
Walhalla-Theater
8 Uhr: **Pfarrer von Kirchfeld.**

Residenz-Theater

8 1/2 Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **In Behandlung.**
Schiller-Th. Charlottenb.
8 Uhr: **Das Alter.**
Thalia-Theater.
8 1/2 U.: **Blondinchen.**
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: **Hänsel u. Gretel.**
8 1/2 Uhr: **Blaue Jungens.**
Theater des Westens
8 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.
8 1/2 Uhr: **Krieg im Frieden.**
Trianon-Theater.
8 1/2 U.: **..... als Gast.**
Rose-Theater
8 Uhr: **Das Glücksmädel.**
Walhalla-Theater
8 Uhr: **Die Dollarprinzessin.**



Berlin C Wallstr. 13
Gardinen
Spezialfirma: Gardinenhaus Bernhard Schwartz

Das Dienstpflichtgesetz im Hauptausschuß.

Reichstag.

75. Sitzung, Sonnabend, den 25. November, nachmittags 3 Uhr.
Am Bundesratstisch: Dr. Geffertich.

Präsident Dr. Kaempf:

Liebste! Haben sich in den letzten Tagen unser aller Blicke nach dem Kaiserhof in Schönbrunn gerichtet, wo Sr. Majestät der Kaiser und Königin Franz Joseph im ehrwürdigen Alter die Augen zur letzten Ruhe geschlossen hat. Welch ein Lebensweg ist damit zu seinem Endziel gekommen! Im jugendlichen Alter von 18 Jahren während einer die Geister aufreißenden Revolution auf den Thron gelangt, schließt er seine Herrschertätigkeit mitten in dem Weltkriege, den das Schicksal dazu bestimmt hat, völlerumwälzend die Geschichte der Nationen zu beeinflussen. Was zwischen dem 2. Dezember 1848 und dem 21. November 1916 gelegen, umfaßt mehr, als ein einzelnes Menschenleben umfassen kann. Schwere Sorgen und Schicksalsschläge, aber auch große Gedanken und Taten haben das Leben dieses altbetagten Monarchen ausgezeichnet. An seiner Bahre stehen die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie, steht das deutsche Volk zusammen mit denen des osmanischen Reichs und Bulgariens, um ihre Huldigung darzubringen den Männen des Monarchen, der länger als ein Menschenalter treue Bundesgenossenschaft gehalten und all sein Bestes eingesetzt hat, um die Völker zu dem zu führen, um was wir kämpfen, nämlich Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstständigkeit der Nation. Ehre dem Andenken des dahingegangenen treuen Bundesgenossen, des dahingegangenen Monarchen! (Die Abgeordneten haben die Ansprache lebend angehört.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Die auf der Tagesordnung stehenden Petitionen werden sämtlich ohne Debatte erledigt.

Präsident Dr. Kaempf schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch nachmittags 2 Uhr mit der Tagesordnung: Erste Beratung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Abg. Gröber (Z.) beantragt, auch die zweite Lesung dieses Gesetzes auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

Das ist nur zulässig mit Zustimmung des ganzen Hauses. Im Einvernehmen mit meinen Freunden

erhebe ich deshalb Einspruch.

weil wir in diesem ganzen Verfahren, das durch den jetzigen Antrag Gröber noch eine ausdrückliche Befristung erhält, in diesem Verfahren, den Reichstag nicht in erster Linie über die Prinzipien des Gesetzes im voraus sich ausdrücken zu lassen, den Versuch erheben zu verhindern, daß die Berücksichtigung unseres Landes über den Gesetzentwurf von ungeheurer Wichtigkeit so früh und so gründlich wie möglich aufgearbeitet wird. Nach unserer Auffassung muß das Gesetz, wenn es Gesetzeskraft erlangen sollte, die Wirksamkeit haben, die Arbeiterkraft des Landes und der Verfügung über ihre Arbeitskraft zu betrauben, sie der Volkswirtschaft unerschütterlich und Ausbeutung zu überliefern. (Sr. Anrede rechts; Aufst. zur Geschäftsordnung! Glocke des Präsidenten.) Das muß die Wirkung sein. (Präsident Kaempf läutet andauernd mit der Glocke, worin die letzten Worte des Redners verloren gehen.)

Abg. Bassermann (natl.):

Ich erhebe gegen diese Ausführungen den entschiedensten Widerspruch. Die bisherigen Vorbesprechungen haben die ganze große Wichtigkeit dieser Vorlage bereits bewiesen. Es ist kein Zweifel, daß es vaterländische Pflicht ist, die tunlichst schnelle Verabschiedung dieser Vorlage zu fördern. Es empfiehlt sich nicht, die Vorberatungen in der Kommission jetzt zu unterbrechen, daher ist der Vorschlag des Herrn Präsidenten, der Kommission noch zwei Tage Spielraum freizulassen, durchaus gerechtfertigt. Im übrigen kann nach § 21 der Geschäftsordnung die erste und zweite Beratung in derselben Sitzung mit Stimmenmehrheit bei Feststellung der Tagesordnung beschlossen werden. Ich würde vorschlagen, angesichts der hohen Wichtigkeit der Vorlage und der Notwendigkeit, zu einer möglichst schnellen Verabschiedung zu kommen, für die sich auch unsere Heeresleitung mit wünschenswerter Energie eingesetzt hat, dem Antrag zuzustimmen, die erste und zweite Lesung am nächsten Mittwoch zu verbinden.

Abg. Gröber (Z.):

Es ist mir natürlich nicht in den Sinn gekommen, mit meinem Antrag die erste Lesung irgendwie beeinträchtigen zu wollen, wie Abg. Ledebour mir dies unterstellt hat.

Abg. v. Bayer (Sp.):

Der Antrag verlangt ja nichts weiter, als die Möglichkeit zu schaffen, am Mittwoch auch in die zweite Lesung einzutreten. Wenn die erste Lesung eröffnet ist — eine schöne Perspektive für dieselbe ist ja durch die Ausführungen des Abg. Ledebour uns bereits eröffnet worden (Heiterkeit) —, so können wir uns dann immer noch schlüssig machen, ob wir in die zweite Lesung eintreten wollen.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich möchte vorschlagen, es bei dem Vorschlag des Herrn Präsidenten zu belassen, nur die erste Lesung auf die Tagesordnung zu setzen. Wir haben alle den dringenden Wunsch, ich glaube, alle Parteien, daß über dies Gesetz sehr ausführlich geredet wird. Ergibt sich die Möglichkeit, am Mittwoch bereits in die zweite Lesung einzutreten, so kann das, wenn kein Widerspruch erfolgen sollte (Zuruf rechts), geschehen. Wenn Sie aber heute mit Mehrheit beschließen, daß wir beide Lesungen auf die Tagesordnung setzen, so macht das von vornherein einen Eindruck, von dem wir sicher nicht wünschen können, daß er irgendwo entsteht. Ergibt sich die Möglichkeit, besteht der Wunsch, wird kein Widerspruch erhoben (Erneute Zurufe rechts). Wollen Sie dann in die Beratung eintreten, wenn

der bestigste Widerspruch

dagegen erhoben wird? (Zuruf rechts: Eine Person genügt!) Das ist ganz einerlei, ich möchte auch nicht, daß irgend jemand sagen kann, er sei hier im Hause verghaltigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb bitte ich es, dabei zu belassen, daß nur die erste Lesung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

Die Ausführungen der Herren Abgg. Gröber und Bassermann lassen keinen Zweifel darüber, wie es kommen würde, wenn ihr Antrag angenommen wird. Schon die sogenannten Vorbesprechungen in der Budgetkommission haben gezeigt, welche ungeheure Wichtigkeit auch den einzelnen Paragraphen der Vorlage innewohnt, und daß ohne gründliche Einzelberatung über die Wirkung und die Tragweite dieses Gesetzes gar keine Klarheit geschaffen werden kann. Wenn nun die erste und zweite Lesung an einem

Tage vorgenommen wird, so würde die Einzelberatung damit übers Anie gedrohen werden. Sie würden durch die Vorbesprechung innerhalb der Kommission eine fertige Arbeit machen, die ohne viel Reden vom Plenum des Hauses sanktioniert werden soll. Sie selber reden von der ungeheuren Bedeutung dieser Vorlage, und alle stimmen darin überein, daß ein Gesetz von solcher Tragweite überhaupt noch nicht durch den Deutschen Reichstag gegangen ist. Da ist es unverantwortlich von Ihnen gegenüber dem Volke... (Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten. — Die letzten Worte des Redners gehen in der Unruhe verloren.)

Graf Westarp (konf.):

Trotz dem Abg. Ledebour werden wir die Verantwortung für das Verfahren, in dem wir glauben, das Gesetz zustande bringen zu müssen, zu tragen wissen. Denjenigen, die wie der Abg. Ledebour in dieser Weise glauben, schon jetzt gegen das Zustandekommen des Gesetzes Einspruch erheben zu können, müssen wir die Verantwortung dafür überlassen, daß sie ein Gesetz zu verhindern suchen, daß als entschlossene, mutige Tat zur Stärkung unseres Heeres und zur Herbeiführung des Sieges und des Friedens dienen soll. Gerade bei der Bedeutung des Gesetzes und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Gesetz bereits seit Donnerstag bekannt ist und wir Gelegenheit haben, es gründlich durchzuberaten, ist dies Verfahren durchaus gerechtfertigt.

Abg. Frhr. v. Gamp (Deutsche Fraktion):

Herr Scheidemann meinte, die zweite Lesung abwarten und eventuell nach Schluß der ersten Lesung den Antrag auf zweite Lesung stellen; wenn dann der ganze Reichstag zustimmt, könnte die zweite Lesung sofort erfolgen. Glaubt der Abg. Scheidemann wirklich an die Möglichkeit, daß die Herren von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft dem Antrag zustimmen werden? Wir haben ja schon gehört, daß die Herren entschieden widersprechen. Wenn Sie also die Möglichkeit für die zweite Lesung haben wollen, so müssen Sie sich unserem Vorschlag anschließen. Wir haben dann die Möglichkeit, die zweite Lesung stattfinden zu lassen, sind aber nicht dazu gezwungen. Wir haben in der Kommission den Wunsch nach Verständigung bewiesen und sind auch der Verständigung mit den Sozialdemokraten nicht fern. Aber mit den Herren von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gibt es ja keine Verständigung.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

Graf Westarp glaubt, uns die Verantwortung zuzuwenden zu müssen dafür, daß das Gesetz eventuell nicht zustande kommt. Diese Verantwortung tragen wir mit gutem Gewissen. Die Differenz zwischen uns besteht darin, wie wir die Wirkung dieses Gesetzes beurteilen. Graf Westarp glaubt, die Kriegführung würde durch das Gesetz erleichtert werden. Nach unserer Ansicht ist das ein Irrtum. Alles, was Sie durch das Gesetz glauben erreichen zu können, läßt sich auch auf anderem Wege erreichen. Aber die Wirkung, daß den Arbeitern das Freizügigkeitsrecht genommen wird... (Schlußruf und andauernd Glocke des Präsidenten, so daß die weiteren Ausführungen des Redners verloren gehen.)

Der Antrag, auf die Tagesordnung am Mittwoch außer der ersten auch die eventuelle zweite Beratung des Gesetzes zu stellen, wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Kleine Anfragen im Reichstag.

Im Reichstag sind zwei neue Anfragen eingelaufen. Abg. Ulrich (Soz.) fragt an, was der Reichsanwalt gegen die der Portefeuilleindustrie drohenden Gefahren, die entstanden sind durch Beschuldigung von Fiegen-, Schaf- und Kalbfellen, zu tun gedenkt. — Der Abg. Bassermann (natl.) bittet um Auskunft über die näheren Vorgänge und die Haltung der griechischen Regierung bei der Austreibung des deutschen Gesandten aus Athen durch den französischen Admiral Jaurmet.

Die Verhandlungen im Hauptausschuß.

In der Fortsetzung der Besprechung der vaterländischen Dienstpflicht trat Abg. Behrens (Deutsche Fraktion) entschieden der Behauptung entgegen, daß die Arbeiter das beabsichtigte Gesetz, wie es sich nach dem Entwurf gestalten würde, als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter auffassen, vielmehr werde es, und zwar mit Recht, aufgefaßt als ein Ausnahmegesetz gegen die Drückebergerei. Als solches könnte es sehr segensreich wirken, wenn es zweckmäßig durchgeführt werde. Dabei müßte auch auf die kleinen Geschäftskreise Rücksicht genommen werden. Dann begründete der Redner eingehend die Forderungen der Gewerkschaftsführer. Ganz besonders wendete er sich gegen die Einwendungen, die in bezug auf die allgemeine Einrichtung der Arbeiterausschüsse gemacht werden. Diese Einrichtung sei bereits in vielen Betrieben vorhanden und habe sich, wo sie schonmäßig durchgeführt werde, durchaus bewährt. Nur einige ganz große Betriebe im Ruhrbezirk sträubten sich gegen diese Einrichtung. Es liege gar kein Grund vor, daß für diese Herren ein Ausnahmegesetz erhalten werde. (Zuruf von Konserverfabrik: Auch in der Landwirtschaft!) Auch in der Landwirtschaft würden Arbeiterausschüsse durchaus segensreich wirken. Die Ausdehnung des Gesetzes auf die Frauen habe ganz besondere Bedeutung für die Landwirtschaft. Auch er müsse betonen, daß ein Teil der Frauen sich der sittlichen Pflicht zur Arbeit entzieht. Trotzdem sei es sehr zweifelhaft, ob der Zwang für die Frauen angemessen sei.

Der Vorsitzende, Abg. Suchan, schlägt vor, die allgemeine Besprechung möglichst zu beenden, dann zunächst die Mitwirkung des Reichstags bei der Durchführung des Gesetzes zu erörtern und hierauf die Arbeiterrechtsfrage. — Abg. Dittmann erhebt Einspruch dagegen, daß überhaupt vor der ersten Lesung im Plenum eine Spezialberatung stattfinde. Die allgemeine Besprechung sollte heute beendet werden, dann könnte am Montag die erste Lesung im Plenum stattfinden. Am Dienstag könne dann der Ausschuß zusammentreten und in die Spezialberatung eintreten. — Die Abg. Gröber und Oberst stimmten dem Vorschlag des Präsidenten zu. Selbstverständlich seien Beschlüsse auszusprechen. Wenn die Aussprache zu einem praktischen Ergebnis führen solle, könnte nicht anders verfahren werden. Darauf stellt der Präsident fest, daß in dieser Weise verfahren werde.

Abg. Mayer-Kaufmann (Z.): Vor allen Dingen ist es notwendig, die Rechtsgrundlage des neuen Gesetzes klar und bestimmt festzulegen. In Reich sei folgende Verordnung betr. Notstandsarbeit erlassen worden:

„Auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1851 wird hiermit verordnet:

§ 1. Wird durch Mangel an Arbeitskräften die ausreichende Beschaffung eines Gegenstandes des notwendigen Bedarfs für Volk

oder Heer gefährdet oder ein öffentlicher Notstand anderer Art herbeigeführt, so hat schon im Interesse der öffentlichen Sicherheit jedermann die Pflicht, nach seinen Kräften — auch außerhalb seines Wohnortes — Arbeitshilfe zu leisten.

§ 2. Ein verpflichtender Notstand ist ohne weiteres anzunehmen, wenn die Verwaltungsbehörde unter Hinweis auf die vorliegende Verordnung zur Arbeitshilfe auffordert.

§ 3. Wer der Arbeit nicht Folge leistet, kann zur Arbeitshilfe zwangsweise herangezogen werden.

§ 4. Wer zur Arbeitshilfe herangezogen ist und die Übernahme der Arbeit oder die Fortsetzung der übernommenen Arbeit verweigert, wird, wenn nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, auf Grund des § 1b des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. Juni 1851, des § 1 des Gesetzes vom 10. Dezember 1915 mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Gefängnisstrafe bestraft. — Der Weigerung ist die Einstellung und die Vernachlässigung der Arbeit gleich zu achten.

Reich, den 16. November 1916.

Der Gouverneur: v. Owen,

General der Infanterie.

Ein gleichlautender Erlass ist auch in Strahburg erlassen. Nach diesem Vorbild ist zu befürchten, daß auch dann, wenn das beabsichtigte Reichsgesetz erlassen sein wird, einzelne Generalkommandos sich die Befugnis herausnehmen werden, das Gesetz in einzelnen Bestimmungen aufzuheben oder in manchen Punkten zu ergänzen. Dann fragt der Redner an, ob zu der vaterländischen Dienstpflicht auch die Tätigkeit als Geistlicher gehöre.

Der Präsident des Kriegsamt erklärte, daß die Seelsorge unangetafelt bleibe durch das neue Gesetz. Die Personen, die auf Grund des neuen Gesetzes zur vaterländischen Dienstpflicht herangezogen werden, bleiben Zivilpersonen und unterstehen den Zivilgesetzen, nicht aber den militärischen Gesetzen. Jedoch ist eine Ausnahme vorhanden, wenn diese Personen zum Heereszuge zählen. Dann kommen sie, wie es stets in solchen Fällen geschieht, unter die Militärstrafe. Der Erlass des Gouverneurs von Reich sei ihm unbekannt. Der Gouverneur sei augenblicklich hier und werde noch heute über die Sache gehört werden. Ist aber einmal das beabsichtigte Reichsgesetz in dieser Sache erlassen, dann kann ohne die Zustimmung des Reichstags auch von den einzelnen Generalkommandos nichts geändert werden.

Abg. David (Soz.) begrüßt die Erklärung des Präsidenten des Kriegsamt in bezug auf das Verhältnis der Generalkommandos zu dem neuen Gesetz. Aber diese Erklärung genüge nicht. Wir müssen

das neue Gesetz gegen den Belagerungszustand führen.

Ein solches Verfahren wie in Reich sei geradezu ungeheuerlich und unerträglich. Wir billigen den Zweck des Gesetzes, aber in dieser Form, wie der Entwurf jetzt vorliegt, sei er für uns unannehmbar, weil in dieser Form der Zweck des Gesetzes nicht erreicht werden kann. Auch könne dem Reichstag nicht zugemutet werden, auf sein gesetzgeberisches Recht zugunsten des Bundesrats zu verzichten. Das steht im Widerspruch mit unserer Pflicht als Volksvertreter. Dadurch, daß der Reichstag am 4. August 1914 dem Bundesrat das Ermächtigungsgesetz gewährt hat, habe er einen sehr großen Fehler begangen. Dies Verfahren hat sich durchaus nicht bewährt, denn der wirklich regierende Bundesrat ist das preussische Staatsministerium, sind die Herren Eisenbahnminister Breitenbach, Landwirtschaftsminister Schorlemer und die anderen Herren. Der Erlass des Eisenbahnministers gegen den Eisenbahnverband sei keine preussische Angelegenheit allein, sondern er beweise, wie auch in Zukunft nach Zukastreten des beabsichtigten Reichsgesetzes die Herren im Bundesrat wirken werden. Und diese Herren sind stärker als der Reichsanwalt und als der Präsident des Kriegsamt. In der Sache selbst sei das Verhalten des preussischen Eisenbahnministers das denkbar kurzfristige. Der in Betracht kommende Verband denke gar nicht daran, während des Krieges in einen Streit einzutreten. Das habe sein Verhalten und das Verhalten der deutschen Arbeiter überhaupt aufs Klarste bewiesen. Die preussische Verwaltung aber wolle sich nicht damit begnügen, sondern den Verband zwingen, über den Stroh zu springen. Die preussische Verwaltung sei in bezug auf die psychologische Behandlung des eigenen Volkes und anderer Völker unter aller Kritik. — Aus dem beabsichtigten Gesetz werden viele Beschwörden entspringen. Sollen wir dann den Beschwörden antworten: Wir können nichts machen? Wir haben unsere Rechte preisgegeben? Nein! Der Reichstag muß bei der Ausführung des Gesetzes dauernd und planmäßig mitwirken, nur so könne die ungeheure Leistung erreicht werden, die beabsichtigt wird. In dieser Beziehung sei England ein Vorbild. Dort seien gewaltige Leistungen erreicht, aber nur durch enge Zusammenarbeiten der Regierung mit der Volkvertretung. In Deutschland leider ist die Reichsleitung ganz und gar nicht von der Mitarbeit des Reichstages erbaut. Sie betrachte das Hinsinreden des Reichstags als mehr oder weniger überflüssig und ist zufrieden, wenn der Reichstag nicht verstimmt ist. Notwendig ist auch eine Freibestimmung des Gesetzes. Daher sei zu verlangen eine Bestimmung, nach der das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft tritt, falls der Reichstag nicht vorher das Außerkräfttreten beschlossen hat. Die Erfahrung mit dem Gesetz wird zeigen, wo die bessere Hand anzulegen ist. Daher muß nach einigen Monaten unter allen Umständen dem Reichstag Gelegenheit gegeben werden, das Gesetz von neuem zu besprechen und zu bestimmen, unter welchen Änderungen das Gesetz wieder in Kraft bleiben kann. Wenn die Regierung wissen, daß das Gesetz befristet ist und über das längere Infrastbleiben des Gesetzes mit dem Reichstag eine Verständigung herbeigeführt werden muß, so werde dieses schon sehr segensreich wirken in bezug auf die Durchführung des Gesetzes gleich in den ersten Monaten. Die von den Gewerkschaftsvertretern vorgeschlagenen Sicherheiten gegen Willkürmaßnahmen der Unternehmer müssen unter allen Umständen in das Gesetz hineinkommen. Auch für die Landwirtschaft sind diese Sicherheiten unbedingt notwendig. Wenn der Landwirtschaft mehr und billiger Arbeitskräfte zwangsweise angeführt werden sollen, dann müssen sich auch die Landwirte in den Dienst der Gesamtheit stellen und nicht allein in ihren Geldbeutel arbeiten. Unerlässlich ist eben eine Bestimmung, durch die der

Profit der Unternehmer begrenzt

werde. Andere Kreise müssen infolge des Krieges auch schwere materielle Opfer bringen, nur für die Unternehmer gelte noch der Bundeshof, daß sie während des Krieges höhere Profite einstecken dürfen als im Frieden.

Staatssekretär Geffertich: Daraus, daß, abgesehen von der einen Ausnahme, die der Präsident des Kriegsamt angeführt hat, alle Personen im vaterländischen Hilfsdienst den Zivilgesetzen unterstehen und nicht den Militärstrafen, ergibt sich auch, daß sie keinen Anspruch auf Familienunterstützung haben; denn diese Familienunterstützung ist nur bestimmt für Militärpersonen. Abg. David hat ohne Grund sich so scharf gegen

Die Reichsleitung und das preussische Staatsministerium gemenet. Diefen Gesichtspunkt hat die Reichsleitung zum ersten Male nicht für die Durchführung beibehalten. Das ist ein ganz besonderes Entgegenkommen gegenüber dem Reichstag. Die Reichsleitung hat die Sicherheit, daß sie bei den Ausführungsbestimmungen auch wirklich durchgeführt werden. Das Vorgehen des preussischen Eisenbahnministers in Sachen gegen den Eisenbahnerverband ist durchaus verwerflich. Die Schuld daran, daß es hier zu einer Verständigung nicht gekommen ist, liegt jetzt einzig und allein an dem Verhandlungsstand; denn es genügt nicht, daß von den Vertretern der Reichsleitung die Erfüllung abgelehnt wird, der Verband verzichte auf das Streikrecht, sondern das muß der Verband selbst aussprechen und in seine Satzungen verbindend für alle Mitglieder festlegen. Auch darin hat Abg. David recht, daß die Reichsleitung nicht die nötige Rücksicht mit dem Reichstag genommen habe. Sie habe vielmehr während des Krieges bei jeder Gelegenheit und unabhängig zeitlich in Verbindung mit den einzelnen Fraktionen des Reichstages gehandelt, habe auch mit einzelnen Abgeordneten Rückfragen genommen und sei stets allen Wünschen und allen Befehlen der Reichstagsabgeordneten zugewilligt gewesen. In Bezug auf die Gewinne der Unternehmer wird es sehr schwer sein, allgemeine Grundfhren im Gesetz festzulegen. Vielleicht wäre es zweckmässig, das Kriegsgewinnstreugesetz dahin zu prüfen, ob nicht durch eine Herabsetzung des Gewinnes die Kriegsgewinne noch mehr eingeschränkt werden knten als es bisher geschehen ist.

Abg. Wehner (L.) wendet sich gegen eine Stelle des „Vororters“-Beschlusses, in dem ihm die Bemerkung zugeordnet wird, das Volk wolle mit Märtyrertum geführt werden. Er habe von der Mrtyrertumstimmung in einem anderen Zusammenhang gesprochen. Abg. Hoch stellt später in einer Bemerkung zur Geschftsbildung fest, daß er die Worte, wie sie im Beschlusse stehen, gekrt und demnach nicht niedergeschrieben habe. Graf Wehner erklärt darauf, daß er sich dann nicht genndert hat (ausdrücklich habe). Das Vorgehen des preussischen Eisenbahnministers gegen den Eisenbahnerverband mchte als durchaus berechtigt anerkannt werden. Im übrigen wendet sich der Redner nochmals gegen die Ausführungen des Abg. Lohmann. Dem Abg. David sei zu erwidern, daß der Mangel an Arbeitern auf dem Lande überaus groß ist, und daß sich daher die Arbeiterbewegung alle Möglichkeiten nehmen müsse, die Arbeiter zu entlasten. Deshalb könne von einer rücksichtsvollen Behandlung der Arbeiter nur die Rede sein. Der Antrag der Sozialdemokraten, das Reichsstatut über die weitere Dauer des Gesetzes erst ausdrücklich zu beschreiben, sei sehr bedenklich. Es müsse die Sicherheit gegeben werden, daß das Gesetz während der ganzen Dauer des Krieges bestehen bleibt.

Abg. Wehner (R.) betont, daß der Staatssekretär Helfferich nicht das Recht des Entgegenkommens auf die Forderungen der Gewerkschaften bewiesen habe, das notwendig sei, wenn das Gesetz zu Stande kommen soll, wie der Staatssekretär es wünsche. Reichlich steigt die Schwere der Verhandlung nicht an der Person des Herrn Staatssekretärs, sondern an anderer Stelle. Das Kriegsministerium habe dem 7. Armeekorps geschrieben, daß es sich bemühen soll, um die Arbeiter auszuführen durchzuführen. Das Generalkommando des 7. Armeekorps hat sich an die Handelskammer in diesem Sinne gewandt, die Handelskammer an die in Betracht kommenden Werke. Trotzdem ist nicht ein Fall bekannt geworden, in dem die Arbeiterentschftigung eingeführt worden sind. Das, was die Arbeiter verlangen, seien nur Forderungen guter bürgerlicher Sozialpolitik und geben über dieses Ziel nicht hinaus. Welche Wirkung wäre es auf die Arbeiter, wenn zwar auf der einen Seite gegen sie der Zwang ausgeführt wird, aber zugleich Sicherheiten abgelehnt werden, die unbedingt notwendig sind. Das wäre zur Folge haben, daß die Gewerkschaften keinen Einfluß mehr auf die Arbeiter ausführen können. Auch in dem Eisenbahnerstreik könnte er nicht dem Staatssekretär und dem preussischen Eisenbahnminister zustimmen. Er hat vielmehr den Eindruck, daß der preussische Eisenbahnminister die Not des Krieges benutzt, um der Organisation das aufzugeben, was er im Frieden nicht hat durchführen können. Werden nicht die Forderungen der Gewerkschaften unter dem Widerdruck sämtlicher Arbeitervertreter, und das wäre ein Unglück.

Abg. Wehner (Sg.): Nichtig ist, daß jetzt die Reichsleitung mehr Führung mit den Abgeordneten hat als früher, das genügt aber durchaus nicht. Ebenso wenig genügen die Reichstagen, die dem Gesetzgebung beizugehen werden. Die Jänner zu demjenigen Verordnungen kein Vertrauen mehr haben. Die Antwort des Staatssekretärs in Bezug auf den Eisenbahnerstreik beweist, daß in der Tat diesen Herren das Verstandnis für die Verhältnisse und das Empfinden der Arbeiter durchaus fehlt. Welch ein Geist im preussischen Eisenbahnministerium herrscht, beweist folgende Tatsache: Einer der maßgebenden Herren des preussischen Eisenbahnministeriums sei in diesen Tagen darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Erlässe des Eisenbahnministers, von denen in der letzten Verhandlung ausdrücklich die Rede war, große Erregung bei den Eisenbahnen hervorgerufen wäre. Der Herr antwortete:

„Die Erregung löst sich durch den Schngengraben verflchten. In übrigen ist der Standpunkt des Herrn Eisenbahnministers unwiderstndlich festgelegt. Da können die Herren im Reichstag und Landtag reden, was sie wollen, ändern werden sie nichts.“ Gegen diese reaktionäre Schornsteiner müssen wir unter allen Umständen die bei den Gewerkschaften verlangten Sicherheiten im Gesetz selbst beschreiben, wenn wir nicht die Arbeiter auf schwerste Fhrlsse stellen wollen. Ganz anders sei das Verhalten des englischen Munitionministers. In der bekannten Rede, in der er die großen Leistungen der englischen Munitionsfabrikanten anerkannt habe, habe er ausdrücklich die Gewerkschaften geehrt und sei auch den Verdiensten der Frauen und den sich daraus ergebenden Ansprüchen durchaus gerecht geworden. In dieser Weise sollte man auch bei uns verfahren, dann wäre man am besten das Schreckliche erreicht. Nötig sei allerdings auch, daß der Gewinn der Kriegslieferanten beschränkt werde. Hierzu mchte ein zweckmässiger Weg gefunden werden. Deshalb sei es bedauerlich, daß noch nicht das Material über das entsprechende Gesetz in England und anderen Staaten vorliegt sei. Vielleicht ergebe sich aus diesem Material ein Hinweis darauf, wie es auch bei uns gemacht werden könnte. Auf den Antrag, daß über die Verlängerung des Gesetzes über den 1. Juli 1917 hinaus der Reichstag gehört werden müsse, könnten wir nicht verzichten.

Staatssekretär Helfferich: Das Material über die entsprechenden Gesetze in England und in anderen Staaten werde bereits beschafft und dem Ausschuss zugehen, sobald es angekommen ist.

Ein Vertreter des preussischen Eisenbahnministers versichert, daß das, was der preussische Eisenbahnminister von dem Eisenbahnerverband verlangt, durchaus demjenigen entspricht, was die Regierung seit jeher als unbedingt notwendig bezeichnet hat. Er lnne aus eigener Ueberzeugung versichern, daß keiner der maßgebenden Herren im Eisenbahnministerium eine solche Antwort gegeben habe, wie sie der Abg. Wehner vorgelesen hat. Er mchte dankbar sein, wenn der Abg. Wehner ihm, wenn auch nur privatim, die nähere Mitteilung darüber macht.

Abg. Wnninger (Sg.) verlangt eine möglichst große Schönung der Verhältnisse in der Landwirtschaft.

Abg. Grber (L.): Unbedingt muß eine Entschädigung derjenigen Unternehmer durchgeführt werden, deren Betriebe geschlossen oder eingeschränkt werden. Eine Herabsetzung der Kriegsgewinne kann in dieser Beziehung nicht genügen. Der Reichstag muß das Mittel haben, die zu hohen Preise für Kriegsmaterial herabzusetzen. Wo der Lohn der Arbeiter gedrückt wird, muß den Unternehmern der Aufstieg entzogen werden.

Staatssekretär Helfferich verspricht, daß den Forderungen des Abg. Grber möglichst Rechnung getragen werden solle.

Die nächste Sitzung findet am Montag vormittag 10 Uhr statt.

Landtagsausschu und Ernährungsfragen.

Dem nächsten Bericht der verrkten Staatskommission des Abgeordnetenhauses über die Beratung der von dem Landeszentralausschu zu treffenden Anordnungen betreffend die Kartoffel-, Fleisch-, Fett- und Zuckererzeugung schließen sich die Verhandlungen des Ausschusses an. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Lohmann (Sg.) wies darauf hin, daß trotz der guten Ernte in Preussen und Sachsen die Erzeugung des Volkes dadurch besonders vermindert sei, daß die Kartoffelernte nur die Hälfte einer Mittelernte sei. Abgesehen von dem zur Erzeugung des für das Heer bestimmten Spiritus benutzten Kartoffeln und von den Kartoffeln für den Viehhaltungszweck mchte die menschliche Ernährung dienen. Die sorgfältige Behandlung der Kartoffelbepflnzung und ihre Erzeugung durch Beschaffung von ausreichenden Mengen an Kästchen sei dringend erforderlich. Die Verengung des Kartoffelhandels zu beiden Zwecken sei nötig. Leider sei eine Ansdchtung des Handels zugunsten der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Beschaffung der Kästchen beabsichtigt. Auch der Futtermittelhandel bedarf der Ansdchtung über die Verteilung seiner Erzeugnisse bei Verteilung der Futtermittel. Es müsse für Gleichmächtigkeit der Fleisch- und Fettarten in allen Gemeinden Sorge getragen werden. Die Hauschlachtungen dürfen nicht weiter ausgedehnt, die Viehschlachtungen nicht zugelassen werden. Auch sei es nötig, die Gänse auf die Fleischfabrik zu bringen. Die Jänner auf dem Gebiete des Gnsehandels wären aufzuführen. Dagegen könnte das Gänse von der Fleischfabrik freigegeben werden, da es sich herausgestellt habe, daß Jänner auf Fleischfabriken nicht entnommen werden. Gefhrt sei der Schweinebestand durch den gnglichen Fortfall der Kartoffeln als Futtermittel. Da der Jnnerbestand für die Rbenbauern nicht rentabel sei, werde eine Erhöhung der Rbenpreise verlangt. Dies wäre sehr unerwünscht, da für eine Erhöhung der Rbenpreise folgen mchte. Andererseits sei aber nicht zu verkennen, daß beim Niedergang des Rbenpreises der Viehhaltungszweck das nötige Quantum Zucker fehlen wäre. Am allerwichtigsten sei jetzt die Beschaffung von Fett, insbesondere für die Schmelz- und Schmierarbeiten. Der Reichstagsrat rügt dann das Vorgehen einzelner Landräte gegen über Landeskonserven und Schrebergärten. Allen Leuten über 70 Jahre, wenigstens aber über 80 Jahre sollten vermehrte Fett- oder Milchrationen zugewiesen werden.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Hoch-Reulichen (L.) führt aus, daß bei dem Mangel an Schlachtvieh zurzeit weitere Schlachtungen zu vermeiden wären, insbesondere auf die Zahl der Milchfhe. Diese sei schon durch die übertriebenen Schlachtungen im Jahre 1915 erheblich vermindert. Der Schweinebestand könnte nicht durchgehalten werden. Eine Erhöhung der Futtermittelpreise werde sich mit Rücksicht auf die notwendige Produktion von Zucker nicht umgehen lassen. Die Landwirtschaft bedarf unbedingt groerer Stickstoffmengen; diese möchten um jeden Preis herangeschafft werden.

Der Präsident des Ernhrungsausschusses v. Valoczi erklärt unter anderem: Wenn den Landwirten immer wieder die wichtigsten Maßnahmen als verfehlt hingestellt wären, so könnten die Landwirte schließlich annehmen, daß die Verordnungen nicht beachtet zu werden brauchen. Die Produktionsförderung sei grundsätzlich Aufgabe der bundesstaatlichen Rentallbehörden, ein Eingriff von Reichs wegen sei nicht zweckmässig, sondern nur die Förderung ihrer Arbeit durch die Reichsleitung. Die Frage des Weizenmangels sei sehr ernst, es sei erwünscht, wenn nach Möglichkeit keine Zwangsabhebung von Weizen stattfinden wäre. In der Frage der Stickstoffversorgung dürfen sich die höchsten Kosten nicht geltend machen; aber technische Schwierigkeiten hindern leicht die volle Erreichung der erwünschten Erzeugung. Von Seite wurde wohl nicht die Menge in die öffentliche Hand kommen, die wünschenswert wäre. Fast die gesamte Slzfischerei ist einschließlich der Aderbhnen für auch die höchste Beschäftigung des Gewerkschafts der Erzeuger für den Meeresbedarf bedingt. Es wäre für das nächste Wirtschaftsjahr mit allen Mitteln auf eine sehr erhebliche Steigerung der Slzfischerei zu hingewirkt werden. Möglich liegt es bei den Delikatessen. Der Hafer habe eine sehr viel bessere Ernte ergeben als im Vorjahr. Die Kartoffelernteerhebung habe dazu genötigt, die Brennerernte auf das Neuberger einzugrnzen. In bezug auf die Verteilung der Kartoffeln zwischen den Bedarfs- und Uebersehungsverbnden werde in den nächsten Tagen ein neuer Verteilungsplan ausgearbeitet werden. Im allgemeinen gnzt sich die Kstchenernte ausgefallen, so daß hier alle Bestellungen der Städte erfüllt werden könnten. Wenigstens annähernd 250 Gramm Fleisch für die Woche möchten im Interesse der Bevölkerung unbedingt allgemein gewährt werden.

Danach legte der Minister für Landwirtschaft dar, das bekannte Schreiben Hindenburgs und der Appell des deutschen Landwirtschaftsraats wären dazu beitragen, in allen Schichten der Bevölkerung die Erkenntnis zu verbreiten, daß alles, was irgend möglich, herbeigeführt werden müsse, damit wir Herren der Lage bleiben. Gewiß gehe es ohne Zwang dabei nicht an, aber der Zwang habe seine Grenzen, vor allem die Erzeugung lasse sich nicht erzwingen, sie könne nur dadurch geordert werden, daß den Erzeugern die Möglichkeit und die Freude an der Erzeugung erhalten werde. Die ungünstige Kartoffelernte sei vielfach darauf zurückgeführt worden, daß die Ausfaat auf 8 Zentner für den Morgen beschränkt worden sei. Diese Auslegung der erlassenen Vorschriften beruht auf einem Mißverständnis. Die Landwirte hätten zwar zur Ausfaat im 1916 nur 8 Zentner auf den Morgen der Anbaufläche von 1915 behalten dürfen, es habe ihnen aber freigestanden, wenn sie mit einer Ausfaat von 8 Zentnern nicht glauben auskommen zu können, unter Einwirkung der Anbaufläche eine groere Menge zur Saat zu verwenden. In einzelnen Fällen habe das Versehen der Saatfrten für die einzelnen unter bestimmten Verhältnissen Männer zu Folge gehabt, in vielen anderen Fällen sei es ohne nachteilige Wirkung geblieben. In erster Linie habe wegen Unzucht des Weizens der beschränkte Verkehr mit Saatgut die schlechte Ernte herbeigeführt. Als Mittel zur Sicherung und Förderung des Futterertrages wäre die Führung von Stckfhrgrten und die Befassung sämtlicher Schmelz bei den Produzenten. Indessen könnte von diesen kleinen Mitteln nicht alles erwartet werden, und ebenso könnte von der Opferwilligkeit der Rbenbauern nicht verlangt werden, daß die Rbenbauern zu Preisen produzieren, die den rftigen und auch für das kommende Jahr sicher noch steigenden Losen nicht entsprechen.

Auf Antrag eines Kommissionsmitgliedes gegen die jetzt gndte Beschlagnahme und Rationierung aller Lebensmittel führt der Minister des Innern aus: So wenig eine rücksichtsvolle Durchführung des Systems für jeden Gegenstand zum Ziele führen könnte, so unabhängig sei mitten im Kriege ein Systemwechsel. Gewiß habe das System Fehler. Trotzdem könnte dieses allein bei der wirtschaftlichen Lage unseres Vaterlandes — bei dem Mangel an Produkten sowohl wie an Produktionsmitteln — eine notwendige Ernährung sichern; nur die planmässig durchgeführte Rationierung der Hauptnahrungsmittel könnte dafür einige Sicherheit geben. Und deshalb seien auch stztliche Anordnungen über die Durchführung des Systems unerlässlich.

Mehrere Redner betonten, daß man die öffentliche Verwertung der Lebensmittel nun auch nicht weiter ausdehnen, sondern sich damit begnügen solle, die hauptsächlichsten Lebensmittel durch die öffentliche Hand zu beschaffen.

Einer der Redner verlangte dagegen, daß die bündig gleichmässige Versorgung der Bevölkerung durch weitestgehende Rationierung durchgeführt werde. Hierauf und auf die Mgen über zu hohe Preise einzugehen, erlaubte der Präsident des Ernhrungsausschusses: Die Preise für eine Ware ohne ihre gleichzeitige Veranschaulichung führt durch Entbindung von Haupterzeugnissen. Aber da eine ldenlose Bewirtschaftung aller Lebensmittel sich schon wegen der Seltenheit oder Leichtigkeit der Beschaffung gewisser Waren nicht durchführen lasse, wäre man sich darüber klar sein, daß die Preise der nicht bewirtschafteten Waren außerordentlich in die Höhe gingen. Gleichmässigkeit der Versorgung aller Schichten der Bevölkerung sei nur durch die auf wissenschaftliche Grundlagen ausgebaute Zwangsmassnahme zu erreichen; diese werde aber auch von der großen Mehrzahl der Verbraucher vertolert. Wohl habe es, wie es darauf absehen, fänden immer Wege, sich Lebensmittel über die Ration hinaus zu verschaffen; diesen fehle das Verwöhnen, daß die Mengen an rationierten Lebensmitteln, die sie über ihre Ration beziehen, den besonders bedürfenden Volksgenossen, insbesondere den Munitionsbearbeitern entzogen wären. Die polizeiliche Kontrolle könnte solchen heimlichen Bezug, der oft unter kräftiger Ueberwachung der Polizeibehörde vor sich geht, leider nicht bündig verhindern.

Der Vorsitzende des Landesfischereiamts, Unterstaatssekretär Dr. Wppert, wandte sich gegen die Behauptung, daß unsere Rindviehbestände zu ungengen unserer Fleischversorgung zu stark abgenommen wären. Unsere Schweinebestände bestnden fast nur aus jungen noch längst nicht schlachtreifen Tieren, und die Rüben an über 1/2 Jahr alten Tieren, die allein für die Fleischversorgung in den nächsten Monaten in Betracht kommen. Neben sehr stark unter den Vorarbeiten in den früheren Jahren, so daß wir zwar in den nächsten Monaten mehr Schlachtschweine bekommen wären als in den letzten Monaten, daß aber die Fleischversorgung nicht annähernd in der sonstigen Weise in erster Linie auf Schweinefleisch sich stützen könnte. Es werde daher auch weiter der Rindviehbestand das Mögliche der Fleischversorgung bleiben, hier seien aber durch die starken Abschachtungen im Vorjahr und im ersten Vierteljahr dieses Jahres die Bestände an älteren schlachtbaren Tieren schon so stark in Angriff genommen, daß die äußerste Sparmae auch hier geboten sei. Die Entwicklung des Jungrindes sei beim Rindvieh zwar günstig, doch handle es sich vorwiegend um Tiere der jüngsten Altersklassen, die erst in späteren Zeiten schlachtbar wären. Besonders ungünstig sei die Entwicklung bei den Stden, so daß hier weitere Eingriffe nach Möglichkeit im Interesse unserer Milch- und Fettzeugung vermieden werden müssen. Auch

der Leiter der Reichsfleischstelle, Geheimrat Professor Dr. v. Oehring, hatte gegen die Forderung nach einer vermehrten Rindviehschlachtung gewisse Bedenken.

Der sofortigen Herabsetzung der Rindviehpreise wurde von mehreren Seiten aus der Kommission widersprochen. Diese wäre die Marktschwäche schwer schädigend. Es sei nicht angängig, hndig die Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft durch Anordnungen und Verordnungen zu beeinflussen. Der Präsident des Ernhrungsausschusses erklärt, daß er zum Frühjahr an eine Herabsetzung der Rindviehpreise herangedenke, früher könne er eine solche mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse jedenfalls nicht verantworten. Der Landwirtschaftsminister ertrt dem Bel. Hiert über die Herabsetzung der Preise auch im Frühjahr nicht für produktionsfrdernd.

Während der Verhandlung von Fett bemerkten mehrere Redner, daß sie nur durch freiwillige Opfer der Landwirte erreicht werden könnte, daß dafür aber von allen in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Verbänden eine umfassende Agitation entfaltet werden sollte.

Der Landwirtschaftsminister und der Präsident des Ernhrungsausschusses bemerkten, daß durch das Arbeitsamt des neuen Kriegsgesetzes und das zu erwartende Jubilumsgesetz in jeder Weise dafür gefordert werden solle, daß die Landwirtschaft so weit wie irgend möglich die für sie benutzten Kräfte erhalte oder behalte, daß auch soweit wie irgend möglich für die Städte gefordert werden wäre. Die Befehlsaufnahme vom 1. September 1916 hat nur verhältnismässig geringe Erfolge festgestellt. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung habe sich nach den statistischen Erhebungen nicht verschlechtert; die Sterblichkeit der Personen über 80 Jahre sei allerdings stärker geworden, die Sterblichkeit der Säuglinge erheblich heruntergegangen.

Aus den Beratungen der Kommission, insbesondere auch den Erklärungen der Regierungsvertreter, ergab sich als Bild der Lage, daß die sorgfältigste Behandlung und Verteilung der Lebensmittel bedarf, um der Bevölkerung den für sie notwendigen Unterhalt zu gewähren, daß aber bei gutem Willen von allen Seiten nicht daran gewagt zu werden braucht, daß wir durchhalten müssen, müssen und können ertragen werden.

Aus der Partei.

Seine sozialdemokratischen Minister im Kanton Neuchtel. Wir berichten, daß der Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Neuchtel mit Mehrheit beschlossen hat, für die am 2. Dezember stattfindende Volkswahl der Kantonsregierung zwei sozialdemokratische Kandidaten aufzustellen. Da sich aber weder auf dem Parteitag noch nachher Genossen für die Ministerposten fanden, traten die Parteitagdelegierten noch einmal zusammen und beschloßen die Wiederaufhebung des Beschlusses.

Ein Justizrat wegen Erpressung angeklagt

Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weltermann begann am Sonnabend die Verhandlung wegen verdächtiger Erpressung gegen den Justizrat Dr. Franz Ober. Der Angeklagte hatte in einem Eisenbahnhtel eine Frau Martha M. in Oberswilde kennengelernt, die sich später über ihren Ehemann, den Sohn einer sehr wohlhabenden Frau Wrderer, beschwerte und die Absicht ausdrückte, sich von dem Ehemann zu trennen. Sie hatte den Ehemann, der jetzt zum Meeresdienst eingezogen ist, während seiner Dienstreise kennengelernt, und dieser hatte sie als 23jhriger Mann trotz des energischen Widerstands seiner Eltern geheiratet, weshalb er zunächst verlobt, später aber wieder in Gnaden aufgenommen wurde und Stellung in der Wrdererei seines Vaters fand. Die Frau beschwerte sich darüber, daß ihr Ehemann eine ganze Reihe schwerer sittlicher Verfehlungen begangen habe und sie sich von ihm trennen wünschte. Da sie katholischer Religion sei, sei eine Scheidung nicht möglich. Aus diesen ersten Gesprächen entwickelte sich eine enge Verbindung geschäftlicher Natur zwischen dem Angeklagten und der Familie M., indem der Angeklagte der jungen Frau M. gegenwärtig sich bereit erklärte, diese ganze Sache zu ihrer Zufriedenheit aus der Welt zu schaffen. Daraus knüpften sich wiederholte Besuche in Oberswilde im Hause der M., die, wie der Vorsitzende betonte, doch sehr eigentümlich und von der üblichen Art abweichend seien, wie sonst Rechtsanwälte mit ihren Klienten zu verkehren pflegen. Der Angeklagte hat sich auch mit dem Neffen der Frau M., einem Rechtsanwält, in Verbindung gesetzt. Er soll sich dabei als Justizrat und Kriegsgerichtsrat a. D. eingeführt und gesagt haben, er sei sehr bekannt mit dem maßgebenden Personalfreien und könnte dem M., wenn er zum Meere eingezogen wäre, vielleicht beim Militär eine bequeme Stellung besorgen.

Schlieflich hat der Angeklagte an die alte Frau M. einen Brief geschrieben, der nach der Ansicht des Vorsitzenden in seiner ungeschicklichen Verbalistik unglublich sei und von dem Angeklagten selbst als geradezu toll erklärt, aber nur durch seine schwere Krankheit als begreiflich hingestellt werden könnte. In diesem

Brief hier ob: Die Rettung oder Vernichtung des Sohnes liegt ganz in ihrer Hand. Die Folgen der Einleitung einer Eheverbindung würden schwer und unangelegentlich für den Sohn sein. Er könne es nicht dulden, daß die böse Angelegenheit in Oberwald verurteilt und nach dem großen Berlin gedrückt werden soll. Seine Wunden haben ihn aufgetragen, daß, falls eine feierliche Einigung nicht zustande kommt, die Hauptuntersuchung in Oberwald sofort geführt werden soll und sämtliche Arbeitstechniken als Kräfte auftreten würden. Er lasse die Sachen nicht nach Berlin verfahren, er glaube, wie ein Vater zu handeln und den Sohn vor Schimpf und Schande und Ansehens zu bewahren. Es sei leider auch festzustellen, daß die Mutter von dem unmittelbaren Treiben des Sohnes Kenntnis gehabt und es gebildet habe. Außerdem werde er dem Herrn Förster die Absicht der Eheverbindung zuzumuten lassen, ebenso dem Bürgermeister von Oberwald, dem Stadtratsordner, dem Magistrat der Handelskammer, dem Weisbeamten zu Potsdam, der Polizei in Oberwald. Der Angeklagte wolle ferner den Anspruch auf 120.000 M. für Maria M. zu seinen Händen geltend, wovon mindestens 80.000 M. auf der Abzug. Sechsbildung in mündelischeren Staatspapieren einzusetzen seien. In dem Briefe wird ferner dem Sohne zu wünschen in höhere Aussicht gestellt bei mündelischer Einbürgerung Unternehmbarkeit.

Der Angeklagte bestritt, auf Vernehmung auszugehen zu sein und will diesen unangelegentlichen Brief in jedem Krankheitsstadium gezeichnet haben. Er sei damals von schwerem Augenleiden geplagt worden, habe euffeliche Schmerzen geküßt und seine Fingerringe zu Morphinum und Alkohol genommen. Er habe darunter gelitten, wofür er sich entschuldigt.

Der Angeklagte bestritt, auf Vernehmung auszugehen zu sein und will diesen unangelegentlichen Brief in jedem Krankheitsstadium gezeichnet haben. Er sei damals von schwerem Augenleiden geplagt worden, habe euffeliche Schmerzen geküßt und seine Fingerringe zu Morphinum und Alkohol genommen. Er habe darunter gelitten, wofür er sich entschuldigt.

Der Angeklagte bestritt, auf Vernehmung auszugehen zu sein und will diesen unangelegentlichen Brief in jedem Krankheitsstadium gezeichnet haben. Er sei damals von schwerem Augenleiden geplagt worden, habe euffeliche Schmerzen geküßt und seine Fingerringe zu Morphinum und Alkohol genommen. Er habe darunter gelitten, wofür er sich entschuldigt.

Aus Industrie und Handel.

Um die Herrschaft in der mitteldeutschen Braunkohlen-Industrie.

Die am Freitag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Rhein-Weichenfelder Braunkohlen-Aktiengesellschaft hat einen Kampf um die Leitung des Unternehmens zwischen der bisherigen Verwaltungsgemeinschaft, die unter dem Einfluß der Distrikts-Gesellschaft stand, und einer oppositionellen Aktionärsmajorität gebracht, deren Führer der böhmische Braunkohlenmagnat Julius Reischl ist. Er ist sein Bruder János Reischl haben in Oesterreich Millionen und Millionen verdient und suchen sich nun auch in der deutschen Braunkohlenindustrie eine herrschende Stellung zu verschaffen. Doch sollen die beiden Brüder durchaus nicht zusammenarbeiten. Von János Reischl wird gesagt, daß er ein Aktienhandelsmonopol anstrebe, während sein Bruder auf den Eigenbesitz der Bergwerke größeres Gewicht legt. Die neue Aktienmehrheit ist durch heimlichen Ankauf von Aktien entstanden. Ihre Befürworter rühmten sich dagegen, daß die bisherige Verwaltung die Interessen der Gesellschaft nicht genügend gewahrt habe, weil sie einen Kohlenlieferungsvertrag mit den Hirsch-Rupfswerken zu unangünstigen Bedingungen abgeschlossen und eine Erbe der Gesellschaft zu billig verkauft habe. Die Führer der neuen Aktienmehrheit gehen bei ihrer Kritik von der Voraussetzung aus, daß es möglich sein wird, die Kriegsprämie von Braunkohle nicht nur in den Frieden zu überrechnen, sondern auch noch zu steigern, während die bisherige Verwaltung zum Nachteil ihres Interesses die Verhältnisse genommen, wie sie vor dem Kriege bestanden.

Witropa.

Deutsche, österreichische und ungarische Banken haben eine Mitteleuropäische Eisenbahn- und Speiseeisengesellschaft, kurz „Witropa“ genannt, gegründet, deren Kapital vorläufig 5 Millionen Reichsmark beträgt, aber in Kürze auf 40 Millionen Mark erhöht werden soll. Vor dem Kriege hatte die französisch-belgische „Internationale Eisenerzengesellschaft“ das Monopol auf den Betrieb von Schiffs- und Eisenbahn-Speiseeisengesellschaft, die „Deutsche Eisenbahn-Speiseeisengesellschaft“ auch das Monopol auf den Betrieb von Speiseeis.

Das Sittentum G. W. Kaiser stellt wie im Vorjahr 15 Proz. Angebot hat es während des Krieges Beziehungen zu den Hirsch-Rupfswerken angeknüpft.

Die Hungerblockade und die Neutralen.

Holland hat die Ausfuhr von Waagern verboten. Korwegen darf nach seinen mit England geschlossenen Vereinbarungen nur 15 Proz. seines Fischfangs nach Deutschland ausführen. Der Ankerlostenmarkt. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat beruft auf den 30. November eine Versammlung der Beobachter ein, worin Stellung zum Warenmarktstempel genommen, die Verteilungsdarstellung für Dezember und die neuen Marktregeln festgelegt werden sollen. Der Handelsminister scheint die Forderungen der Vergherren wenigstens zum Teil erfüllen zu wollen, obwohl die geltenden Bestimmungen davon abhalten sollten. Die Nachfrage übersteigt die Lieferungsbedingungen, so daß von Feinkohle nur 40-50 Proz. zur Verfügung gestellt werden kann. Die Kohlenversorgung weist weniger Störungen auf, da sich die großen Verbraucher bereits frühzeitig eingebedeut hatten. Versichert sind die Schwierigkeiten durch Störungen in der Wagenbefüllung worden.

Soziales.

Mängel der Krankenversicherung.

Ein Krankenversicherungspflichtiger Arbeiter hat bei Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Krankengeld „für jeden Arbeitstag“. So schreibt das Gesetz ausdrücklich vor. Die Nachprüfung hat von jeder den Standpunkt vertreten, daß als Arbeitstage nur jene Tage zu rechnen seien, an denen nach der Regel des Betriebes auch wirklich gearbeitet werde. Sofern Versicherte nur an einigen Tagen in der Woche beschäftigt waren und diese nur mehr- oder auch ein tägliche Beschäftigung in der Woche sich regelmäßig wiederholte, ist auch nur für die gleiche Zahl von Arbeitstagen der Anspruch auf Krankengeld im Falle der Erkrankung für begründet erachtet worden. Gestalt so, wie für gewisse Mitglieder der Klasse der Sonntag ein Arbeitstag sei, gebe es auch Versicherte, für die einzelne Werkstage keine Arbeitstage seien und die demgemäß für diese Tage keinen Anspruch auf Krankengeld hätten. Zwar bestrebe die Versicherung auch an den anderen Tagen. Die Klasse müsse dementsprechend ärztliche Behandlung

und Medikamente gewähren, nicht aber das Krankengeld. Immerhin und müsse nach der Ordnung des Krankengeldes oder der Art des Beschäftigungsverhältnisses von vornherein festsetzen, an welchen Tagen der Woche nicht gearbeitet werde. Welche als Arbeitstage in Betracht kommen, sei gegebenenfalls nach der besonderen Natur des künftigen Arbeitsverhältnisses zu bestimmen.

Der Gesetzgeber hat offenbar an die Möglichkeit nicht gedacht, daß für eine Reihe von Arbeitstagen kein Krankengeld gewährt werde, denn er hat ausdrücklich in § 191 der Reichsversicherungsordnung vorgezeichnet, daß das Krankengeld allgemein auch für Sonn- und Feiertage zugewährt werden müsse. In dieser Vorschrift sind ganz offenbar die Sonn- und Feiertage im Gegensatz zu den Werktagen festzuhalten. Wenn eine Krankenkasse von dieser Vorschrift des § 191 Gebrauch gemacht hat, und wenn beispielsweise eine Frau vierteljährlich für Kleinrentenarbeiten auf längere Zeit, jedoch nur für zwei Tage in der Woche, angenommen ist, dann muß ihr neben dem Krankengeld für diese zwei Tage auch das Krankengeld für die Sonn- und Feiertage gewährt werden. Hat die Kasse von dieser Vorschrift keinen Gebrauch gemacht, erhält die Frau nur für zwei Tage das Krankengeld. Ganz offenbar hat der Gesetzgeber angenommen, daß, wenn für Sonn- und Feiertage das Krankengeld zugewährt wird, es selbstverständlich auch für alle Arbeitstage gewährt werden müsse. Er hat also den Arbeitstag als gleichbedeutend mit Werktag aufgefaßt. Was soll ein Arbeiter gegebenenfalls mit Krankengeld für einen einzigen Tag anfangen? In der Welt sind große Mehrzahl der Fälle wird bei einem Arbeitsverhältnis, das einen Arbeiter nur zu ein täglicher Arbeitsleistung verpflichtet, andere Arbeit noch die Regel gewesen sein. Er wird an den nicht durch einen Arbeitstagsvertrag gebundenen Tagen einer anderen Tätigkeit nachgegangen sein. Die geltenden Bestimmungen bedürfen hier dringend der Abänderung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Mariendorf.
und Umgebung.
Berlin-Mariendorf, Chausseestr. 44.

Einladung
zu der am Montag, den 27. November 1916, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Karl Henschel, Berlin-Mariendorf, Chausseestr. 27, stattfindenden

ordentlichen Ausschusssitzung der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten.

- Tagesordnung:**
1. Festsetzung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1917.
 2. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für 1916.
 3. Abänderung des Ergänzung der §§ 53 und 54 der Satzung.
 4. Beratung und Beschlußfassung über die Dienstreise der Angehörigen.
 5. Verschiedenes.
- Einmalige Anfragen oder Beschwerden, bei denen Einschreibung in die Rollenlisten erforderlich ist, sind spätestens bis zum 25. November d. d. dem Vorstande schriftlich anzugeben.
Berlin-Mariendorf, 27. 11. 16.
Der Kassenvorstand,
Kug. Leib, Vorsitzender.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.
Dankbegrüßung.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl, Billigste Preise.
I. Mohrenstr. 37a
II. Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlschönungen sofort.
Amst. Zentrum 336.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Todes-Anzeigen

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Am 17. November verstarb unser Mitglied

Reinhold Ortel.
Ehre seinem Andenken!
69/20 Die Ortsverwaltung.

Wiederum haben wir ein Opfer des Weltkrieges zu beklagen. Am 7. November erlag seinem schweren Verlangen unser lieber Kollege, der Reichsheimleiter

Ernst Kaplowsky.
Auch diesem Kollegen werden wir ein ehrendes Andenken beibringen.
Das Peritorial der Firma E. S. Mittler & Sohn.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Berlin.
Büreau: Engelauer 14/15, dort. - Telefon: Amt Nordost 47. 470.
Geöffnet: Vorm. 9-12, nachm. 4-7 Uhr. Dienstag nachmittags geschlossen.

Montag, 27. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, bei Soeker, Weberstr. 17:

Versammlung

aller in der Schuhindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über die Verhandlungen mit dem Reichsverbande wegen Erhöhung der Kuratungszulage auf 25 Proz. d. D. S. (Lohn).
2. Verschiedenes.
3. Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der besonderen Bedeutung der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen geboten!
Der Einberufer.



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

- 3. Wahlkreis.**
Aufolge einer Bewandung
Heinrich Reimann
am 10. Oktbr. 67, 10. 101.
- 4. Wahlkreis.**
Am 1. August im Alter von 34 Jahren der Klempner
Karl Bude
Reichenberger Str. 107, Bez. 205.
Am 2. Oktober im Alter von 39 Jahren der Arbeiter
Paul Zimmer
Görlitzer Str. 39, Bez. 191 I.
Am 23. Oktober im Alter von 33 Jahren der Schneider
Rudolf Angst
Blauer Str. 10, Bez. 328.
Am 7. November der Maler
Rudolf Liehr
Fellenloferstr. 67, Bez. 368 II.
- 6. Wahlkreis.**
Am 25. Juli im Alter von 39 Jahren der Stuhler
Ernst Schmidt
Königsbühler Str. 3, 1. 101.
Bez. 483.
Am 12. Oktober im Alter von 26 Jahren der Arbeiter
Artur Steckel
Gohlfelderstr. 16, 18. 101. Bez. 688.
Am 16. Oktober im Alter von 38 Jahren der Schlosser
Rudolf Hütter
Bräuer Str. 39, 21. 101. Bez. 760.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeiter-Rudolf - Bund „Solidarität“.
Erdgruppe Weidenberg.
Zeit Mitgliedern zur Stadtricht, das unser langjähriges Mitglied, Genosse
Paul Hermes
am 23. November nach kurzem Krankenlager verstarb.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachm. 3 1/2 Uhr vom Trauerhause Engelauerstr. 39 aus statt. 15.000 Lit. gärtliche Beteiligung erwünscht.
Die Erdgruppentante.

Schnedengang bei der Rentenfestsetzung.
Wie lange unter Umständen ein Invaliden auch nur auf einen Feldweg durch den, je nachdem seine Rente festgesetzt wird oder nicht, warten muß, mag an einem Fall wieder einmal geschickelt werden. Nach mehrtägigem Aufenthalt im Lazarett und sonstiger Krankenbehandlung, stellte der Weidmann M. aus Neukölln Anfang Oktober 1915 durch seinen Feldarzt den Antrag auf Gewährung der Krankrente. Er wurde auch im gleichen Monat noch zweimal dem zuständigen Versicherungsamt Weidenberg vernommen, das ihm auf seine Anfrage immer mitteilte, sein Antrag sei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg übergeben. Anfang April 1916 wurde er sich nun an den Vorstand dieser Landesversicherungsanstalt in Weidenberg. Seine Antwort. Die Anträge werden im Monat April 1916 erledigt. Wieder keine Antwort. Am 16. Mai fandte M. eine Bescheidurde an das Landesversicherungsamt, der Aufsichtsbekörde der Landesversicherungsanstalt. Dies teilte ihm am 6. Juni mit, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt berichtet habe, die Sache liegt beim Versicherungsamt in Weidenberg zur Beratung der mündlichen Verhandlung. Der Vorstand werde auf umfängliche Verbleibung des Verfahrens Bedacht nehmen. Wieder keine Antwort. Ein Monat darauf wurde ihm eine Anfrage an das Versicherungsamt in Weidenberg gerichtet und mit der Bitte zur Festsetzung des Termins erwidert. Neue Bescheid. Anfang August wird das Landesversicherungsamt nochmals angefragt, daß ein Monat später antwortete, am 5. September werde das Versicherungsamt Termin zur mündlichen Verhandlung auflegen, dann werde die Landesversicherungsanstalt Weidenberg erteilen. Die Angelegenheit werde dabei seitens des Landesversicherungsamtes als erledigt angesehen. Weitere Bescheid. Mitte Oktober wurde darauf die Landesversicherungsanstalt, die während des ganzen, inzwischen verstrichenen Jahres nicht für notwendig gehalten hat, etwas von sich hören zu lassen, erneut erinnert und letzteres ist wieder ein Monat verstrichen, ohne daß der Bescheid eingetroffen ist. Nach dem Geiz und die Renten im beschleunigten Verfahren festzusetzen. Wie lange mag er ein Verfahren dauern, das nicht „beendet“ ist.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Besitz Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, das unser Mitglied, der Hilfsarbeiter

Anton Kapleyn
am 22. November verstarb in
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 28. November, nachm. 3 Uhr, am dem hiesigen Friedhof in Mariendorf statt. 140/16
Die örtliche Verwaltung.

Nachruf.

Am 12. Oktober des Weltkrieges fiel unser Mitglied, der Hilfsarbeiter
Ehe am 12. Oktober 1916 durch
Kriegsgefahr, mein langjähriges
Mitglied, der Hilfsarbeiter
Ehe am 12. Oktober 1916 durch
Kriegsgefahr, mein langjähriges
Mitglied, der Hilfsarbeiter

Karl Fanter

im Alter von 50 Jahren.
Dies zeigt sich durch
Hilfsarbeiter als
Theodor Fanter als
Adolf Schumacher als
Karl Schumacher als
Zitat Ischer als
Als deutsche Freunde
Ischer, zuletzt
Karl Schumacher, zuletzt
Karl Schumacher, zuletzt
Als deutsche Freunde
Ischer, zuletzt
Karl Schumacher, zuletzt
Karl Schumacher, zuletzt

Ewald Voß.

Mit der Teilnahme im Herzen
nach seinem Tode.
Mit der Teilnahme im Herzen
nach seinem Tode.
Seine dich ewig lebende
Martha und Kinder,
Charlottenburg, Kantstr. 61.

Paul Vater

am 26. Lebensjahre.
Dies zeigt sich durch
Witwe Anna Vater
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 28. d. 1916, nach-
mittags 2 Uhr, von der Kapelle
des St. Thomas-Kirchhofes in
Neukölln, Hermannstr., aus statt.

Nachruf.

Am 4. Oktober des Weltkrieges
fiel aus den Reihen unserer
Kollegen der Maschinenarbeiter
Hugo Ahrendt.
Ehre seinem Andenken
werdet ihr
Ehren halten.
Die Kollegen des Werkzeugbau
der A. E. G. Kleinmotorenfabrik,
Abteilung Brause.

Nachruf.

Am 16. Oktober verunglückt,
sonst als Opfer des Weltkrieges
verstarb unser langjähriger, eifriger
Kollege
Richard Tielz, gen. Scholtz,
Wielenstr. 6, in noch jugendlichem
Alter.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Arbeiterjugend Berlin.
Universal-Druckerei 3 Platz
Schlesische Buchdruckerei,
Königs-
straße 3 (Kaden).

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Mitglieder gewidmet.

- Beyer, Fritz**, Schmied, geb. 9. 6. 83 in Kruskalbe.
- Bonin, Willi**, Schlosser, geb. 27. 7. 95 in Berlin.
- Friedrich, Willi**, Dreher, geb. 10. 8. 85 in Berlin.
- Gosciaszek, Thomas**, Schmied, geb. 4. 9. 84 in Andrianowo.
- Herfurth, Friedrich**, Klempner, geb. 12. 11. 84 in Waldowstränf.
- Hüttner, Rudolf**, Schlosser, geb. 2. 8. 78 in Neuenhof.
- Jäger, Erwin**, Dreher, geb. 27. 7. 96 in Spantau.
- Klatt, Emil**, Schlosser, geb. 4. 3. 93 in Reep.
- Kujawitzki, Franz**, Dreher, geb. 4. 11. 86 in Berlin.
- Maikowski, Joseph**, Former, geb. 21. 11. 83 in Goltzan.
- Miersch, Willi**, Schlosser, geb. 4. 9. 85 in Berlin.
- Paffrath, Hermann**, Schleifer, geb. 18. 3. 78 in Nuhla.
- Peitzold, Eugen**, Mechaniker, geb. 13. 9. 73 in Berlin.
- Piekara, Wladislaus**, Schlosser, geb. 26. 6. 91 in Berlin.
- Rösner, Fritz**, Arbeiter, geb. 21. 3. 97 in Berlin.
- Scharner, Fritz**, Schlosser, geb. 5. 3. 86 in Ryl.
- Seel, Max**, Rohrleger, geb. 13. 4. 75 in Spolda.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Richard Borkert**, Industriearbeiter.
- Max Daenicke**, Arbeitskutscher.
- Willi Degen**, Bierfahrer.
- Max Heidemann**, Geschäftskutscher.
- Fritz Heiden**, Geschäftsdienner.
- Gustav Janke**, Bierfahrer.
- Karl Mann**, Arbeitskutscher.
- Thomas Odenthal**, Lagerarbeiter.
- Fritz Polenski**, Kranführer.
- Karl Richter**, Kohlenarbeiter.
- Eduard Saß**, Industriearbeiter.
- Paul Schröter**, Geschäftsdienner.
- Gustav Schwarz**, Geschäftsdienner.
- Otto Stortz**, Dreiarbeiter.
- Hermann Wache**, Markthalenarbeiter.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

i. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Genossin

Erna Klagge

Garmen-Silva-Str. 36 verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof der Bartholomäus-Gemeinde in Belzinger, Falkenberger Chaussee, statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Paul Jakoby

Spanbau, am 10. November gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Franz Sielaff

Soldner Str. 28, am 20. November gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Friseur

Paul Vater

am 23. November gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet 120/5 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Porteuillier.

Ortsverwaltung Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges fiel der Kollege

Ernst Petsch 34 Jahre alt.

Ehre seinem Andenken!

159/1 Die Ortsverwaltung.

Pflicht und un erwartet erhielt ich aus dem Heiligtum die Nachricht, daß mein lieber allerliebster Mann, der treuergeleitete Vater meiner beiden Lieblinge, Sohn, Schützengeliebter, Schwager und Onkel, der Gastwirt

Paul Schröter

28. Inf.-Bat., 4. Komp.

am 9. November an den Folgen einer schweren Operation im blühenden Alter von 40 Jahren gestorben ist.

Dies gelien schmerzhaft an Seine tieftrauernde Gattin **Elia Schröter** geb. **Thurm**, Berlin, Seuthstr. 17.

Gertrud und **Fringard** als Kinder.

J. Apley und Frau **Wilma Ida Thurm**.

Familie **Max Thurm**, 3. J. im Felde.

Familie **Kurt Thurm**, Familie **Freudemann**.

Gestorben! Welch schrecklich launende Stunde. Wie traf sie mich doch so schwer und grau mich und Herz eine Wunde, die nimmer verwunden wird mehr. Zu früh hat Dich der Tod ereilt, dein Lebensglück gestört; Wenn auch die Zeit die Wunden heilt, Vergessen, nein, ach nimmermehr.

Ruhe sanft in fremder Erde! Lieber Vati, schlaf in Ruh, unsere Liebe best dich zu.

Deine Lieblinge 1542b **Gertrud** und **Fringard**.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltung Groß-Berlin.

Gefallen sind folgende Mitglieder:

- Paul Schulz**, Bezirk Norden.
- Paul Doherr**, . . .
- Max Haube**, Bezirk Neukölln.
- Alfred Kickhefer**, Bezirk Neukölln.
- Karl Samuel**, Bezirk Neukölln.
- Paul Krüger**, Bezirk Oberschmeweide.
- Felix Lempachowski**, Bezirk Adlershof.
- Hermann Kirsch**, Bezirk Adpendt.
- Max Bomrich**, Bezirk Reinkindorf.
- Karl Grubert**, Bezirk Süd-Ost.
- August Hoffmann**, Bezirk Charlottenburg.
- Emil Wende**, Bezirk Osten.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen!

Am 30. Oktober 1916 starb im Lazarett zu Passau der Herrenmohlschneider, Kollege

Theodor Halliger

geb. 15. Juni 1874.

Des weiteren fiel am 28. Oktober 1916 der Herrenmohlschneider, Kollege

Raimund Meier

geb. 24. August 1878.

Ferner fiel am 28. Oktober 1916 der Kollege

Stanislaus Gajewski

geb. 30. April 1872.

Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 17. Juni 1916 mein einziger innigstgeliebter Sohn, unser herzengatter Bruder, Schwager, Onkel, Nefte und Cousin, der Musikler

Wilhelm Finger

3. Komp., Infanterie-Regt. Nr. 97

im vollendeten 27. Lebensjahr.

Er folgte seinem Schwager **Adolf Palm**, gefallen am 19. November 1914.

Dies gelien im tiefsten Schmerz an die trauernden Hinterbliebenen

Witwe Eleonore Finger geb. lang als Mutter, Neukölln, Pfälzerstr. 15.

Anna Finger.

Witwe Klara Palm geb. Finger

Martha Hoffmann geb. Finger

Mieze Ostwald geb. Finger

Hannie Binke geb. Finger

Sämtliche Schwäger, Nichten und Neffen.

Wir laden Dich vor einem Jahr, geliebter Sohn und Bruder, zum letztenmal. Einst glückliche Stunden sind mit Dir entschwunden. Nun ist Dein Mund so kalt und stumm. Du starbst so jung, wehst Du warum? Geliebt, beweint und unversehrt.

164/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Zum Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

- Richard Andree**, Bodenleger, 32 Jahre alt.
- Max Biese**, Tischler, 44 " "
- Willi Blaser**, " 25 " "
- Karl Blümke**, Stellmacher, 31 " "
- Ernst Gentzkow**, Holzarbeiter, 24 " "
- Max Hennig**, Tischler, 35 " "
- Wilhelm Nethe**, " 32 " "
- Paul Schmidt**, " 38 " "
- Paul Wallburg**, " 35 " "
- Hans Wermke**, " 22 " "

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.

Zum Felde sind folgende Kollegen gefallen:

- Baars, Julius**, Maurer, Bezirk Neukölln.
- Groß, Hermann**, Maurer, " O II.
- Krüger, Franz**, Maurer, " Lichterfelde.
- Lenz, August**, Gipsarbeiter, " Moabit.
- Petzel, Max**, Fuher, " Westen.
- Priegnitz, Ernst**, Fahrstuhlarbeiter, " Neukölln.
- Seifert, Gustav**, Gipsarbeiter, " O II.
- Schild, Otto**, Maurer, " O II.
- Wendt, Emil**, Fuher, " Wedding.
- Zimmit, Ernst**, Gipsarbeiter, " O II.

Ehre ihrem Andenken!

Die örtliche Verwaltung.

143/6

Freie Turnerschaft Rummelsburg

M. d. D. T.-B.

Am 15. Oktober fiel der Turngenosse

Alfred Streit

im Alter von 25 Jahren.

Wir verlieren in ihm ein langjähriges, treues Mitglied und aufrichtigen Freund, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zeitungsträger

Paul Hermes

von der „Vorwärts“-Redaktion Rynast, Vorgraben, am 23. November im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 69/17 Die Bezirksverwaltung.

Als Opfer dieses unheilvollen Krieges fiel am 27. Oktober mein lieber Mann und treuergeleiteter Vater, unser unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager und Schwager, der Sanitätsgenosse

Albert Rosenhahn

im blühenden Alter von 28 Jahren.

Im namenlosen Schmerz

Witwe Martha Rosenhahn,

Erwin als Sohn,

Witwe Rosenhahn als Mutter,

Witw. Rosenhahn als Brüder,

Franz Rosenhahn als Bruder,

Otto Rosenhahn als Bruder,

Luise Rosenhahn als Schwestern,

Minna Rosenhahn als Schwestern,

Emil Stahn als Schwäger,

Gustav Stahn als Schwäger,

Klara Schwiog geb. **Stahn** als Schwägerin.

Berlin, im November 1916.

Ruh hat in fremder Erde sein letztes Bett gemacht, dort liegt er nun in der Erde; Ein Kreuz hält stille Wacht, das spricht: Vom Kampftraume ruht hier ein Krieger aus, er kann nicht mehr nach Hause, und doch ist er zu Hause.

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber, unversehrt gebliebener Sohn und Bruder, der Musikler

Rudolf Leip

Inf.-Reg. 102, 3. Komp.

im blühenden Alter von 19 Jahren als Opfer des Krieges am 24. Oktober 1916 gefallen ist.

Im tiefsten Schmerz

Dietauernden Eltern u. Geschwist.

August Leip,

Berlin-Neukölln, Chaussee 29.

Wie ist es doch so schwer zu denken, daß Du nun nimmer mehr zurück, dein Schritt wie nie sich heimwärts lenken.

In Feindesland verlorst Du dein Geschid.

Es fehlt in unsem trauten Kreise dein froher Sinn, dein treues Herz.

Und klingen nicht mehr deine frohen Weisen.

Die stets verheißenen alle Sorg' und Schmerz.

Du schläfst nun jetzt den letzten Schlaf.

Belebt von allen Schmerzen, das Ziel, das Dich zu Tode traf, erreicht auch unsere Herzen.

Ruh, lieber Rudolf, ruhe sanft in Frieden.

Geliebt, beweint und unversehrt von Deinen Lieben.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin).

Zum Felde gefallen sind folgende Bundesgenossen:

am 23. Oktober 1916 **Otto Voigt**, 4. Abteilung,

am 10. Novbr. 1916 **Willi Bonin**, 6. Abteilung,

am 20. Septbr. 1916 **Paul Schulz**, 7. Abteilung,

Albert Roose, 7. Abteilung,

Heinrich Wolter, 8. Abteilung.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

9/15